

# **Voit**

**NEUE  
POLITIK.  
NEUES  
EUROPA.**

**Unser Wahlprogramm für**

**die Kammerwahlen 2023**

**ZUKUNFT  MADE IN EUROPE**



## **WIR WOLLEN UNSERE ZUKUNFT GESTALTEN.**

### **Europäisch. Demokratisch. Aktiv.**

Ein gemeinsames Europa mit einer echten parlamentarischen Demokratie, in der nicht einzelne Staats- und Regierungschefs über die gemeinsame Zukunft entscheiden, sondern das direkt gewählte Parlament aller Europäer\*innen – und das langfristig in einer souveränen föderalen Europäischen Republik.

### **Klimaneutral. Unternehmerisch. Wissenschaftlich.**

Eine nachhaltige und generationengerechte Marktwirtschaft, die in Dekarbonisierung, Unternehmertum und Digitalisierung Chancen statt Hindernisse sieht. Eine Wirtschaft, die strukturelle und technologische Innovationen fördert und das Leben aller Menschen auf einer sozialverträglichen Grundlage verbessert.

Wir werden Luxemburg bis 2035 CO<sub>2</sub>-neutral und bis 2040 klimaneutral machen. Mit einer selbstbestimmten und wissenschaftsbasierten Transformation mit Chancen für alle.

### **Selbstbestimmt. Solidarisch. Inklusiv.**

Eine Gesellschaft, in der jeder teilhaben und gesund leben kann. Eine Gemeinschaft, die Bildung, ein resilientes Gesundheitssystem und finanzielle Mittel bereitstellt, um in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen. Eine Gesellschaft mit einem starken sozialen Zusammenhalt, um gemeinsam die Herausforderungen von heute und morgen anzugehen, in der Stadt und auf dem Land. Eine Gesellschaft, in der Pluralität als Normalität anerkannt wird. In der Diskriminierung bekämpft wird und Chancengerechtigkeit und Teilhabe aller zentral sind.

Zeit, endlich aktiv zu werden. Statt den Kopf in den Sand zu stecken, heißt es, die Chancen zu ergreifen, die sich uns heute bieten, und die Herausforderungen dieses Jahrzehnts jetzt anzugehen.

Volt tritt an, diese Transformation zu gestalten und frischen Wind in die Politik zu bringen. Volt kommt zur richtigen Zeit, um unsere gemeinsame Zukunft zu gestalten – auch in der Abgeordnetenkammer in Luxemburg.

### **Neue Politik. Neues Europa.**

## **WIR SIND VOLT.**

Es gibt uns, weil wir überzeugt sind, dass die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nur gelöst werden können, wenn Europa gemeinsam handelt. In einem Europa, in dem alle Menschen die gleichen Chancen haben, ihr volles Potenzial zu entfalten. In einem Europa, das nach den höchsten Standards der menschlichen, sozialen, ökologischen und technischen Entwicklung strebt.

Dafür setzen wir uns auf allen Ebenen ein und sind bereits im europäischen und niederländischen Parlament sowie in mehreren Städten und Gemeinden in ganz Europa vertreten. Zusammen mit unserem europäischen Manifest sind wir damit die erste wirklich paneuropäische Partei.

Nationale Parteien und nationale Politik stoßen bei der Suche nach Lösungen für die globalen Herausforderungen unserer Zeit an ihre Grenzen. Volt ist überzeugt: Luxemburg braucht Europa und Europa braucht Luxemburg. Die Zukunft der EU ist auch eng mit der Kammerwahl in Luxemburg verknüpft. Denn es sind die nationalen Regierungen, die im EU-Rat über die künftige Ausrichtung der EU entscheiden – das EU-Parlament darf bisher selbst keine Gesetze vorschlagen. Volt ist also auch in Luxemburg gefragt – dem europäischen Land schlechthin.

### **Warum wir? Warum gerade jetzt?**

Volt steht für eine neue Politik, die grenzüberschreitend gemeinsam handelt und sich gegen Nationalismus und Populismus stellt. Wir fordern eine reformierte EU der Bürger\*innen. Wir stehen vor vier großen Problemen: der ökologischen Krise, der sozialen Desintegration und den Folgen der COVID-19-Pandemie sowie dem Russisch-Ukrainischen Krieg. Es ist genau jetzt an der Zeit, um eine neue lösungsorientierte politische Kraft wie Volt zu etablieren. Die Kammerwahlen 2023 sind daher eine einmalige Gelegenheit, eine ganzheitliche Transformation einzuleiten, um Luxemburg und Europa neu zu gestalten.

Dies ist das Programm, mit dem Volt bei den Parlamentswahlen 2023 in Luxemburg antritt. Wir wollen die großen Probleme unserer Zeit pragmatisch und fortschrittlich angehen und die Stimme der europäischen Einigung in der Abgeordnetenversammlung werden.

# VORWORT

Wofür genau steht Volt in Luxemburg? Wir definieren uns zum einen über unsere Grundwerte und zum anderen über unsere Mission und Ziele für die Politik in Luxemburg.

## Unsere drei Hauptziele in Luxemburg:

### I EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN



Volt steht für Europa und Europa ist für uns nicht anders denkbar als mit der Europäischen Union. Auch in Luxemburg wollen wir die EU und ihre Institutionen weiter stärken, um ein noch harmonischeres Zusammenleben und eine noch engere Verbindung mit unseren Nachbarn zu schaffen. Luxemburg ist das EU-Land schlechthin. 47% der Einwohner sind Ausländer, von denen 83% aus der EU stammen.

**> Wir wollen zum Beispiel das System der Europäischen Schule weiter fördern.**

### II ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN



Volt steht auch für das Stärken der Bürgerinnen und Bürger, und damit meinen wir alle Bürger\*innen, unabhängig von Geschlecht, Sexualität, Nationalität, Religion oder kultureller Identität. Deshalb wollen wir in Luxemburg, das sich durch seine Multikulturalität auszeichnet, noch mehr Toleranz schaffen und gleichzeitig die Rechte jedes Einzelnen weiter stärken.

**> Wir wollen das luxemburgische Parlamentswahlrecht für EU-Bürger einführen.**

### III SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN



Volt steht aber auch für eine grüne Politik mit dem Schwerpunkt auf der Entwicklung neuer Technologien. Wir wollen Luxemburg nicht nur zu einem Vorreiter in Sachen Nullemissionen machen, sondern auch erneuerbare Energien, neue Technologien in der Luftfahrt, ambitionierte Forschung und eine wissenschaftliche Gemeinschaft fördern, die Luxemburg voranbringt.

**> Wir fordern u.a. die Zulassung von autonomen Elektrofahrzeugen und die ausschließliche Förderung von erneuerbaren Energien.**

## UNSERE GRUNDWERTE

### Europäisch

- Wir glauben, dass eine nachhaltige Zukunft in einer globalisierten Welt **auf der Ebene der EU**, aber auch auf lokaler Ebene angegangen werden sollte. Die Staaten müssen ihre Befugnisse über und unter sich delegieren.
- Wir schätzen **die Stärkung der Bürgerbeteiligung** und verurteilen die Übermacht der Lobbys.
- Wir sind für geregelte **Volksabstimmungen** als ein besonderes Instrument für wichtige Entscheidungen, die für das Parlament **verbindlich** sein sollten, und wir sind für eine direktere europäische Demokratie.
- Wir schätzen **Sicherheit, Verantwortlichkeit** und **Transparenz** der nationalen und europäischen Politik.
- Wir glauben an **gleiche Rechte für alle europäischen Bürger\*innen** und sind für eine vollwertige europäische Staatsbürgerschaft.

### Nachhaltig

- Wir sind für ein **nachhaltiges Finanzwesen**, das haftbar ist.
- Wir denken, dass **Bildung, Gesundheitssysteme** und **Forschung** die Kernbereiche jeder Regierungspolitik für eine nachhaltige Gesellschaft sind.
- Wir schätzen die **Umwelt**; wir kümmern uns um den **Klimawandel** und die **Erhaltung der Ökosysteme**.
- Wir sind der Meinung, dass ein **zuverlässiger und weithin verfügbarer öffentlicher Nahverkehr** ein Kernelement unserer Zukunft ist.
- Wir befürworten **langfristige Investitionen** gegenüber kurzfristigen Gewinnen und wollen sicherstellen, dass die Finanzierung dem menschlichen Wachstum dient, statt dem finanziellen Wachstum um des finanziellen Wachstums willen.

### Pragmatisch

- Wir sind **nicht damit einverstanden**, den **sozialen Fortschritt** dem Wirtschaftswachstum **zu opfern**.
- Wir schätzen die **Transparenz** der Finanzinstitutionen.

## UNSERE GRUNDWERTE

- Wir verpflichten uns zu einem **ethischen, integrativen Ansatz** bei der technologischen Entwicklung.
- Wir sind der Meinung, dass es jedem möglich sein sollte, in Luxemburg eine **Wohnung** zu einem **erschwinglichen Preis** zu finden.

### Progressiv

- Wir verurteilen rechtsextreme Positionen und sind für eine harmonisierte und **integrative Einwanderung**.
- Wir unterstützen aktiv den Zugang zu **gleichen Rechten** für jeden Menschen, unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung, sowie alle Initiativen, welche die Verletzung der Gleichberechtigung öffentlich verurteilen.
- Wir sind für ein **Gleichgewicht zwischen Progressivismus** und der **Bewahrung der kulturellen Identität**.
- Wir unterstützen die Bewahrung **der luxemburgischen Sprache** und des bedeutsamen **kulturellen Erbes**, solange jedem Einwohner gleichermaßen Meinungsfreiheit und Inklusion geboten wird.

### Innovativ

- Wir glauben, dass Luxemburg beim Wandel **zu einem umweltfreundlichen Land** mit gutem Beispiel vorangehen und sich dabei von **wissenschaftlichen Erkenntnissen** leiten lassen sollte. Wir halten es für wichtig, dass Luxemburg in eine bessere Wasserqualität und in erneuerbare Energien investiert.
- Wir sind immer **offen für Fortschritt** und glauben an **politische Ehrlichkeit** und behalten uns das Recht vor, **unsere Meinung** auf der Grundlage der neuesten **wissenschaftlichen Erkenntnisse zu ändern**.

# INHALTSVERZEICHNIS

## KAPITEL I

<b>EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN</b>	<b>11</b>
<b>1 EU REFORM</b>	<b>13</b>
1.1 EU-Institutionen reformieren	14
1.2 Europäische Republik	17
<b>2 AUSBAU DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT</b>	<b>20</b>
2.1 Finanzmärkte und koordinierte Steuerpolitik	21
2.2 Gemeinsame innere Sicherheit	23
2.3 Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik	26
2.4 Europäische Weltraumpolitik	31
2.5 Gemeinsame Gesundheitspolitik	32
<b>3 WAHRHAFT EUROPÄISCHE BILDUNG UND FORSCHUNG</b>	<b>35</b>
3.1 Europäisches Schulmodell für die Primar- und Sekundarstufe in Luxemburg	36
3.2 Allgemeine Probleme in Schulen, die angegangen werden müssen	48
3.3 Gemeinsame Förderung von Forschung und Entwicklung	56



## KAPITEL II

**ALLE BÜRGER\*INNEN****GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN 58**

<b>4</b>	<b>DAS WAHLSYSTEM REFORMIEREN</b>	<b>60</b>
4.1	Ein anderes Wahlsystem	61
4.2	Wahlrecht für Ausländer	64
<b>5</b>	<b>HÖHERE LEBENSQUALITÄT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT</b>	<b>70</b>
5.1	Verkürzung der Arbeitszeit	71
5.2	Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit: Prävention statt Reaktion	72
5.3	Anpassung der Geldbußen	75
5.4	Stärkung der Bürger*innen durch Bereitstellung des kommunalen Haushalts für die Gemeinschaft	76
<b>6</b>	<b>GLEICHE RECHTE FÜR ALLE</b>	<b>77</b>
6.1	Elternurlaub für alle	78
6.2	Verankerung des Rechts auf Abtreibung in der Verfassung	79
6.3	LGBTQIA+ Rechte stärken	80
<b>7</b>	<b>BETREUUNG UND WOHLBEFINDEN</b>	<b>82</b>
7.1	Welcome Desks für neue Einwohner*innen	83
7.2	Internetregulierung und Befähigung der Bürger in der digitalen Sphäre über das Gesetz über digitale Dienste (GdD) hinaus	84
7.3	Altersgerechtes Wohnen: Mehrgenerationen-Siedlungen	88
7.4	Ältere Menschen stärken	92
<b>8</b>	<b>WOHNUNGSPROBLEMATIK</b>	<b>93</b>
8.1	Soziales Mietmanagement zur Bekämpfung des Problems der vielen leeren und ungenutzten Wohnungen	94
8.2	Das Recht auf bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen	94
8.3	Wichtige Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungsproblems in Luxemburg	95

**KAPITEL III**

# **SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN 100**

<b>9</b>	<b>FÖRDERUNG INNOVATIVER WISSENSCHAFT</b>	<b>102</b>
9.1	Aufstockung des Budgets für Forschung und Entwicklung	103
9.2	Künstliche Intelligenz (KI) fördern, regeln und den Ausbau vorbereiten	103
9.2	Kernenergie	110
<b>10</b>	<b>DAS KLIMA SCHÜTZEN</b>	<b>114</b>
10.1	Klimadiplomatie: Europäische Maßnahmen gegen den Klimawandel	115
10.2	Konsequente Klimapolitik mit Weitblick	117
10.3	Klimaanpassung durch negative Emissionen und CO <sub>2</sub> -Bepreisung	122
10.4	Kreislaufwirtschaft	126
10.5	Klimaneutrale Gebäude und Förderung von grüner Energie	130
<b>11</b>	<b>ZUKUNFTSFÄHIGE MOBILITÄT</b>	<b>135</b>
11.1	Mobility-as-a-service	136
11.2	Gute und günstige öffentliche Verkehrsmittel in ganz Europa	136
11.3	Umweltfreundliche Mobilität	137
11.4	Elektromobilität und autonomes Fahren	148

KAPITEL I

**Europa  
und die  
Europäische  
Union  
fördern**

ZUKUNFT  MADE IN EUROPE

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN



## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN



© European Parliament, 2020; CC BY 4.0

### 1 EU REFORM<sup>1</sup>

Die EU ist das erfolgreichste zivilisatorische Projekt seit dem Zweiten Weltkrieg und hat den Bürger\*innen Europas ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand ermöglicht. Allerdings stoßen die zum Teil überholten und festgefahrenen politischen Strukturen der EU angesichts der aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zunehmend an ihre Grenzen. Volt ist davon überzeugt, dass diese Herausforderungen nicht durch nationale Alleingänge, sondern nur durch eine stärkere Integration und mehr europäische Demokratie wirksam bewältigt werden können. Deshalb wollen wir in einem ersten Schritt die derzeitigen Strukturen der EU umfassend reformieren und demokratisieren. Langfristig soll eine föderale europäische Republik auf der Grundlage einer von den europäischen Bürger\*innen legitimierten europäischen Verfassung entstehen.

<sup>1</sup> Die gesamten Positionen von Volt zur EU und zur Reform der EU als Ganzes sind im politischen Portfolio von Volt Europa zu finden: <https://www.volteuropa.org/policy-portfolio>

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

### 1.1 EU-Institutionen reformieren

Bislang ist die EU ein komplexer Zusammenschluss von 27 Staaten, die nur insoweit europäisch handeln, wie es ihren jeweiligen nationalen Interessen entspricht. Das liegt zum einen daran, dass die Verantwortung in bestimmten Politikbereichen immer noch bei den Nationalstaaten liegt, z.B. in der Entwicklungs-, Außen- oder Verteidigungspolitik. Andererseits blockiert das Einstimmigkeitsprinzip immer wieder wichtige Entscheidungen einzelner Staaten. Diese Faktoren schwächen die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen und schaden letztlich den Menschen, die in der EU leben.

Das Europäische Parlament ist die wichtigste demokratische Institution in der EU. Es hat jedoch nicht das Recht, eigene Gesetze vorzuschlagen. Außerdem verfügt der EU-Haushalt über keine eigenen Steuereinnahmen und ist fast vollständig von Pauschalzahlungen der Mitgliedsstaaten abhängig. Außerdem verfügt die EU nicht über die notwendigen Instrumente, um ihre Grundwerte wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten wirksam zu gewährleisten. Aus diesen Gründen herrschen in der Bevölkerung oft Misstrauen und Desinteresse an der EU, was sich beispielsweise in einer vergleichsweise geringen Wahlbeteiligung bei Europawahlen widerspiegelt.

Unser Ziel ist es, die EU demokratischer, handlungsfähiger und glaubwürdiger zu machen. Dazu sind grundlegende Reformen der europäischen Legislative und Exekutive notwendig. Um die EU demokratischer zu machen, soll die Wahl zum Europäischen Parlament in Zukunft europaweit einheitlich geregelt werden. Vetorechte sollen abgeschafft und das Einstimmigkeitsprinzip auf Ausnahmefälle, wie die Aufnahme neuer Beitrittsländer, beschränkt werden. Die Europäische Kommission soll eine echte parlamentarisch kontrollierte Regierung mit erweiterten Kompetenzen werden. Gleichzeitig soll die EU finanziell unabhängig werden, indem sie vor allem eigene Steuern erhebt. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sollen in allen Mitgliedsstaaten durch einen wirksamen Schutz und Sanktionen durchgesetzt werden. Auch die Arbeitsweise und Entscheidungsfindung der EU soll transparenter und detaillierter kommuniziert werden.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

1. **Wir wollen eine handlungsfähige und vom Parlament kontrollierte Regierung schaffen, die im Interesse der gesamten EU handelt.** Die Europäische Kommission, die heute weitgehend die Exekutive der EU darstellt, soll verkleinert werden. Die Kommissare sollen nach Eignung und Kompetenz ernannt werden und nicht mehr in erster Linie nach dem nationalen Proporz, wie es derzeit der Fall ist. Die Kommission soll einen Wirtschafts- und Finanzminister sowie einen Außenminister erhalten, die mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet werden sollen. Der Präsident der Kommission wird vom Europäischen Parlament vorgeschlagen und gewählt. Der Europäische Rat wird auf lange Sicht abgeschafft.
2. **Volt setzt sich für ein einheitliches europäisches Wahlrecht ein.** Der derzeitige Grundsatz der degressiven Proportionalität<sup>2</sup> widerspricht dem demokratischen Grundprinzip der Wahlgleichheit und muss daher ersetzt werden. Ein europäisches Wahlgesetz regelt die Einteilung der Mitgliedsstaaten in Wahlkreise mit annähernd gleicher Bevölkerungszahl durch einen Wahlausschuss. Mit einer ihrer beiden Stimmen wählen die Bürgerinnen und Bürger die Vertreter des jeweiligen Wahlkreises, mit der anderen Stimme wird die Liste einer europäischen Partei gewählt. In diesem Zusammenhang setzen wir uns besonders für die Gründung von echten europäischen Parteien ein. Die derzeitigen Parteien, die an den Europawahlen teilnehmen, sind lose Koalitionen nationaler Parteien, die oft unterschiedliche Interessen verfolgen – das wollen wir ändern. Darüber hinaus streben wir eine einheitliche Besteuerung und Finanzierung von Parteien durch eine EU-Parteienverordnung an.
3. **Volt strebt ein einheitliches Gesetzgebungsverfahren in der EU an.** Das Europäische Parlament soll ein Initiativrecht erhalten, mit dem es selbst Gesetze vorschlagen kann. Besonders dringlich ist die notwendige Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips zugunsten von qualifizierten Mehrheiten.

<sup>2</sup> Die degressive Proportionalität beschreibt die Art und Weise, wie die Sitze des Europäischen Parlaments auf die einzelnen Mitgliedsstaaten verteilt werden. Diese ist abhängig von der Bevölkerungszahl des jeweiligen Landes (=proportional). Je größer jedoch die Bevölkerung ist, desto weniger Abgeordnete pro Einwohner erhält ein Staat (=degressiv). Die degressive Proportionalität verhindert also die gleichmäßige Vertretung der europäischen Bürger.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

- 4. Wir wollen die finanzielle Autonomie der EU stärken.** Dazu soll der EU-Haushalt in viel stärkerem Maße aus Einnahmen finanziert werden, die zwar in den Mitgliedsstaaten anfallen, aber durch politisches Handeln der EU generiert werden. Im Gegenzug können die pauschalen Mehrwertsteuer- und BIP-abhängigen Zahlungen der Mitgliedsstaaten reduziert werden. Mittel- und langfristig muss die EU in der Lage sein, eigene Steuern zu erheben, z.B. Finanztransaktions- oder Digitalsteuern.
- 5. Wir erhöhen die Transparenz in den EU-Institutionen, insbesondere im Rat.** Dazu sollen inhaltliche Positionen sowie die entsprechenden Belege bereits während des Verhandlungsprozesses öffentlich gemacht werden, um eine echte demokratische Beteiligung der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Bei als vertraulich eingestuften Dokumenten muss in Zukunft näher am EU-Recht entschieden und begründet werden, warum sie nicht veröffentlicht werden können. Der „informelle Trilog“, die informelle und oft wenig transparente Zusammenarbeit zwischen Kommission, Rat und Parlament, sollte stärker auf nachvollziehbar dringende und zeitkritische Gesetzgebungsvorhaben konzentriert werden.
- 6. Wir sorgen für die Einhaltung und Durchsetzung der Grundwerte der EU, wie sie im Vertrag über die Europäische Union (EUV) niedergelegt sind.** Die EU-Grundrechtecharta muss ohne Einschränkung für alle Mitgliedstaaten gelten. Zu diesem Zweck werden wir uns für die Reform des Sanktionsverfahrens nach Artikel 7 EUV einsetzen. Die Aushöhlung des Verfahrens durch einzelne Mitgliedstaaten wird durch die Abschaffung der Einstimmigkeit und die Einführung der qualifizierten Mehrheit sowie die Ergänzung der Paragraphen um Ausschluss- und Aussetzungsmöglichkeiten verhindert. Darüber hinaus werden Sanktionen für jeden Verstoß gegen die Werte der Union wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eingeführt und durchgesetzt. Als wesentlicher Teil der Umsetzung werden die Kompetenzen der EU-Korruptionsbekämpfungsbehörde (OLAF) und der Europäischen Staatsanwaltschaft erweitert.



## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

### 1.2 Europäische Republik

Für ein wirklich handlungsfähiges Europa brauchen wir eine Kompetenzverteilung nach dem Prinzip der Subsidiarität: Politische Lösungen müssen auf der Ebene gefunden werden, die dazu am besten in der Lage ist. Bildung und Infrastruktur müssen den lokalen Gegebenheiten angepasst werden, während die Außenpolitik nur einheitlich sein kann und muss. Dies stößt jedoch im Rahmen der heutigen Europäischen Union an Grenzen. Aufgrund der vollen Souveränität der Nationalstaaten erfordert jede Veränderung der Kompetenzen aufwendige Vertragsänderungen, die im Konsens erfolgen müssen. Gleichzeitig zeigt jede Krise aufs Neue, wo weitergehende Kompetenzen der EU dringend nötig wären. Zuletzt musste die EU bei der Aushandlung der Impfstoffverträge für jeden Verhandlungsschritt die Zustimmung der Mitgliedsstaaten einholen. Das zeigt: Die Mitgliedsstaaten schaffen es nicht, die europäischen Verträge so zu gestalten, dass die EU die notwendigen Kompetenzen für eine effektive Politik erhält.

**Diese ständige Hemmung der EU können wir nur überwinden, indem wir sie zu einer föderalen Europäischen Republik weiterentwickeln.**

Die Europäische Republik ist ein Bundesstaat und stützt sich auf eine Europäische Verfassung, die von den europäischen Bürgern gemeinsam beschlossen wurde. Die Europäische Verfassung regelt die Kompetenzverteilung und kann von den europäischen Bürgern oder den von ihnen gewählten Institutionen geändert und erneuert werden. Änderungen können nicht mehr von einzelnen Mitgliedsstaaten blockiert werden. Sie kann der föderalen Europäischen Republik auch Kompetenzen verleihen, die nur souveräne Staaten haben, wie etwa die Finanz- und Verteidigungshoheit.

Mit diesem Schritt wollen wir auch die volle Verwirklichung einer europäischen Demokratie erreichen. Bislang besteht die EU aus 27 souveränen Staaten, die jeweils ihr eigenes Gemeinwesen betreiben. Wir wollen die Integration dieser 27 Bevölkerungen in eine europäische Gemeinschaft erreichen. Dieser Schritt ist für jede Nation freiwillig. Als Europäer verstehen wir uns aber schon jetzt als politische Schicksalsgemeinschaft und wollen diese Einigung ausdrücklich fördern. Nur gemeinsam werden wir in dieser globalisierten und von vielen Konflikten geprägten Welt überleben.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Die von uns angestrebte föderale Europäische Republik ist eine parlamentarische Demokratie mit einem von den europäischen Bürgern gewählten Parlament. Das Europäische Parlament wiederum wählt und kontrolliert die europäische Regierung, die von einem Premierminister geleitet wird. Auf diese Weise stellen wir sicher, dass die föderale Europäische Republik stets im gemeinsamen Interesse der europäischen Bürger handelt. Die Interessen der Mitgliedstaaten werden von einer zweiten Kammer, dem Oberhaus, vertreten. Seine Vertreter werden von den Parlamenten oder von den Bürgern der Mitgliedstaaten gewählt. Auf diese Weise erreichen wir, dass die Interessen der jeweiligen Mitgliedstaaten und ihrer Bürgerinnen und Bürger angemessen berücksichtigt werden und kein bürgerferner "Zentralstaat" entsteht.

Parlament und Oberhaus arbeiten im Gesetzgebungsverfahren zusammen. Vetorechte einzelner Mitgliedsstaaten werden vollständig abgeschafft. Wir wollen die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzgebung und Verwaltung durch ein europäisches Verfassungsgericht sicherstellen. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit werden durch die Verfassung garantiert, sind für jeden Mitgliedsstaat verbindlich und können jederzeit gerichtlich durchgesetzt werden. Der direkt oder über ein repräsentatives Gremium gewählte europäische Präsident hat vor allem zeremonielle Befugnisse und wirkt als Integrationsfigur für die Einheit der föderalen Europäischen Republik.

Im Konfliktfall hat europäisches Recht Vorrang vor nationalem Recht, aber wir wollen die Identität der heutigen Mitgliedsstaaten der EU grundsätzlich erhalten. Sie sollen Kompetenzen behalten, die auf nationaler Ebene besser ausgeübt werden können als auf europäischer Ebene. Deshalb plädieren wir für eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips. Darüber hinaus können sich die Mitgliedsstaaten nach der Errichtung des europäischen Bundesstaates anders als heute im Sinne eines "Europas der Regionen" definieren, um regionale Gemeinsamkeiten besser zu berücksichtigen. Die Außen-, Verteidigungs- und Währungspolitik wird ausschließlich auf europäischer Ebene betrieben. Mit diesen Maßnahmen versetzen wir die EU in die Lage, die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen im Interesse des europäischen Gemeinwohls zu meistern – die Transformation zur Klimaneutralität, die Sicherung einer sozialen und offenen Gesellschaft und die Bekämpfung von Nationalismus und Extremismus.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

- **Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger Europas gemeinsam eine europäische Verfassung verabschieden und sich in einem europäischen Bundesstaat, der föderalen Europäischen Republik, zusammenschließen.** Dies soll durch einen gemeinsamen Willensakt der Bevölkerungen aller europäischen Staaten geschehen. Für Luxemburg bedeutet dies, dass Artikel 49a der Verfassung gemäß Artikel 114 (der Änderungen der Verfassung regelt) dahingehend geändert werden kann, dass Luxemburg in Zukunft einer föderalen Europäischen Republik beitreten kann. Die luxemburgische Verfassung kann als Verfassung eines Gliedstaates dieser föderalen europäischen Republik weiter gelten.
- **Wir sind offen für eine „Koalition der Willigen“, um die notwendigen Schritte in Teilen Europas schneller gehen zu können.** Beim Aufbau einer föderalen europäischen Republik können andere später hinzukommen. Die EU-Verträge können in dieser Hinsicht überarbeitet oder ergänzt werden. Langfristig ist es unser ausdrückliches Ziel, dass sich alle europäischen Staaten und Regionen in einer föderalen Republik zusammenschließen.
- **Dieser Schritt erfordert eine Debatte aller europäischen Bürger, die die Zukunft bestimmen wird.** Wir setzen uns dafür ein, diese Debatte auf allen Ebenen zu führen. Dies kann zum Beispiel im Rahmen der Konferenz über die Zukunft Europas (COFE) geschehen. Volt wird sich nach Kräften dafür einsetzen, dass diese Debatte in den europäischen Institutionen mit Nachdruck geführt wird.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN



© Pxfuel.com; DMCA

## 2 AUSBAU DER EUROPÄISCHEN ZUSAMMENARBEIT

Unabhängig vom gegenwärtigen und zukünftigen institutionellen Rahmen der EU gibt es viele drängende Herausforderungen, bei denen eine intensivere europäische Zusammenarbeit zwingend und schnell notwendig ist. Diese Zusammenarbeit wird unseres Erachtens durch eine engere Integration der EU – insbesondere durch das Zusammenwachsen zu einer föderalen Europäischen Republik – wesentlich erleichtert, ist aber nicht an diese gebunden. Ein enges abgestimmtes europäisches Vorgehen ist für uns bereits jetzt möglich und unverzichtbar, insbesondere in den Bereichen Finanzmärkte und Steuerpolitik, innereuropäische Sicherheit, Klimapolitik und Diplomatie, Außen- und Verteidigungspolitik, Forschungs- und Entwicklungsförderung sowie Gesundheit.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

### 2.1 Finanzmärkte und koordinierte Steuerpolitik

Die mangelnde Koordinierung der Finanz- und Steuerpolitik in der EU ist in vielerlei Hinsicht reformbedürftig. So führen die unterschiedlichen Steuersysteme und die fehlende Steuerharmonisierung innerhalb der EU zu einer Fragmentierung, die einem echten Binnenmarkt zuwiderläuft und eine gemeinsame Verhandlungsposition bei internationalen Verhandlungen erschwert.

Gleichzeitig führt die fortbestehende Doppelbesteuerung von Bürgern und Unternehmen bei grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen zu unangemessenen Belastungen und gesamtwirtschaftlichen Nachteilen. Darüber hinaus eröffnet die fehlende Harmonisierung der Steuersysteme unerwünschte Steuerschlupflöcher. Die unzureichende Koordination der Steuerverwaltungen begünstigt die Steuerhinterziehung; ein Problem, das wir auch und vor allem in Luxemburg angehen müssen.

Darüber hinaus hat die globale Finanzkrise auch in der EU gezeigt, dass sich der Finanzsektor von seiner ursprünglichen Aufgabe, die Realwirtschaft zu unterstützen, entfernt hat. Im Hinblick auf seine ursprünglichen Aufgaben, wie die Allokation von Kapital und Risiko, die Bereitstellung von finanzieller Liquidität und die Befriedigung des Investitionsbedarfs der Gesellschaft, besteht unserer Meinung nach Handlungsbedarf.

- **Ein EU-Ministerium für Wirtschaft und Finanzen ist absolut notwendig.** Dieses Ministerium würde die Funktionen der Europäischen Kommission für Wirtschaft und Währung, des Vorsitzes der Euro-Gruppe und künftig des Vorsitzes des Gouverneursrates des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) vereinen, wie von der Europäischen Kommission vorgeschlagen.
- **Wir unterstützen die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer** auf Wertpapiere, Derivate und alle Formen von Finanzmarkt-wetten.
- **Wir wollen die Umsetzung der Gemeinsamen Konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) in Europa und damit auch für Luxemburg verbindlich vorantreiben.** Entsprechende Vorschläge der Kommission sehen vor, dass für Konzerne mit Sitz in der EU ein konsolidierter Gesamtgewinn ermittelt wird, der dann zu gleichen Teilen auf Löhne, Umsatz und satzungsmäßiges Kapital verteilt wird.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Alle künftigen Gesetzesänderungen im Steuerrecht sollten auf ihre Vereinbarkeit mit der GKKB geprüft werden.

- **Wir setzen uns für die Durchsetzung einer angemessenen europäischen Besteuerung von digitalen Unternehmen ein.** Um eine wertschöpfungsorientierte Besteuerung zu gewährleisten, hält Volt die Einführung einer europäischen Digitalsteuer für notwendig.
- **Wir setzen uns für eine deutliche Reduzierung des innereuropäischen Steuerwettbewerbs ein.** Aufgrund des damit verbundenen weitreichenden Eingriffs in die Steuerhoheit der Mitgliedsstaaten wird zunächst ein moderater Mindestkörperschaftsteuersatz von 15% angestrebt.
- **Wir befürworten ein entschiedenes Vorgehen gegen Steueroasen in Europa und in Drittländern.** Insbesondere sollen die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) vorgeschlagenen Maßnahmen und das Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) unverzüglich umgesetzt und die steuerlich motivierte Nutzung von Briefkastenfirmen unterbunden werden. Außerdem sollen sich die Bürgerinnen und Bürger transparent und nachvollziehbar über das Steuerverhalten von Unternehmen informieren können.
- **Wir wollen die Umsetzung und den Ausbau des internationalen Informationsaustausches zwischen den Steuerverwaltungen zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung stärken.** Zusätzliches Personal und Technik, insbesondere bei der Steuerverwaltung („*Administration des contributions directes*“), sind dafür unerlässlich. Zudem sollte die Transparenz und Informationspolitik über die soziale Notwendigkeit von Steuern verbessert werden. Zudem sollte angesichts der internationalen Finanzströme eine unabhängige europäische Behörde mit europaweiten Ermittlungsbefugnissen im Kampf gegen Geldwäsche geschaffen werden.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

### 2.2 Gemeinsame innere Sicherheit

Organisierte Kriminalität und Terrorismus machen nicht an nationalen Grenzen halt. Grenzüberschreitende Straftaten müssen verhindert und aufgeklärt werden, dies wird jedoch durch ein uneinheitliches und unübersichtliches Regelwerk von Zuständigkeiten und verschiedenen Erfassungssystemen erschwert. Europol kann nur sehr begrenzt selbstständig aktiv werden, da es keine Exekutivrechte besitzt.

Die Abschaffung der stationären Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der 26 europäischen Staaten, die am Schengen-Raum teilnehmen, wurde immer wieder zeitweilig einseitig außer Kraft gesetzt (z. B. während der Krise der europäischen Flüchtlingspolitik, des G20-Gipfels, der Fußball-Europameisterschaft oder der COVID-19-Pandemie), da das Schengener Abkommen solche Ausnahmen erlaubt. Wir wollen jedoch, dass EU-Bürger\*innen sich innerhalb der EU jederzeit frei bewegen können. Die europäische Kommunikation und der europäische Zusammenhalt müssen dazu gestärkt werden.

Voraussetzung für die Bewegungsfreiheit der Menschen innerhalb der EU ist ein funktionierender Schutz der EU-Außengrenzen. EU-Länder mit einer Außengrenze tragen jedoch derzeit die alleinige Verantwortung für die Grenzkontrolle und die gemeinsame Agentur für die Grenz- und Küstenwache der EU, Frontex, ist nicht belastbar. Es hat sich gezeigt, dass einzelne Mitgliedstaaten bei schwerwiegenden Krisen auch trotz der Unterstützung durch Frontex beim Schutz der europäischen Außengrenzen überfordert sind. Dadurch entstehen humanitäre Katastrophen, die mit den europäischen Werten unvereinbar sind.

Deshalb müssen wir Frontex verbessern, indem wir Frontex mit Personal, Ausrüstung und Ausbildung ausstatten. Und nicht nur Geld an diese überforderten Mitgliedsstaaten wie Italien und Griechenland schicken. Außerdem muss es dem Europäischen Parlament leichter gemacht werden, Frontex für seine Handlungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Volts Vision bei der gemeinsamen inneren Sicherheit ist ein einheitliches und effektives europäisches System, das die Integrität der EU-Außengrenzen unter Achtung der europäischen Werte aufrechterhält, grenzübergreifende Kriminalität bekämpft und die Sicherheit und die Bewegungsfreiheit der EU-Bürger\*innen sicherstellt.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

- **Wir wollen einen Ausbau von Europol zu einer vollwertigen Europäischen Polizei erreichen.** Diese soll vor allem bei grenzüberschreitenden Straftaten in den Bereichen der organisierten Kriminalität, Terrorismusbekämpfung, Menschenhandel, Geldwäsche und Cyberkriminalität tätig werden. Die EU-Verträge werden um eine rechtliche Regelung über die Befugnisse von Europol erweitert. Regionalbüros von Europol werden nicht mehr wie bisher den nationalen Polizeidiensten angegliedert, sondern erhalten exekutive Selbstständigkeit. Die Strafermittlungen können von der Europäischen Staatsanwaltschaft eingeleitet werden. Für alle Menschen wird effektiver Rechtsschutz gegenüber den Maßnahmen von Europol gewährleistet. Außerdem soll es einen parlamentarischen Kontrollausschuss für Europol geben, gegenüber dem der\*die zuständige EU-Kommissar\*in rechenschaftspflichtig ist. Fahndungen, welche über Landesgrenzen hinausgehen, erfolgen zukünftig hauptsächlich über Europol.
- **Volt setzt sich dafür ein, dass es innerhalb des Schengen-Raums keine stationären Kontrollen der Binnengrenzen mehr gibt, auch keine Stichproben.** Eine Abriegelung eines Gebietes im Krisenfall (wie z. B. während der COVID-19-Pandemie) wird dann für das jeweilige Krisengebiet durchgeführt (im COVID-19-Fall der Hotspot). Das geschieht nach Notwendigkeit, wenn nötig auch heutige Grenzen überschreitend. Verdachtsbedingte Stichproben werden unabhängig von den heutigen Grenzen durchgeführt. Als souveräner Mitgliedstaat hat natürlich jedes Land weiterhin das Recht, seine Grenzen zu kontrollieren, es sollte dies aber im Sinne des europäischen Zusammenhalts nicht ohne Absprache tun.
- **Wir wollen die EU exklusiv verantwortlich für den Schutz der EU-Außengrenzen machen.** Dazu muss eine neue voll funktionsfähige EU-Grenzschutzbehörde geschaffen werden, die über eigenes Personal verfügt und unabhängig von den heutigen Nationalstaaten ist. Frontex sowie alle heute existierenden nationalen Grenzschutzkräfte sollen in dieser neuen Organisation aufgehen. Sie soll auch für die Erstaufnahme von Geflüchteten zuständig sein, sich an der europäischen Charta der Grundrechte orientieren und diese in ihr Leitbild und ihr Compliance- System aufnehmen müssen. Kontrolliert wird sie durch das EU-Parlament. Eine enge Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen wird dabei angestrebt



## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

- **Wir wollen, dass die Europäische Union eine humane Flüchtlingspolitik und eine vernünftige Arbeitsmigrationspolitik betreibt.** Kooperation und Solidarität sind wichtige Konzepte, um zukünftige Probleme zu vermeiden. Dabei fördern wir unsere europäische Identität, indem wir die Migranten zivilisiert aufnehmen und ihnen eine Zukunft bieten. Kein Erwachsener und kein Kind sollte in einer düsteren und trostlosen Umgebung gefangen sein, in der das Leben in Gefahr ist, wie etwa im Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos oder im Lager Vucjak in Bosnien-Herzegowina. Um diese Krise zu bewältigen, ist es von größter Bedeutung, dass wir nach dem Scheitern des so genannten Dubliner Übereinkommens neue und durchsetzbare Vereinbarungen über die Aufnahme von Flüchtlingen in der EU und über die Verteilung der damit verbundenen Kosten treffen. Italien und Griechenland können die vielen ankommenden Flüchtlinge nicht alleine aufnehmen. Volt fordert auch eine Verbesserung der Asylverfahren durch soziale, rechtliche und psychologische Unterstützung, aber noch wichtiger ist für Volt, dass die Asylbewerber vom ersten Tag an Zugang zum Arbeitsmarkt haben, Sprachunterricht erhalten und alles getan wird, damit ihre Eingliederung gut verläuft.
- **Um die Arbeitsmigration effektiver zu gestalten, möchte Volt außerdem ein Portal einrichten, auf dem Arbeitsmigrant\*innen sehen können, welche geeigneten Arbeitsplätze in welchen Ländern verfügbar sind.** In Luxemburg haben wir zum Beispiel einen Mangel an Arbeitskräften in Bereichen wie Altenpflege oder Bildung. Ein europäisches Arbeitsportal wäre für alle von Vorteil (für das Heimatland, das Aufnahmeland und den\*die Migrant\*in selbst) und würde sowohl inländische als auch ausländische Arbeitnehmer\*innen vor den negativen Folgen der Wirtschaftsmigration schützen. Deshalb wollen wir mehr Möglichkeiten für außereuropäische Migrant\*innen schaffen, ein befristetes Visum für unser Land oder ein anderes europäisches Mitgliedsland zu erhalten.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

### 2.3 Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik

Die USA und China befinden sich in einer strategischen Rivalität, die auch die Europäer\*innen unter Druck setzt und konstruktive internationale Zusammenarbeit erschwert. Europa muss auch deswegen strategische Autonomie anstreben. Derzeit besteht aber keine abgestimmte gemeinsame Außenpolitik der europäischen Staaten, da jede Regierung in der EU de facto ein Vetorecht besitzt. Wir wollen erreichen, dass die europäischen Staaten eine gemeinsame, demokratisch legitimierte Außenpolitik betreiben und nach außen vereint auftreten.

China ist einerseits ein wichtiger Wirtschaftspartner, andererseits bestehen fundamentale Unterschiede bei Werten und Normen. Die Menschenrechtslage ist nach wie vor von einem systematischen Vorgehen gegen Kritiker\*innen und Menschenrechtsverteidiger\*innen geprägt. China missachtet das Völkerrecht, um sein Staatsgebiet und seinen Einfluss zu vergrößern. Das wird vor allem in Hongkong, Taiwan und im südchinesischen Meer deutlich. Volt hält es für illegitim, dass Regierungen die Menschenrechte auf der Grundlage der nationalen Souveränität einschränken. Außerdem gibt es Bedenken, wie China mit der Umwelt und der Privatsphäre umgeht. Dazu nutzt China Handelspraktiken, die die Wettbewerbsgleichheit verzerren und den Marktzugang einschränken. Wir wollen Chinas Einfluss in Europa eine eigene wirtschaftliche strategische Autonomie Europas entgegensetzen. Besonders wichtig ist für uns aber, dass Europa seinen Einfluss und seine Möglichkeiten nutzt, China mit Nachdruck auf dem Weg zu einer Zukunft zu unterstützen, in der die Menschenrechte geschützt sind.

Die Vereinten Nationen sind durch ihren Einsatz zu friedlicher Beilegung von Streitigkeiten, humanitärer Hilfe, Entwicklung und globaler Gesundheit ein Eckpfeiler des internationalen Systems. Aktuell werden Entscheidungen im Sicherheitsrat jedoch durch die Veto-Mächte häufig blockiert.

#### 2.3.1 Außenpolitik

Wir streben eine friedliche, konstruktive und respektvolle Zusammenarbeit der EU mit ausländischen Staaten und deren Regierungen an, um Herausforderungen von beiderseitigem Interesse anzugehen, die Zusammenarbeit zu vertiefen und neue Möglichkeiten zu entwickeln. Auch der

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Erfolg unserer Anstrengungen gegen die Klimakrise und ihre Folgen hängt maßgeblich von internationaler Zusammenarbeit ab. Insbesondere die Klimadiplomatie spielt hier eine entscheidende Rolle.

- **Wir setzen uns dafür ein, dass Mehrheitsentscheidungen im Rat der EU ermöglicht und erfolgen werden.** Dies ist für eine echte europäische Außenpolitik unabdingbar. Als ersten Schritt soll Luxemburg einseitig auf sein Vetorecht verzichten. Das europäische Parlament muss in die Außenpolitik einbezogen werden. Luxemburgische Außenpolitik soll sich dem Außenhandeln der EU unterordnen. Der\*die Hohe Vertreter\*in der EU soll eine Strategie für eine gesamteuropäische Außenpolitik vorlegen. In internationalen Organisationen sollen die Europäer\*innen gemeinsame Standpunkte haben. Die vertiefte außenpolitische Integration einzelner Staaten befürworten wir, wenn diese für alle anderen Staaten offen ist.
- **Volt strebt auch die Ernennung eines gemeinsamen europäischen Außenministers an.** Er wäre zuständig für Sicherheit, Zusammenarbeit, Menschenrechte und Nachhaltigkeit im Umgang mit außereuropäischen Geschäftspartnern. Dies würde es der EU ermöglichen, schneller und effizienter zu reagieren, z. B. bei der Formulierung einer angemessenen Antwort auf die gefälschten Präsidentschaftswahlen in Belarus.
- **Volt möchte erreichen, dass Europa die chinesische Regierung notfalls auch mithilfe wirtschaftlicher Druckmittel dazu drängt, innerstaatliche Reformen aufzunehmen und internationale Menschenrechtsabkommen zu ratifizieren und einzuhalten.** Die EU sollte daher ihre diplomatische und wirtschaftliche Hebelwirkung nutzen, um sich gegen Versuche Chinas oder anderer Staaten zu wehren, die Universalität der Menschenrechte zu untergraben. Die Sicherheit und die Rechte der EU-Bürger\*innen im Ausland müssen gewahrt werden. Der Export von Technologien nach China ist zu unterbinden, wenn diese auch militärisch angewendet werden können. Personen und Organisationen, die die Freiheiten der Menschen in Hongkong gefährden, sind zu sanktionieren. Auslieferungen von Personen nach Hongkong müssen kritisch hinterfragt werden, und den Bürger\*innen aus Hongkong sollten einfache Möglichkeiten geboten werden, sich in Europa niederzulassen. Wir erkennen die Souveränität der Menschen

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

in Taiwan an. Wir fordern die EU auf, diplomatische Beziehungen zur taiwanesischen Regierung aufzunehmen und unterstützen Taiwans Teilnahme an internationalen Organisationen.

- **Der Zugang chinesischer Institutionen und Unternehmen zum Markt der EU muss aus Sicht der Wahrung der Grund- und Menschenrechte gegebenenfalls eingeschränkt werden.** In der 5G-Zusammenarbeit mit chinesischen Telekommunikationsunternehmen sollten ausschließlich kurzfristige Verträge unterzeichnet werden. In Europa sollte die EU die Betriebsgenehmigungen chinesischer Medienunternehmen, Kulturinstitutionen und anderer Organisationen von Gegenseitigkeit – einschließlich der Meinungsfreiheit – abhängig machen.

Die EU soll die Umsetzung des internationalen Beschaffungsinstruments (IPI) beschleunigen, um zu verhindern, dass Unternehmen, die ausländische staatliche Subventionen erhalten, auf europäische Ausschreibungen bieten. Durch Schaffung von Anreizen für Unternehmen, in Märkte außerhalb Chinas zu investieren, soll eine Diversifizierung der Lieferketten unterstützt werden. Angesichts der enormen Bedeutung Chinas für eine wirkungsvolle globale Nachhaltigkeitspolitik unterstützt Volt eine fortgesetzte und erweiterte Zusammenarbeit mit China vor allem in den Bereichen Klimawandel, erneuerbare Energien, Kreislaufwirtschaft, nachhaltige Mobilität und Umwelttechnologie.

- **Volt setzt sich für eine Demokratisierung der Vereinten Nationen ein**, um allen Menschen auf globaler politischer Ebene eine Stimme zu geben, die planetaren Herausforderungen besser zu lösen und weltweit ein friedliches Miteinander zu erreichen. Langfristig streben wir einen wirksameren und demokratisch legitimierten UN-Sicherheitsrat an, indem das Vetorecht und ständige Mitgliedschaften in diesem Gremium abgeschafft werden. Bis dahin verfolgen wir pragmatische erste Schritte, wie die stärkere Öffnung des Gremiums für weitere Länder und die Aufhebung des Vetorechts bei Menschenrechtsverletzungen und humanitären Notlagen. Ergänzend zu der Generalversammlung, die sich aus Regierungsvertreter\*innen der einzelnen Mitgliedstaaten zusammensetzt, wollen wir eine demokratisch gewählte Versammlung (UNPA) etablieren, die aus direkt gewählten Vertreter\*innen von Bürger\*innen aus der ganzen Welt besteht. Auf lange Sicht soll dieses Weltparlament nach dem Subsidiaritätsprinzip allgemein verbindliche

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Vorschriften verabschieden. Volt setzt sich ein für die Erhöhung der freiwilligen Beiträge an die Vereinten Nationen und ihre Organisationen, Fonds und Programme, wobei besonders die nicht zweckgebundenen Beiträge erhöht werden sollen. Des Weiteren soll die gesamte EU bei den Vereinten Nationen lediglich durch eine\*n einzige\*n EU-Botschafter\*in repräsentiert werden. Hierzu sollte Frankreich seinen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat an die EU übergeben.

### 2.3.2 Verteidigungspolitik

Luxemburg ist von freundschaftlichen Staaten und Verbündeten umgeben, sodass keine Bedrohung aus unserer direkten Nachbarschaft zu erwarten ist (abgesehen von der Tatsache, dass ohnehin ein Verteidigungsbündnis mit Frankreich besteht). Außerdem wäre das luxemburgische Militär mit nur 800 Soldaten weder personell noch materiell in der Lage, in einem größeren Konflikt allein zu bestehen. Insofern ist eine eigenständige nationale Armee weder notwendig noch sinnvoll. Zusätzlich können sich die europäischen Staaten nicht mehr blindlings auf eine Verteidigung ihres Territoriums durch die NATO verlassen. Durch die Bündelung der finanziellen, personellen, logistischen und nachrichtendienstlichen Ressourcen wollen wir die Verteidigung der gesamten EU weitaus effizienter gestalten und durch eine einheitliche Ausrüstung und eine bessere Koordinierung qualitativ erheblich verbessern – auf dem Weg zu einer europäischen Armee.

- **Unser strategisches Ziel ist eine europäische Armee mit einheitlicher Ausrüstung unter einem\*einer europäischen Verteidigungsminister\*in, in der die luxemburgische Armee aufgeht.** Kurzfristig muss sich Luxemburg noch stärker für verbindliche Standards einsetzen. Idealerweise wird schnellstmöglich eine gemeinsame Ausrüstungsplanung etabliert. Dies schließt eine europäische Standardisierung ein, die mit den NATO-Standards kompatibel ist.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

- **In der nächsten Legislaturperiode wollen wir bestehende bilaterale/multilaterale Kooperationen mit anderen europäischen Nationen ausbauen, neue Kooperationen mit interessierten Partnern etablieren und uns für einheitliche Beschaffungsprozesse einsetzen.**
- Um eine europäische Armee zu unterstützen, **sollte Luxemburg zunächst seinen Beitrag auf die geforderten 2% der NATO-Norm erhöhen.** In der Tat haben sich alle NATO-Mitglieder auf dem Gipfel 2014 darauf geeinigt, bis 2025 2% ihres BIP für die Verteidigung auszugeben. Leider ist Luxemburg mit nur 0,55% seines BIP-Beitrags im Vergleich zu allen anderen Mitgliedern das schwarze Schaf. Dieses Ziel ist nun unerreichbar, aber die Regierung sollte die NATO darüber informieren, dass sie nicht in der Lage sein wird, es zu erreichen, und um eine neue Frist bitten, indem sie einen kohärenten Aktionsplan vorschlägt, um dieses Ziel dieses Mal zu erreichen. Es ist jedoch auch an der Zeit, sorgfältig zu analysieren, wie viel Geld die NATO für unsere gemeinsame Sicherheit in Europa benötigt. Auf dieser Grundlage können wir dann bestimmen, wie viel jedes Mitglied zu bestimmten Bereichen der Verteidigung beitragen muss, um eine optimale Zusammenarbeit zu erreichen. Diese 2% können dann bei Bedarf angepasst werden.

### 2.3.3 Gemeinsame Verteidigungspolitik in Europa

Viele Kooperationen der Bundeswehr mit Streitkräften anderer Nationen haben sich bereits bewährt. Beispiele hierfür sind u. a.:

**Best Practice**  
aus *Deutschland*  
& *der Niederlande*

- Das Deutsch-Niederländische Korps
- Die Zusammenführung und Unterstellung der deutschen und niederländischen Kurzstrecken-Luftabwehr unter niederländischer Führung; die niederländische Mittelstrecken-Luftabwehr (PATRIOT) unter deutschem Kommando
- Das Europäische Lufttransportkommando (European Air Transport Command EATC)

## 2.4 Europäische Weltraumpolitik<sup>3</sup>

Die Menschheit steht erst am Anfang, das Potenzial, die Chancen und Ressourcen des Weltraums zu nutzen. Nach Schätzungen der European Space Agency (ESA) sind aus jedem dort investierten Euro im Durchschnitt mehrere Euro als Return on Investment zu erwarten. Europa ist im Bereich der Erdbeobachtung weltweit führend, liegt jedoch bei der Erforschung des Weltraums sowie der Raumfahrt im Vergleich zu den großen Raumfahrtationen zurück. Wir wollen erreichen, dass die EU weltweit eine Führungsrolle in der Weltraumpolitik übernimmt. Zu den wichtigsten Zielen unserer Weltraumpolitik gehören die Verbesserung der Erdbeobachtung und die Nutzung dieser Informationen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen, die Erschließung weltraumgestützter Energiequellen wie Solarenergie und Kernfusion, der Abbau wertvoller Materie und die Besiedlung des Sonnensystems. Dabei müssen die Grundprinzipien der Nachhaltigkeit gewahrt, die Entstehung von Weltraummüll begrenzt, die Weltraum-Militarisierung verhindert und ein wirksamer Schutz gegen die Bedrohung durch Asteroideneinschläge entwickelt werden. Es muss vermieden werden, dass einzelne Nationen die Chancen des Weltraums zu ihrem einseitigen Vorteil ausbeuten.

- **Wir setzen uns für die Implementierung eines Weltraumrechts ein, das sicherstellt, dass die Nutzung der Chancen und Ressourcen des Weltraums am Gemeinwohl der Menschheit orientiert ist** und nicht nur einseitig einzelnen Nationen nützt. Eine Weltraummilitarisierung muss durch dieses Weltraumrecht wirksam eingedämmt werden.
- **Wir wollen die weltraumpolitischen Investitionen Europas auf allen Ebenen steigern.** Dazu gehören die Grundlagenforschung, die Raumfahrt, die Erdbeobachtung, die Erschließung neuer Ressourcen sowie die Raumbesiedelung. Bereits im Jahr 2040 möchten wir eine dauerhafte Forschungsstation auf dem Mars errichten. Des Weiteren muss ein Abwehrkonzept gegen die Bedrohung durch Asteroideneinschläge entwickelt und umgesetzt werden.

<sup>3</sup> Eine ausführlichere Version der Raumfahrtspolitik von Volt ist im Politikportfolio von Volt Europa zu finden: <https://assets.volteuropa.org/2021-12/Volt%20Space%20Policy%20October%202021.pdf>

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

- **Wir wollen die Erschließung und Nutzung der Informationen aus der satellitengestützten Erdbeobachtung intensivieren.** Dies möchten wir durch den Ausbau des Copernicus-Programms erreichen – unter anderem zur Nachverfolgung und Steuerung von Treibhausgasemissionen.
- **Wir setzen uns dafür ein, dass die großen Potenziale weltraumgestützter Solarenergie sowie der Kernfusion erforscht und erschlossen werden.** Zusätzlich soll auch der Abbau von Ressourcen, wie dem in Asteroiden enthaltenen Platin, erforscht werden.
- **Volt sieht es als besonders dringend an, eine nachhaltige Strategie zur Begrenzung des durch die Menschheit verursachten Weltraummülls zu entwickeln.** Hierfür schlagen wir die Einrichtung eigenständiger Behörden mit weitreichenden Kompetenzen sowie den Abschluss verbindlicher völkerrechtlicher Verträge vor.

### 2.5 Gemeinsame Gesundheitspolitik

Die COVID-19-Pandemie legt Sachverhalte offen, die den europäischen Bürger\*innen sonst eher langsam oder gar nicht bewusst geworden wären. Ein gemeinsames Vorgehen bei der Impfstoffzulassung und -beschaffung hat sich als sinnvoll erwiesen und zeigt, wie sehr alle EU-Bürger\*innen von einer Union im Bereich Gesundheit profitieren können. Es fehlt aber eine gemeinsame EU-Behörde mit dem Mandat, weltweit die Menge an Produktionskapazitäten für Impfstoffe zu überwachen, um Versorgungsengpässe vermeiden zu können und Schwachstellen in den Lieferketten rechtzeitig zu beheben – anders als z. B. in den USA.

Auch der momentane europäische Katastrophenschutz ist auf Beiträge der Staaten angewiesen. Eigene Reserven besitzt die EU nicht. Wegen der Auslagerung der Produktion außerhalb der EU haben sich Versorgungsengpässe von Arzneimitteln, Medizinprodukten und Schutzausrüstung verschärft.

Zusätzlich fehlt ein einheitliches europäisches Krisenmanagement. Beim Versuch, das Virus einzudämmen, führten die Nationalstaaten Alleingänge durch, anstatt die Maßnahmen europäisch zu koordinieren. Durch den Klimawandel wird es in Zukunft zunehmend Probleme mit Pandemien und Infektionskrankheiten geben.



## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Auch die aktuelle EU-Kommission hat erkannt, dass es eine Zusammenarbeit in der europäischen Gesundheitspolitik geben muss. Sie hat Pläne zur Stärkung des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sowie der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), zur Schaffung einer EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) und zur Umsetzung einer Arzneimittelstrategie für Europa angekündigt. Momentan fokussieren sich diese Pläne aber nur auf die Prävention von Gesundheitskrisen und müssen inhaltlich noch gefüllt werden.

Volt begrüßt dies als kurzfristige Lösung. Da Volt aber grundsätzlich eine Angleichung der Lebensstandards in allen EU-Mitgliedstaaten anstrebt, bis zur langfristigen Verwirklichung der Vision einer föderalen Europäischen Republik, streben wir eine umfassende Lösung an: eine gemeinsame europäische Gesundheitspolitik. Diese umfasst sowohl eine gemeinsame Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen als auch ein harmonisiertes Gesundheitswesen und die entsprechende Struktur bei Krankenversicherungen, damit jede\*r EU-Bürger\*in dieselbe Gesundheitsversorgung und den jeweiligen Zugang zu einem europäischen System erhält. Außerdem wollen wir eine dauerhafte, sachgerechte und sichere Versorgung der EU-Bevölkerung mit Arzneimitteln zu bezahlbaren Preisen sicherstellen.

➤ **Wir wollen kurzfristig eine kooperative Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten statt nationaler Alleingänge erreichen.** Diese beinhaltet eine gemeinsame Lagerhaltung von medizinischer Ausrüstung für mindestens drei bis sechs Monate, um Versorgungsengpässe zu verhindern. Außerdem wollen wir einen europäischen Versorgungsnachweis von freien Krankenhauskapazitäten einführen, um bei Engpässen Patient\*innen zwischen den Ländern verlegen zu können. Weiterhin möchten wir erreichen, dass ein europaweites Warnsystem zu Katastrophen und gesundheitlichen Notlagen eingerichtet und die Aufklärung der EU-Bürger\*innen über die europäische Krankenversicherungskarte und die Leistungen, auf die sie in anderen EU-Ländern Anspruch haben, verbessert wird.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

- **Wir setzen uns mittelfristig für eine europäische Strategie zur Gesundheitsvorsorge ein. Dazu gehört die Erarbeitung eines europäischen Konsenses über eine gemeinsame Drogenpolitik, die in allen EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden soll.** Volt will zu einem anderen System übergehen, in dem wir auf der Grundlage gründlicher Forschung den Besitz, den Handel und die Herstellung bestimmter Drogen unter bestimmten Bedingungen zulassen. Dies hat zwei wesentliche Vorteile. Der Druck auf die Strafverfolgungsbehörden nimmt ab, und als Gesellschaft können wir besser in Prävention und Aufklärung investieren. Außerdem führt die Legalisierung von Drogen nicht zu mehr Drogenkonsum, sondern sorgt für eine bessere Kontrolle des Konsums.
- Darüber hinaus **soll eine europäische digitale Infrastruktur im Gesundheitsbereich aufgebaut werden**, die eine grenzüberschreitende Versorgung von Patient\*innen ermöglicht. Ein erster wichtiger Schritt ist mit eHDSI (eHealth Infrastructure) bereits getan.
- **Langfristig wollen wir die Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung und des Zugangs zur Gesundheitsversorgung für alle Bürger\*innen Europas erreichen.** Das bedeutet, dass es eine uneingeschränkte medizinische Versorgung für jede\*n EU-Bürger\*in in jedem EU-Land mit der europäischen Krankenversicherungskarte geben soll. Außerdem sollen europäische Richtlinien (basierend auf Benchmarking und Best-in-Class-Leistungen) für Wartezeiten, Diagnosen und Behandlungen entwickelt werden, um die Qualität der Gesundheitsversorgung zu verbessern und sicherzustellen. Auch eine kontinuierliche Optimierung der Koordination und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Einrichtungen, Gesundheitsdienstleistenden und Marktteilnehmenden ist dringend erforderlich.

Die **deutsch-französische bilaterale Vereinbarung**, die es den Bewohner\*innen der Region Saar und Mosel ermöglicht, Krankenhäuser des jeweiligen anderen Landes kostenfrei und ohne Genehmigung aufzusuchen.

Best Practice  
aus Deutschland  
& Frankreich

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN



© Rene Ämarik, 2017; CC BY 2.0

### 3 WAHRHAFT EUROPÄISCHE BILDUNG UND FORSCHUNG

Bildung legt den Grundstein für eine solidarische Gesellschaft, eine gelebte Demokratie und damit für unsere gemeinsame Zukunft. Aus diesem Grund spielt sie eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen, wie der sozialen Ungleichheit, der sich rapide verändernden Arbeitswelt oder der Bekämpfung der Klimakrise. Insofern ist Bildung der Grundpfeiler unserer Zukunft und muss in einem zukunftsfähigen Staat an erster Stelle stehen – von der Vorschule bis zur Hochschul- und Berufsausbildung. Gute Bildung zeichnet sich dadurch aus, dass sie freiheitsliebend ist und die Schülerinnen und Schüler in ihrem Lernen geistig unterstützt. Immanuel Kant hat dies bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts wie folgt ausgedrückt:

**„DIE PÄDAGOGIK IST ERZIEHUNG ZUR PERSÖNLICHKEIT, ERZIEHUNG EINES FREY HANDELNDEN WESENS, DAS SICH SELBST ERHALTEN, UND IN DER GESELLSCHAFT EIN GLIED AUSMACHEN, FÜR SICH SELBST ABER EINEN INNERN WERTH HABEN KANN.“<sup>4</sup>**

<sup>4</sup> Kant, I. (1803). Über Pädagogik. (Rink, F. T., Hrsg.) Königsberg: Friedrich Nicolovius. S. 29

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Eine der größten Herausforderungen ist es, den benachteiligenden Einfluss der sozialen Herkunft auf den Bildungserfolg zu reduzieren und Schüler\*innenbiografien insgesamt zu individualisieren. Auch der Staat trägt Verantwortung für die Bildung, da diese eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Dieser Verantwortung wollen wir uns mit diesem Abschnitt des Programms stellen.

Wir denken Bildung neu – lebensnah, wissenschaftlich fundiert, chancengerecht und inklusiv. Deshalb möchten wir in zukunftsgerichtete, ganzheitliche Bildung investieren und den Bildungssektor reformieren. So sollen die Lernenden mithilfe individualisierter, multiprofessioneller und praxisorientierter Begleitung zu mündigen, engagierten Bürger\*innen werden, die aktiv die Herausforderungen unserer Zeit bewältigen und die Zukunft mitgestalten.

### 3.1 Europäisches Schulmodell für die Primar- und Sekundarstufe in Luxemburg

Die luxemburgische Gesellschaft ist gekennzeichnet durch einen hohen Anteil an Ausländer\*innen (47,1% der Bevölkerung sind Ausländer\*innen), vor allem aus anderen europäischen Mitgliedstaaten (80,8% der Ausländer\*innen sind EU-Bürger\*innen), und eine relativ hohe Mobilität, d. h. Fluktuation, der Bevölkerung insgesamt.<sup>5</sup> Infolgedessen ist die Schulbevölkerung sehr heterogen, mit Schüler\*innen, die zu Hause verschiedene Sprachen sprechen und während ihrer Schulzeit zunehmend in andere Orte der Union ziehen. Außerdem werden viele Schüler\*innen nach der Schule in anderen Städten in Europa studieren.

Die traditionelle luxemburgische öffentliche Schule ist dieser Situation nicht mehr gewachsen, was erklärt, dass das Schulangebot in den letzten zwei Jahrzehnten erheblich zugenommen hat. Es wurden Privatschulen (vor allem englische und französische) eröffnet, und auch das öffentliche Schulsystem wurde durch die Schaffung von internationalen, britischen, frankophonen und deutsch-luxemburgischen Bildungsangeboten diversifiziert.

<sup>5</sup> STATEC (2022): Luxembourg in figures 2022. Luxembourg: Imprimerie Centrale. p. 11 <https://statistiques.public.lu/en/publications/series/luxembourg-en-chiffres/2022/luxembourg-en-chiffres-2022.html>

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Die interessanteste Entwicklung ist unseres Erachtens jedoch die Einrichtung von **öffentlichen Europäischen Schulen** (*Schola Europaea*). Diese werden offiziell als **anerkannte oder akkreditierte Europäische Schulen** bezeichnet und folgen denselben Lehrplänen wie die traditionellen Europäischen Schulen, die 1957 gegründet wurden und hauptsächlich für Kinder von Bediensteten der Europäischen Institutionen gedacht sind. Die erste anerkannte Europaschule in Luxemburg war die Internationale Schule von Differdange und Esch (*EIDE*) im Jahr 2016, gefolgt von Schulen desselben Typs in Clervaux (*Lycée Edward Steichen*), Mondorf-les-Bains (*EIMLB*) und Junglinster (*Lënster Lycée*). Zwei weitere wurden 2021 bzw. 2022 eröffnet: Mersch (*EIMAB*) und Luxemburg-Stadt (*EIGT*).

Volt Luxemburg bedauert zutiefst, dass diese öffentlichen Europäischen Schulen, die zum Europäischen Abitur führen, "Internationale Schulen" genannt werden, da dies zu einer Verwechslung mit den Internationalen Schulen führt, deren Lehrpläne anders sind und ein Internationales Abitur verleihen.

Volt begrüßt die Diversifizierung der Schulen im Land. Der Zugang zu den öffentlichen Europäischen Schulen ist jedoch auf einen kleinen Teil der Schulbevölkerung beschränkt, da die meisten Kinder nur das traditionelle luxemburgische Schulsystem besuchen können. Dies führt zu einer **Ungleichheit** beim Zugang zu einem breit gefächerten Bildungsangebot und dient nicht dem Zusammenhalt der Gesellschaft.

**Volt spricht sich daher für eine massive Einführung des Systems der Europäischen Schule im ganzen Land aus, mit dem Ziel, das traditionelle luxemburgische Schulsystem schließlich vollständig zu ersetzen.** Wie weiter unten erläutert – und durch die sehr hohe Nachfrage an den bestehenden öffentlichen Europaschulen bestätigt – sind die Europäischen Schulen ideal für Luxemburg geeignet: Sie bieten sprachliche Flexibilität, ermöglichen Mobilität innerhalb der Europäischen Union und vermitteln den Schülern, die im Herzen Europas leben, eine wirklich multikulturelle Bildung, die europäische Werte fördert.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Die „traditionellen“ Europäischen Schulen sind offizielle Bildungseinrichtungen, die gemeinsam von den Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union kontrolliert werden. Sie werden in all diesen Ländern rechtlich als öffentliche Einrichtungen angesehen. Der Auftrag der Europäischen Schulen besteht darin, eine mehrsprachige und multikulturelle Bildung für Schüler des **Kindergartens, der Primar- und der Sekundarstufe** zu vermitteln. Es gibt (Stand 2021) 13 traditionelle Europäische Schulen (Alicante, Brüssel I (Uccle + Berkendael), Brüssel II (Woluwé), Brüssel III (Ixelles), Brüssel IV (Laeken), Frankfurt am Main, Mol, Bergen, Karlsruhe, München, Varese, Luxemburg I & Luxemburg II) in sechs Ländern (Belgien, Niederlande, Deutschland, Italien, Spanien und Luxemburg) mit insgesamt rund 28 000 Schülern. Sie richten sich in erster Linie an die Kinder der Bediensteten der europäischen Institutionen.

Derzeit gibt es 20 anerkannte Schulen in 13 EU-Mitgliedstaaten und 4 Schulen, die sich im Anerkennungsverfahren befinden (Stand 2021). 10 von ihnen haben bereits mindestens eine Baccalaureate-Sitzung erlebt. Die meisten Schulen bieten 2 oder 3 Sprachabteilungen an, und in den 21 Schulen, die derzeit geöffnet sind, gibt es die folgenden Sprachabteilungen: **EN (21) FR (13), DE (7), IT (3), DK (1), EL (1), ES (1), FI (1), NL (1), PL (1) SI (1) SV (1)**. Von den 21 Schulen, die derzeit in Betrieb sind (20 akkreditiert und 1 im Akkreditierungsverfahren): 18 verfügen über einen Kindergarten; 20 über eine Primarschule (wobei noch nicht alle Schulen alle Primarschulklassen abdecken); 21 über eine Sekundarschule (wobei noch nicht alle Schulen alle Sekundarschulklassen abdecken). Ausführlichere Informationen über die Europäischen Schulen findet man unter [www.eursec.eu](http://www.eursec.eu).

**Volt setzt sich dafür ein, dass die europäischen Grundschulen massiv ausgebaut werden (um eines Tages das gesamte nationale Grundschulsystem zu ersetzen) und die europäischen Sekundarschulen als Alternative zum *Lycée Classique* zur Standardausbildung für jedes Kind in Luxemburg werden.** Jedes Kind, unabhängig von seinen Interessen und Fähigkeiten, sollte idealerweise ab dem ersten Jahr der Grundschule (Kindergarten) und zwingend im siebten Schuljahr (7<sup>e</sup>) in das europäische System aufgenommen werden. Ab dem vierten Jahr der Sekundarstufe (4<sup>e</sup>) ist dann ein Wechsel auf ein *Lycée général* möglich, welches eine berufliche und handwerkliche Ausbildung bietet.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

### 3.1.1 Warum uns das europäische Schulsystem der anerkannten Schulen gefällt

#### 1. Ein gemeinsames Programm schafft ein gemeinsames Ziel – es eint Europa.

- Die Vielfalt der Schulsysteme in Europa führt nicht nur zu Wettbewerb (wogegen im Allgemeinen nichts einzuwenden ist), sondern vor allem zu Ungleichheit und Verwirrung. Jedes Land innerhalb der EU hat sein eigenes Bildungskonzept, seine eigene Schullaufbahn und seine eigenen Abschlussprüfungen. Obwohl der Bologna-Prozess bereits viel mehr Transparenz gebracht hat, ist die Einheitlichkeit noch lange nicht erreicht. Das zeigen zum Beispiel auch die Ergebnisse der regelmäßigen PISA-Studien<sup>6</sup>, die unterschiedlicher nicht sein könnten.
- Um dem entgegenzuwirken, werben die europäischen Schulen für ein gemeinsames Programm, das die EU weiter stärkt und die Abschlüsse gleichwertig macht – unabhängig davon, wo der Abschluss erworben wurde. Dies ist ein starkes Signal sowohl innerhalb der EU als auch international und könnte europäische Abschlüsse im Ausland viel wertvoller und vergleichbarer machen.

#### 2. Ein gemeinsames Programm stellt sicher, dass jeder die gleiche Bildung erhält, unabhängig vom Standort in Europa.

- Wenn wir ein gemeinsames Schulprogramm haben, das in allen europäischen Ländern gleich ist, haben wir auch mehr Chancengleichheit. Denn im europäischen Schulsystem gibt es kein Land, das nur aufgrund seiner Lage eine bessere Bildung bietet. Für die Kinder spielt es keine Rolle, ob sie zum Beispiel in Finnland, Lettland, Polen, Frankreich, Luxemburg, Spanien oder Kroatien zur Schule gehen. Alle können die gleiche Bildung erhalten.

#### 3. Anerkannte Schulen sind für jedermann zugänglich und kostenlos (in Luxemburg).

- Anerkannte Europäische Schulen bieten einen enormen Vorteil gegenüber den traditionellen Europäischen Schulen. Sie stehen allen offen, es gibt keine Aufnahmekriterien, und vor allem sind sie kostenlos. Sie stehen also jedem Kind zur Verfügung, ohne Ausgrenzung. Ihre

<sup>6</sup> Siehe [www.oecd.org/pisa/](http://www.oecd.org/pisa/) für weitere Informationen über das OECD-Programm zur internationalen Schülerbewertung.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Integration in Luxemburg ist auch viel einfacher, da der Staat nach wie vor die finanzielle und administrative Macht über die Schulen hat (z. B. bei der Einstellung von Lehrern, der Erweiterung usw.). Allerdings wird nur bei einer massiven Ausweitung der Schulen jedes Kind auch Zugang zu diesen freien Schulen haben.

### 4. Die Experten, die das Programm ausarbeiten, können die Eliten aus ganz Europa sein.

- Das Programm der Europäischen Schulen wird von einem Gremium aus verschiedenen Inspektor\*innen festgelegt und kontrolliert. Jedes Fach hat seine\*n eigene\*n Inspektor\*in (z.B. ist Luxemburg derzeit für Biologie zuständig). Da die Zahl der Europäischen Schulen zunimmt, wird diese Struktur weiter angepasst und erweitert, aber das Prinzip bleibt dasselbe: jedes Land wird seine Vertretung finden und somit werden die bestmöglichen Gremien aus allen europäischen Ländern dieses Programm zusammenstellen. Da der Pool an Expert\*innen viel größer ist, kann das Programm auch besser werden.
- Man muss bedenken, dass ein innereuropäischer Austausch bedeutet, dass Wissen aus allen Ecken in die Bildung einfließen kann. Der intellektuelle Austausch ist viel größer! So können beispielsweise Forschungsergebnisse aus Oslo mit Statistiken aus Sizilien verglichen werden, während zur gleichen Zeit Wissenschaftler\*innen aus Lissabon, Sofia oder Hamburg an einem integrativen und ausgereiften Programm arbeiten. Jeder handelt in seinem eigenen Interesse: Denn ein besseres Programm für Europa bedeutet auch ein besseres Programm für die eigenen Kinder und Schüler\*innen.

### 5. Der Ortswechsel zwischen Ländern wird für Kinder erleichtert.

- Eines der größten Probleme, mit denen viele Kinder und Jugendliche in der heutigen globalen Gesellschaft konfrontiert sind, ist der ständige Wandel. Unsere Gesellschaft ist viel variabler als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Die Menschen ziehen häufiger um und wechseln häufiger den Arbeitsplatz als noch vor zehn Jahren. Dies wurde bereits durch eine Studie aus dem Jahr 2014 bestätigt, aus der hervorging, dass sich das durchschnittliche Beschäftigungsverhältnis von Menschen unter 30 Jahren um 22 Prozent verkürzt hat.<sup>7</sup> Niemand ist von diesem ständigen

<sup>7</sup> Rhein, T., & Stüber, H. (February 2014). Beschäftigungsdauer im Zeitvergleich. (IAB der Bundesagentur für Arbeit, Publ.) IAB *Kurzbericht*(3). <http://doku.iab.de/kurzber/2014/kb0314.pdf>



## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Ortswechsel stärker betroffen als Kinder. Für sie bedeutet es, sich an eine neue Umgebung, an neue kulturelle Gegebenheiten anzupassen, gleichzeitig ihren gesamten Freundeskreis auf den Kopf zu stellen und zu versuchen, sich in einem Land, das sie nicht kennen, in einer Sprache, die sie noch nicht sprechen, zurechtzufinden. Wenn dann auch noch das Schulsystem völlig neu überdacht werden muss, ist das eine echte Katastrophe, vor allem für die jüngsten unserer Bürger\*innen. Dem steht das europäische System gegenüber, das den Kindern zumindest diesen Aspekt erleichtert und ihnen einen nahtlosen Übergang von einem europäischen Land in ein anderes ermöglicht, ohne ihre Schulbahn zu gefährden.

- Das ist natürlich auch eine emotionale Unterstützung und kann vor allem für Kinder und Jugendliche von enormer Bedeutung sein. Die Europäischen Schulen machen also allen Eltern das Leben leichter, deren Standort unsicher ist und die möglicherweise umziehen müssen.

### 6. Sprachen werden stark gefördert (Stärkung der Integration und Verständigung zwischen den Völkern Europas)

- Das System der Europäischen Schulen basiert ursprünglich auf dem luxemburgischen Schulsystem. Dafür gibt es Gründe. Denn eigentlich ist kein anderes Land so mehrsprachig wie Luxemburg. Nirgendwo sonst in Europa sprechen die Menschen so viele Sprachen, nirgendwo sonst lernt man so viele Fremdsprachen schon in der Schule. Laut Eurostat ist Luxemburg Spitzenreiter beim Erlernen von Fremdsprachen, 100% aller Schüler lernen mindestens zwei Fremdsprachen.<sup>8</sup>
- Und das ist eine gute Sache! Denn **Sprachenlernen fördert die Integration und die Kommunikation innerhalb eines Staates**. Und nicht nur das: Sprache ist auch ein Mittel zur Vermittlung von Kultur und Tradition: Nur wer viele Sprachen spricht, kann sich in andere Menschen und Kulturen richtig einfühlen. Unserer Meinung nach ist es wichtig, den Spracherwerb weiterhin als oberste Priorität zu sehen, da er kulturelle Barrieren gar nicht erst entstehen lässt und zu einem harmonischeren Zusammenleben führt.

<sup>8</sup> Eurostat: Foreign language learning statistics. [https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Foreign\\_language\\_learning\\_statistics](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Foreign_language_learning_statistics)

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

- Da viele europäische Schulen hierzulande als „Internationale Schulen“ bezeichnet werden, könnte man fälschlicherweise annehmen, dass es sich um rein englische Schulen handelt. Das ist aber nicht der Fall. Es gibt (zumindest in Luxemburg) drei mögliche Verkehrssprachen: Deutsch, Französisch und Englisch. Das bedeutet, dass im Prinzip alle Nebenfächer in dieser Sprache unterrichtet werden, die auch als erstes Sprachfach (L1) dient. Die Schülerinnen und Schüler wählen dann eine zweite und dritte Sprache, L2 und L3, die allerdings von den Verkehrssprachen abweichen können – in Differdange/Esch gibt es z.B. Portugiesisch als mögliches Schulfach. Allerdings – und das ist im luxemburgischen Schulsystem fast genauso – wird ab dem vierten Jahr der Sekundarstufe (4<sup>e</sup>) die Verkehrssprache einiger Nebenfächer wie Geschichte oder Geographie in der zweiten Wahlsprache unterrichtet. Dies fördert die Entwicklung der L2, was wir als Volt begrüßen.

### 7. Kein Land muss seine Sprache oder seine Kultur aufgeben

- Wer befürchtet, dass die Europaschulen zu einer Globalisierung der Bildung führen und dadurch lokale Gegebenheiten wie Traditionen, Kultur, Feste oder auch die Sprache verloren gehen, irrt. Das Modell der Europaschule bietet die Wahl zwischen Religions- oder Ethikunterricht, in dem kulturelle Gegebenheiten thematisiert werden, und politischer Bildung, bei der das Thema Europa immer im Vordergrund steht. Hier lernt man sich selbst und andere kennen und schätzen.
- Gleichzeitig bieten die anerkannten Europäischen Schulen in Luxemburg bereits Luxemburgisch als Pflichtfach an. Dieses zählt nicht zu den erlernten Sprachen (L1-L4), sondern ist als Zusatzfach für alle verpflichtend. Dies ermöglicht allen Schülern im europäischen Schulsystem die Integration in den luxemburgischen Alltag und gleichzeitig verfügt jeder Schüler über mindestens eine gemeinsame Sprache. Luxemburgisch fungiert dabei als Bindeglied zwischen den verschiedenen Sprachabteilungen und wird somit deutlich gefördert. Eine lokale Besonderheit, die natürlich auch in anderen Europäischen Schulen in Europa anders sein kann – es ist also leicht zu erkennen, dass sich kulturelle Besonderheiten problemlos in dieses System integrieren lassen.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

### **8. Es kann für die lokalen Behörden einfacher und kostengünstiger sein, da ein Großteil der Arbeit ausgelagert wird.**

- Seien wir ehrlich: Das Bildungsressort ist eines der größten, schwierigsten, aber auch wichtigsten Ressorts des Staates. Wie jedes Ministerium neigt es dazu, nach einer Legislaturperiode mit einer neuen Regierung einen neuen Minister und damit einen neuen Leiter zu bekommen. Unserer Meinung nach wird in Luxemburg der gleiche Fehler gemacht wie in vielen anderen europäischen Ländern: Das Ressort wird in seiner Komplexität und seinem Umfang völlig unterschätzt. Das Schlimmste für die Bildung ist ein ständiger Richtungswechsel (den man mit einem neuen Minister alle 5 Jahre ertragen muss). Dies geht vor allem zu Lasten der Schüler, die gut 13 Jahre in der Schule verbringen, davon 7 Jahre in der Sekundarstufe. So erlebt jeder die Veränderungen im System aus erster Hand.
- Ein europäisches Schulsystem, das in Bezug auf das Programm zentral gesteuert wird, hat den Vorteil, dass eine radikale Änderung des Programms nicht über Nacht erfolgen kann. Es ist stabiler, was den Schülern mehr Sicherheit gibt und auch die Leistungen vergleichbarer macht.
- Es erleichtert auch die Arbeit jedes Bildungsministers im Lande, da er sich um eine Sache weniger kümmern muss. Sie müssen allenfalls ihre Programmideen gegenüber der EU rechtfertigen.
- Schließlich könnten einige Kosten eingespart werden, da viele Bereiche, um die man sich bisher kümmern musste, wegfallen würden. Diese Energie kann genutzt werden, um andere Dinge und Probleme gezielter anzugehen (z. B. Kriterien für die Einstellung von Lehrkräften, den Ausbau der psychologischen Betreuung, das digitale Klassenzimmer usw.).

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

### 3.1.2 Was wir ändern wollen und wie wir das Modell der Europäischen Schule umsetzen wollen

- a) **Das große Problem: Berufsausbildung und berufliche Qualifikationen sind im Modell der Europäischen Schule noch nicht vorgesehen**

#### Berufsausbildung im *Lycée général*

1. Die größte Hürde, die sich bei einer nationalen Umsetzung des Modells der Europäischen Schule als Standardmodell ergibt, ist das Problem, dass die Europäischen Schulen (zumindest bisher) als akademische Bildungseinrichtungen mit dem Ziel einer weiterführenden Ausbildung an einer tertiären Schule (Universität, Fachhochschule etc.) gelten und damit einem *Lycée classique* am nächsten kommen. Dabei wird jedoch das *Lycée général* übersehen, das zum einen eine Berufsausbildung anbietet und zum anderen Schüler auffängt, für die eine akademische Laufbahn nicht in Frage kommt (derzeit als *Berufsvorbereitungsstufe* oder *voie de préparation* bezeichnet). Die meisten Schüler in Luxemburg besuchen ein solches *Lycée général*; im Jahr 2020 besuchten von allen Schülern im ersten Jahr der Sekundarstufe 49,5% das *Enseignement secondaire général* (ESG) und gut 11,7% die *voie de préparation de l'enseignement secondaire général*, so der nationale Bildungsbericht.<sup>9</sup> Das bedeutet, dass über 60% aller Schüler nicht in ein klassisches Schulsystem passen, so wie es das europäische Schulsystem derzeit eines ist.
2. Aus diesem Grund muss das *Lycée général* beibehalten werden, aber das *Lycée classique* kann bereits jetzt vollständig durch die Europäische Schule ersetzt werden.

#### Wir schlagen jedoch folgende Änderungen vor, wenn das Modell der Europäischen Schule als Standardmodell eingeführt wird:

- **Die Zeit, in der alle Schüler\*innen unabhängig von ihrer Kompetenz, ihrem Willen oder ihrer Zielsetzung in einem einzigen Schulsystem gemeinsam unterrichtet werden, sollte nach der Grundschule fortgesetzt werden.** Wir denken, dass eine **zwei- oder dreijährige** gemeinsame Ausbildung in einer Europäischen Sekundarschule sinnvoll ist.

<sup>9</sup> LUCET, & SCRIPT (Publ.). (2021). Nationaler Bildungsbericht. Luxemburg 2021. Esch-sur-Alzette: Université du Luxembourg. S. 30 <https://bildungsbericht.lu/>

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

### Warum?

- Das *Lycée général* in Luxemburg ist derzeit gelinde gesagt ziemlich chaotisch. Vor allem mit den 2019/2020 eingeführten neuen Versetzungskriterien in den unteren Klassen (7<sup>e</sup>-5<sup>e</sup>), die immer laxer geworden sind, fehlt es den Schüler\*innen an Unterstützung und Klarheit. Mit schlechten Noten werden hier viele in die Berufsausbildung gedrängt (denn die gewählten Abschnitte, in denen unter anderem die Berufsausbildung beginnt, beginnen im vierten Jahr der Sekundarschule, in der 4<sup>e</sup>), für die sie dann aber nicht annähernd qualifiziert genug sind. Eine anspruchsvollere Ausbildung in den Pflicht- und Orientierungsjahren würde das Problem angehen, über das sich das Handwerk in Luxemburg seit langem beklagt: In einer Europaschule würden die Schüler\*innen nach Abschluss des *Cycle inférieur* besser ausgebildet und gleichzeitig würde das Handwerk aufgewertet werden. Wir denken, dass ein anspruchsvolleres und gemeinsames Programm für (fast) alle Schüler\*innen anregender sein wird und das allgemeine Bildungsniveau anhebt.

### Worauf muss bei einer solchen Umsetzung geachtet werden?

- Zunächst einmal muss berücksichtigt werden, dass es weiterhin einen Vorbereitungsweg für Schüler\*innen mit Lernschwierigkeiten geben muss – in unserem Vorschlag würde lediglich der Orientierungsweg des ESG wegfallen. Es muss gesagt werden, dass das Fehlen einer klassischen *voie de préparation* bereits an einigen europäischen Schulen bekannt ist. Die sehr junge École Internationale Mersch Anne Beffort (*EIMAB*) bietet deshalb bereits eine *voie de préparation internationale (VPI)* an. Dieser Schulweg, der eine Berufsausbildung vorsieht, entspricht dem klassischen luxemburgischen Schulsystem der VP, mit dem Unterschied, dass man hier auf Deutsch, Französisch oder Portugiesisch unterrichtet wird (realistischerweise sind dies die Sprachen, mit denen die Zielgruppe am häufigsten konfrontiert wird). Eine Besonderheit der *EIMAB* in der ersten Sekundarstufe ist, dass Mathematik und allgemeine Kultur in der Verkehrssprache unterrichtet werden, während Werkstätten und Sportunterricht auf Luxemburgisch unterrichtet werden. Wir unterstützen dieses System.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

- Danach muss vor allem auf die bildungsbegleitenden Instanzen und die Struktur der Schule geachtet werden. Das bedeutet, dass es in den ersten Jahren der weiterführenden Schule deutlich mehr pädagogische und psychologische Unterstützung geben muss. Wir fordern den Einsatz von noch mehr qualifizierten Psychologen in den Schulen, die Probleme frühzeitig erkennen und Schüler besser unterstützen können. Außerdem fordern wir eine Stärkung des Lehrpersonals in Form von kleineren Klassenquoten – das käme nicht zuletzt den Schülern zugute. Weniger Schüler in einer Klasse bedeutet, dass der Lehrer besser auf jeden einzelnen Schüler eingehen kann (Binnendifferenzierung), gleichzeitig wird die Konzentration der Schüler erhöht und ihr Stress reduziert. Kleinere Klassen führen zu besseren Leistungen und zu weniger Klassenwiederholungen.<sup>10</sup>
- Beides ist natürlich kostspielig. Es wird mehr gut ausgebildetes Personal benötigt, größere Strukturen erfordern eine komplexere Organisation, man bräuchte mehr Klassenräume, ergo mehr Schulen, und so weiter. Aber in unseren Augen ist jeder Cent, der in ein gutes System investiert wird, wertvoll und wichtig, denn Bildung sollte in jedem Staat an erster Stelle stehen!

### **b) Einige weitere Aspekte, die bei der Umsetzung beachtet werden müssen**

- Ein wichtiger Punkt bei der Einführung von mehr und mehr Europäischen Schulen wird die Frage des Lehrpersonals sein. Leider ist es derzeit so, dass an den meisten Europäischen Schulen in Luxemburg weniger als 50% des Lehrpersonals Beamt\*innen sind. Gleichzeitig bedeutet dies, dass mehr als die Hälfte als Lehrbeauftragte, d.h. „*chargé de cours*“ oder „*chargé d'éducation*“, angestellt sind – eine Stelle, die eigentlich nur vorübergehend existieren sollte, um einen kurzfristigen Mangel an ausgebildeten Lehrkräften auszugleichen (denn die Bedingungen, um verbeamtete\*r Lehrer\*in zu werden, sind viel höher und komplexer). Die Gründe für dieses Ungleichgewicht sind vielfältig. Einerseits

<sup>10</sup> Bach, M., & Sievert, S. (May 30, 2018). Kleinere Grundschulklassen können zu besseren Leistungen von SchülerInnen führen. DIW Wochenbericht(22). doi:10.18723/diw\_wb:2018-22-1

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

führen die Schulen an, dass die unterschiedlichen Einstellungsbedingungen an den Europäischen Schulen es ihnen meist nicht erlauben würden, so viele luxemburgische Beamt\*innen einzustellen. Wir bezweifeln diese Aussage. Andererseits kosten Beamt\*innen viel mehr Geld – dies scheint eher ein Grund für die Einstellung von mehr „Ersatzlehrkräften“ zu sein. Unserer Meinung nach führt dies jedoch eindeutig zu einer geringeren Qualität des Unterrichts, denn es kommt einer Privatisierung gleich. Wenn „*chargés*“ eingestellt werden, ist die Zusammensetzung des Lehrpersonals viel flexibler und in ständigem Wandel begriffen. Gleichzeitig fühlen sich die Lehrkräfte weniger verpflichtet, gute Leistungen zu erbringen, weil sie im Prinzip schneller wechseln können. Außerdem lässt das geringere Ausbildungsniveau vermuten, dass der Unterricht nicht die gleiche Qualität haben kann. Deshalb fordern wir auch hier eine Veränderung und mehr verbeamtete Lehrkräfte an den Europäischen Schulen!

- Wir sind uns auch bewusst, dass es noch keine Studien über die anerkannten Europäischen Schulen gibt, die Aufschluss über die Abschlussquoten und den Lernerfolg geben. Wir sehen darin aber vorerst keinen Grund zur Besorgnis, denn jedes neue System muss sich erst bewähren. Wir sind zuversichtlich.
- Ein weiterer Punkt, den es zu berücksichtigen gilt, ist die Tatsache, dass die möglichen Kosten für Änderungen am System bisher ebenfalls unklar sind. Wie hoch die Ausgaben letztendlich sein werden und wie viel jeder Staat selbst und die EU insgesamt für neue Implementierungen ausgeben muss, bleibt unklar. Dennoch können wir an dieser Stelle nur wiederholen, was bereits gesagt wurde: Bildung sollte oberste Priorität haben, auch in Bezug auf die Ausgaben!

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

### 3.2 Allgemeine Probleme in Schulen, die angegangen werden müssen

Unabhängig von der Umsetzung des Systems der Europäischen Schulen stellen sich nach wie vor die folgenden Probleme.

#### 3.2.1 Verringerung der Zahl der Schüler pro Klasse

Die Struktur der Schulklassen ist alles andere als gut. Zum einen ist die Anzahl der Schüler pro Klasse viel zu hoch. In der Sekundarstufe sieht das Bildungsministerium eine Höchstzahl von 30 Schülern pro Klasse vor. Oft sind Klassen mit 25 bis 29 Schülern die Regel. Das aber ist für einen guten Unterricht denkbar schlecht (siehe auch oben auf S. 32 unsere Argumentation).

- Wir fordern daher eine drastische Senkung der Quote auf **maximal 20 Schüler pro Klasse**.

Auch die Heterogenität der Klassen ist derzeit suboptimal. Darunter verstehen wir die heterogene Zusammensetzung verschiedener Kompetenzniveaus in einer Schulklasse. Unserer Meinung nach ist die soziale Integration von schwächeren und stärkeren Schüler\*innen in einer Klasse grundsätzlich gut, aber zu viele unterschiedliche Fähigkeiten machen den Unterricht weitaus ineffizienter. Das Problem liegt auf der Hand: Wenn sich die Niveaus innerhalb einer Klasse stärker ähneln, fällt es dem Lehrer leichter, allen gleichzeitig ein gemeinsames Programm zu vermitteln. Innere Differenzierung ist so oder so notwendig, aber wenn eine Klasse zu heterogen ist, wird dies zu einer fast unmöglichen Herkulesaufgabe. Dies zeigt sich vor allem im *Lycée général* im *Cycle inférieur*, wo Schüler\*innen eines „*cours de base*“ und eines „*cours avancé*“ in derselben Klasse sitzen. Das hat zur Folge, dass die starken Schüler\*innen nicht genug gefördert werden und die schwächeren nicht mithalten können. Damit ist niemandem geholfen.

- Wir fordern daher eine klarere Unterscheidung, um **homogenere Klassen** zu schaffen, die dann auch einheitlicher unterrichtet werden können.



## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

### 3.2.2 Die Attraktivität des Lehrberufs steigern

Das luxemburgische Bildungsministerium sieht sich mit einem Paradoxon konfrontiert: Obwohl es sich um einen humanistischen Beruf mit guter Bezahlung handelt, ist das öffentliche Bild des Lehrerberufs eher schlecht und mit Vorurteilen behaftet. Es herrscht ein noch nie dagewesener Mangel an Lehrkräften, auch wenn es auf den ersten Blick nicht so aussieht (es werden mehr Lehrbeauftragte/*Chargés* und Quereinsteiger\*innen eingestellt als je zuvor). Wie kann dies geändert werden?

Das Ministerium und die Schulleiter\*innen müssen wieder erkennen, dass die Lehrkräfte selbst die größte Verantwortung für die schulische Entwicklung der Kinder tragen. Die Erwartungen haben sich heute radikal geändert: In den meisten Fällen sind es die Eltern, die die Anforderungen an die Schule stellen, und nicht mehr die Schule, die die Anforderungen an die Schüler\*innen stellt.

- Wir fordern daher, dass generell neue **Denkräume geschaffen werden**, damit die **Lehrer\*innen wieder die Unterstützung ihrer direkten Vorgesetzten erhalten** und ihr Image in der Öffentlichkeit verbessert wird.

Und natürlich sollte das Ministerium mehr mit den Gewerkschaften sprechen und sie stärker in wichtige Entscheidungen einbeziehen. Die Gewerkschaften bestehen aus Menschen, die vor Ort arbeiten, die wissen, was vor sich geht und die genau wissen, was wichtig ist. Sie setzen sich für sich und ihre Kolleg\*innen ein. Bislang werden sie aber nur am Rande einbezogen, meist unter öffentlichem Druck und um ihre Meinung meist erst im Nachhinein, lange nachdem ein Projekt umgesetzt wurde, gebeten.

- Deshalb fordern wir von Volt, dass es mehr **verpflichtende Konsultationen mit den Gewerkschaften gibt** und dass sie bei **wichtigen Entscheidungen im Bildungssystem ein Mitspracherecht haben**.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

### 3.2.3 Bessere und mehr Pflegeeinrichtungen

Die Eltern haben in den Kitas („*Maisons Relais*“) und den Kinderkrippen („*Crèches*“) einige Probleme zu bewältigen.

- In dicht besiedelten Gebieten müssen Eltern ihr Kind oft schon vor der Geburt in einer Kinderkrippe anmelden, um einen Platz zu bekommen. Wenn es noch immer keinen besser bezahlten und längeren Urlaub für Eltern und Alleinerziehende gibt, **muss jedem Kind ein Krippenplatz garantiert werden** – genauso wie ein Schulplatz.
- **Wenn Eltern ihre Arbeit verlieren und plötzlich arbeitslos werden, verlieren die Kinder ihren Anspruch auf einen Platz in einer Kindertagesstätte** oder einer Krippe. Das ist ungeheuerlich, denn dadurch wird die Suche nach einem neuen Arbeitsplatz noch schwieriger. Es sollte andersherum sein: Die Betroffenen sollten **finanzielle Unterstützung erhalten!**
- Was die **Kindertagesstätten (*Maison Relais*)** betrifft, so müssen sie viel **besser mit den Schulen zusammenarbeiten** und es müssen Kooperationsstrukturen geschaffen werden. Oft handelt es sich noch um getrennte Einrichtungen, die weder miteinander kommunizieren noch zusammenarbeiten. Ein Geflecht aus Hausaufgabenhilfe, Entspannungsangeboten, Lehrer-Erzieher-Gesprächen und organisatorischen Übergängen würde jenen Kindern enorm helfen, die nach der Schule nicht sofort von der Unterstützung ihrer Eltern profitieren können. Wichtig erscheint hier auch zu erwähnen, dass die bereits eingeführte „Hausaufgabenhilfe“ nicht wirklich ihrem Namen gerecht wird, da die in den Kitas arbeitenden Erzieher\*innen nicht dazu ausgebildet sind und aktuell auch nicht berechtigt oder verpflichtet sind, zu helfen. Es werden lediglich Räume und Zeiten eingeräumt für Kinder, die ihre Hausaufgaben machen müssen – eine Hilfe wird derzeit nicht angeboten. Dies bestärkt uns in der Forderung, dass die Kitas endlich enger mit den Schulen zusammenarbeiten und auch Lehrpersonal in den Kitas arbeiten müssen, um den Kindern auf diese Weise helfen zu können.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

### 3.2.4 Mehr außerschulisches Personal einstellen

Die Schulen werden immer komplexer und größer, die Anforderungen an die Lehrkräfte sind in den letzten 20 Jahren enorm gestiegen, ebenso wie die Vielfalt und die Zahl der Schüler. Vor diesem Hintergrund hinken die Unterstützungsstrukturen in den Schulen hinterher.

- Erstens sollten **Krankenstationen mit geschultem Personal**, d.h. mit ausgebildeten Krankenschwestern, sowohl in Grund- als auch in weiterführenden Schulen **obligatorisch** sein. Wo es Schüler\*innen gibt, gibt es auch ein Beisammensein; wo es ein Beisammensein gibt, gibt es Verletzungen. Da nicht immer alle Eltern ihre Kinder sofort von der Schule abholen und zum Arzt bringen können und auch ein\*e Notarzt\*ärztin im Akutfall manchmal lange braucht, um vor Ort zu sein, ist es umso wichtiger, dass jede Schule über ein Krankenzimmer mit Fachpersonal verfügt, das bereits Erste Hilfe leisten kann.
- Zweitens müssten vor allem in den Grundschulen deutlich **mehr Psycholog\*innen** eingestellt werden, die sich mit verhaltensauffälligen Kindern befassen können. Lehrer\*innen haben nicht die Ausbildung, um speziell mit psychologischen Problemfällen umzugehen und haben auch nicht die Zeit und die Möglichkeit, sich mit jedem Kind individuell und ausführlich zu beschäftigen. Umso wichtiger ist es, ausgebildete Fachkräfte einzustellen, die eine psychologische Betreuung von Grundschulkindern gewährleisten können. Die Psychologen sollten gemeinsam mit den Lehrern und Erziehern die bestmögliche Betreuung für jedes Kind gewährleisten. Nur so kann der Übergang in die weiterführende Schule reibungslos verlaufen.
- Wir fordern auch eine **stärkere soziale Inklusion**: In den 1970er Jahren wurden in Finnland die Sonderschulen aufgelöst und ein „Part Time Special Education System“ eingeführt. Der Anteil der Kinder, die eine Teilzeitförderung durch einen Sonderpädagogen erhielten, stieg deutlich an, da in Finnland jedem Kind in Regelschulen (bis zur 9. Klasse) die Möglichkeit einer sonderpädagogischen Förderung geboten wird, ohne dass eine Diagnose wie in Luxemburg erforderlich ist. Damit entfällt das Dilemma zwischen Etikettierung und Ressourcen. Darüber hinaus wird der Großteil der sonderpädagogischen Ressourcen in den ersten vier Jahren präventiv eingesetzt, um potenzielle Probleme zu vermeiden. Das Ergebnis: 18% der finnischen

Best Practice  
aus *Finnland*

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Erstklässler\*innen erhalten diese „unverbindliche“ sonderpädagogische Förderung. Wir würden uns wünschen, dass dieses System für alle Schulen in Europa gilt!

### 3.2.5 Kostenlose Schulmahlzeiten

Schulkinder haben bereits Zugang zu kostenlosen Schulbüchern und vielen kostenlosen Dienstleistungen in den Schulen (z. B. Nutzung von Bibliotheken, Hausaufgabenhilfe, psychologische Betreuung, kostenloses Obst usw.). Volt begrüßt dies. Bei der Verpflegung in den Schulkantinen gibt es jedoch noch eine Ungerechtigkeit. Derzeit trägt der Staat einen großen Teil der Kosten für das Essen der Schüler, so dass das Essen bereits relativ billig ist. Gleichzeitig erhalten Schüler, deren Eltern ein zu geringes Einkommen haben, das Essen in den Kantinen völlig kostenlos. Grundsätzlich halten wir dies für eine gute Initiative, fragen uns aber nach dem Aufwand und den Folgen dieser Maßnahme. Schließlich können nur sehr wenige Schüler überhaupt in den Genuss des kostenlosen Essens kommen, und nur ein kleiner Teil von ihnen profitiert letztendlich tatsächlich davon.

Die Gründe dafür sind vielschichtig: Es ist mit Arbeit verbunden, es kostet Überwindung, diese Erstattung zu beantragen, und es könnte auch zu sozialem Druck führen, wenn der eine Schüler nichts zahlen muss, der andere aber schon. Gleichzeitig fragen wir uns, ob bei der Verabschiedung dieser Maßnahme eine Kosten-Nutzen-Rechnung angestellt wurde. Wir vermuten, dass es ähnlich wie beim öffentlichen Verkehr ist: Das Geld, das durch die Beiträge der Schüler hereinkommt, rechtfertigt nicht den Aufwand, dies alles über Kartensysteme und Bürokratie zu verwalten.

Es wäre daher einfacher, wahrscheinlich weniger kostspielig und gerechter, wenn jede\*r Schüler\*in das Recht auf **ein kostenloses Mittagessen pro Tag in der Schulkantine hätte**. Dies würde auch einen Anreiz schaffen, dort zu essen: Der Staat kann hier das Angebot bestimmen und hat somit ein Auge darauf, was die Schüler essen (das Angebot muss natürlich gesund, ausgewogen, aber gleichzeitig vielfältig und kindgerecht sein). Dies kann also auch einen positiven Einfluss auf die Essgewohnheiten der Schüler haben.

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Und wie bereits erwähnt, muss der Staat natürlich auch darüber wachen, dass das angebotene Essen einer gesunden und klimaschonenden Ernährung entspricht. Hierzu müssen vegetarische und vegane Optionen angeboten werden, sowie Fast Food, zuckerhaltige Limonade (wie Cola, etc.) aus den Schulen verbannt werden. Der Staat muss hier auch symbolträchtig als Vorbild wirken, auch wenn es Jugendlichen freisteht, sich außerhalb der Schule ungesund zu ernähren.

### 3.2.6 Sekundarschulen sollen erst um 9.00 Uhr starten

Für die meisten Schüler in Luxemburg (und in Europa im Allgemeinen) beginnt die erste Unterrichtsstunde pünktlich um acht Uhr morgens. Je nach Schule kann es auch eine halbe Stunde früher oder später klingeln. (Das Lycée Michel Lucius ist die späteste Schule in Luxemburg, die um 8.30 Uhr beginnt.) Dies hat sich seit etwa 150 Jahren nicht geändert.

Das Problem ist, dass Millionen von Schulkindern in ganz Europa Mühe haben, morgens früh aufzustehen – genau wie jeder Berufstätige; Studien zeigen jedoch immer wieder, dass **Jugendliche einen anderen Schlafrhythmus haben** als Erwachsene.

Grundsätzlich wird zwischen Lerchen (Frühaufstehern) und Eulen (Spätaufstehern) unterschieden, doch in der Pubertät verschiebt sich der Rhythmus nach hinten, so dass auch Lerchen lieber länger schlafen.<sup>11</sup> Dieses Phänomen kann überall auf der Welt beobachtet werden.<sup>12</sup>

Für die meisten jungen Menschen sind zwischen acht und zehn Stunden Schlaf gesund. Aber die meisten von ihnen bekommen das nicht. Forscher der Universität Marburg haben herausgefunden, dass die meisten Jugendlichen zu wenig schlafen und sogar unter permanentem Schlafmangel leiden.<sup>13</sup> Ein Grund dafür ist der frühe Schulbeginn.

<sup>11</sup> Roenneberg, Till et al. (29. December 2004). A marker for the end of adolescence. *Current Biology*, 14(24). doi:10.1016/j.cub.2004.11.039

<sup>12</sup> Hagenauer, M., Perryman, J., Lee, T., & Carskadon, M. (17. June 2009). *Adolescent Changes in the Homeostatic and Circadian Regulation of Sleep*. *Developmental Neuroscience*, 31, 276–284. doi:10.1159/000216538

<sup>13</sup> Betz, M., Cassel, W., & Köhler, U. (2012). *Schlafgewohnheiten und Gesundheit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen – Auswirkungen von Schlafdefizit auf Leistungsfähigkeit und Wohlbefinden*. *Deutsche Medizinische Wochenschrift*, 137(A28). doi:10.1055/s-0032-1323191

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Auch eine amerikanische Studie zeigte, dass Jugendliche im Laufe der Pubertät immer später ins Bett gehen.<sup>14</sup> Die Jugendlichen schlafen also erst nach 23 Uhr ein und wachen morgens mit einem Schlafdefizit auf. Strenge Eltern könnten ihre Kinder nun einfach früher ins Bett schicken. Tatsache ist aber auch, dass junge Menschen gar nicht früher einschlafen können. Es widerspricht ihrem natürlichen und inneren Rhythmus.

Schlafforscher sind sich sicher: Ein späterer Schulbeginn wäre für alle Schüler\*innen ganzheitlich gut. Seattle hat bereits reagiert: Seit 2016 beginnen die High-Schools dort knapp eine Stunde später – um 8:45 Uhr. Aus wissenschaftlicher Sicht ist das ein Kompromiss. Allerdings zeigt eine aktuelle Studie, dass Zehntklässler\*innen in Seattle nachts durchschnittlich 34 Minuten länger schlafen.<sup>15</sup>

Abgesehen davon, dass die Schüler\*innen durch einen späteren Schulbeginn mehr Schlaf bekämen, wäre auch ein anderer Aspekt wichtig: der Verkehr. Der Schulverkehr mit Bussen und Autos macht einen großen Teil des Verkehrs vor 8 Uhr morgens aus – vor allem in dicht besiedelten Städten und Dörfern wie Luxemburg-Stadt oder Esch-sur-Alzette; dies korreliert mit dem normalen Arbeitsverkehr. Wenn die Schulen erst um 9 Uhr beginnen würden, würde sich dieser Verkehr nach hinten verlagern und unsere Straßen würden entlastet. Jeder könnte sich besser fortbewegen.

Deshalb scheint es uns ganz klar: Wir fordern, dass die weiterführenden Schulen erst um 9 Uhr beginnen, damit den Schülern geholfen wird und wir ihrem Biorhythmus entgegenkommen.

### 3.2.7 Konsumenten- und Hauswirtschaftskunde

Das Fach "hem- och konsumentkunskap" (wörtlich: Heim- und Konsumentenwissen) ist von der Mittelstufe bis zur Oberstufe sowohl in öffentlichen Schulen als auch in Privatschulen Pflichtfach, gilt aber als eines der kleinsten Fächer im schwedischen Schulsystem. Viele Jahrzehnte lang hieß das Fach nur "hemkunskap" (Hauswirtschaft) und hatte einen starken Fokus auf die traditionellen gemeinsamen

Best Practice  
aus Sweden

<sup>14</sup> Crowley, S., Acebo, C., & Carskadon, M. (September 2007). *Sleep, circadian rhythms, and delayed phase in adolescence*. *Sleep Medicine*, 8(6), 602-612. doi:10.1016/j.sleep.2006.12.002

<sup>15</sup> Dunster, G. et al. (12. December 2018). *Sleepmore in Seattle: Later school start times are associated with more sleep and better performance in high school students*. *Science Advances*, 4(12). doi:10.1126/sciadv.aau6200

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

Aufgaben einer Familie und das praktische Kochen und Putzen. Nach der schwedischen Schulreform von 2011 wurde der Lehrplan umstrukturiert und der Schwerpunkt stärker auf die Themen Gesundheit, Wirtschaft und Umwelt gelegt, wozu auch die Verbraucherökonomie und das Verbraucherbewusstsein gehören.<sup>16</sup>

Volt ist der Ansicht, dass alle Schüler\*innen aus Europa von dieser „Konsumenten- und Hauswirtschaftskunde“ profitieren sollten. Dieses Fach ist eigentlich dazu gedacht, die Schüler\*innen entweder auf den Eintritt ins Berufsleben oder auf die Hochschulausbildung vorzubereiten (eine Zeit, in der die jungen Menschen oft unabhängig werden, und wir wollen, dass sie bestmöglich vorbereitet sind, bevor diese Zeit kommt). Eine schwedische Studie<sup>17</sup> dazu zeigt, dass hier wieder John Dewey<sup>18</sup> herangezogen wird, um die Praxisnähe der Schule zu fördern. Ziel dieser Bemühungen in diesem Schulfach ist es, die soziale Entwicklung der Schüler zu fördern und ihnen Wissen entsprechend ihren Fähigkeiten und ihrem Wissensstand zu vermitteln. John Dewey hebt hier Folgendes hervor: „Fertigkeiten, Kenntnisse über Material, Werkzeuge und Gesetze der Energie werden erworben, indem Tätigkeiten um ihrer selbst willen durchgeführt werden. Der Umstand, daß sie Formen des sozialen Lebens darstellen, gibt den erworbenen Fertigkeiten und Kenntnissen die Eigenschaft, daß sie auf Sachlagen außerhalb der Schule übertragbar sind.“<sup>19</sup>

Typischerweise besteht dieser Unterricht aus etwas Theorie, aber hauptsächlich aus Praxis.

So stellen wir uns das vor: Haushalts- und Konsumwissen sollte ab dem ersten Grundschuljahr analog zum Fach „Leben & Gesellschaft“ (Vie et société) unterrichtet werden (im europäischen Schulsystem könnte es in das Fach „Entdeckung der Welt“ integriert werden) Im praktischen Fach bzw. Praxisteil werden dann u.a. folgende Dinge möglichst praxisnah vermittelt:

<sup>16</sup> Höijer K., Hjalmskog K. & Fjellström C. (2014). *The Role of Food Selection in Swedish Home Economics: The Educational Visions and Cultural Meaning*. Ecology of Food and Nutrition, 53. doi:10.1080/03670244.2013.870072

<sup>17</sup> Hansson, I. (2014). *The students' own planned lessons in home and consumer studies. The assignment for taking part in planning of the lessons*. URN:nbn:se:kau:diva-31535 (p. 6)

<sup>18</sup> John Dewey (1859-1952) was an important American philosopher and reform educator. Not only his famous “laboratory school” or his principle of “learning by doing”, many modern educational approaches – such as open teaching, project method, discovery learning – ultimately go back to him.

<sup>19</sup> Dewey, J. (1916). *Democracy and Education. An Introduction to the Philosophy of Education*. New York: The Macmillan Company. [https://en.wikisource.org/wiki/Democracy\\_and\\_Education](https://en.wikisource.org/wiki/Democracy_and_Education) (p. 241)

## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

- Wäsche
- Sicherheit in der Wohnung
- Rechnungen und Steuern bezahlen
- Kochkurse
- Holzbearbeitung
- Nachhaltigkeit
- Wirtschaft (wie man ein Bankkonto eröffnet, wie man effizient Geld spart, wie eine Kreditkarte funktioniert, usw.)<sup>20</sup>

Volt hält die praktische Ausbildung für ebenso wichtig wie die theoretische Ausbildung, weshalb in der Schule Raum für solche Aktivitäten geschaffen werden muss.

### 3.3 Gemeinsame Förderung von Forschung und Entwicklung

#### 3.3.1 Europäische Forschung

Während in China und den USA strategische Projekte mit starken finanziellen Mitteln vorangetrieben werden, geschieht dies in Europa viel weniger gezielt und koordiniert, auch wenn insgesamt genügend Mittel zur Verfügung stehen. Der wichtige Schritt der Industrialisierung wird oft nicht ausreichend berücksichtigt, und so werden viele Ansätze nach der Entwicklungsphase abgebrochen. Dies sind die Hauptgründe, warum die Innovationskraft Europas im weltweiten Vergleich schwindet. Unser Ziel ist ein effizienterer und effektiverer Einsatz der Mittel für die gezielte Förderung neuer Technologien bis zur Industrialisierung. Im Mittelpunkt steht dabei die Einrichtung einer europäischen Agentur für Spitzenforschung.

- **Sie sollte die verschiedenen Förderprogramme auf europäischer Ebene harmonisieren** (z.B. die des Europäischen Innovationsrates EIC oder der deutschen Bundesagentur für Sprunginnovationen SPRIN-D).
- **Sie sollte ehrgeizige Projekte mit Schwerpunkt auf der Förderung und Nutzung neuer Technologien einrichten und verwalten.**

<sup>20</sup> Diese Aktivitäten entsprechen bereits dem, was Dewey zu Beginn des 20. Jahrhunderts für wichtig hält: „Wanderungen, Gartenarbeiten, Kochen, Nähen, Drucken, Buchbinden, Weben, Malen, Zeichnen, Singen, dramatisches Darstellen, Geschichten erzählen, Lesen und Schreiben“.  
(Dewey, *ibid.* S. 260)



## EUROPA UND DIE EUROPÄISCHE UNION FÖRDERN

- **Sie sollte Teilprojekte über europäische Ausschreibungen vergeben,** damit die forschenden Unternehmen unter Beachtung marktwirtschaftlicher Grundsätze unterstützt werden.

### 3.3.2 Freie Software

Freie Software und offene Standards gehören zu den zentralen Säulen unserer modernen, digitalisierten Gesellschaft. E-Mail-Dienste, Webserver und sichere, moderne Verschlüsselungsmethoden basieren auf Open-Source-Technologien. Aber auch für den Schutz von Demokratie und Pressefreiheit spielen offene Technologien eine wichtige Rolle: Das „Tor-Netzwerk“ ermöglicht Journalist\*innen, Whistleblower\*innen und Regimekritiker\*innen weltweit einen möglichst anonymen Zugang zum Internet. Die Weiterentwicklung von Free and Open Source Software (FOSS) liegt im Interesse freier und demokratischer Staaten. Open-Source-Software ermöglicht Bürger\*innen und Journalist\*innen den Zugang zu Systemen, die von der Regierung genutzt werden. Dies dient nicht nur der Transparenz, sondern auch der Sicherheit.

Leider fehlt es europaweit an Programmen, um solche offenen Technologien langfristig zu sichern. Volt möchte sicherstellen, dass offene Technologien und Standards, die für das Internet, unsere digitale Infrastruktur und die Zivilgesellschaft essentiell sind, langfristig weiterentwickelt werden. Eine sichere Finanzierung ist besonders wichtig, um langfristig ein gesundes (Open-Source-)Ökosystem und damit ein freies und sicheres Internet zu gewährleisten.

- **Kurzfristig setzt sich Volt für die Einrichtung eines möglichst unabhängigen, staatlich finanzierten Fonds in Luxemburg ein,** der langfristig die Weiterentwicklung von offenen Standards und *Free and Open Source Software* (FOSS) fördert. Die Förderbedingungen sollen sicherstellen, dass Projekte unterstützt werden, die einen wichtigen Beitrag zum freien Internet leisten oder Menschen weltweit helfen, Zensur und Überwachung zu umgehen. Der Fonds soll nach dem Vorbild des US-amerikanischen *Open Technology Fund* ein jährliches Fördervolumen im niedrigen zweistelligen Millionenbereich erhalten.

KAPITEL II

**Alle**

**Bürger\*innen**

**gleichermaßen**

**befähigen**

ALLE BÜRGER\*INNEN  
GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN



## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN



© Ex13, 2009; CC BY-SA 3.0

### 4 DAS WAHLSYSTEM REFORMIEREN

Der Grundpfeiler einer jeden Demokratie ist das Wahlrecht. Durch Wahlen drücken Wähler\*innen ihre Bedürfnisse und ihre Visionen für die Zukunft aus. In einer repräsentativen Demokratie obliegt es daher den Gewählten, den Willen der Wähler\*innen zu respektieren. Allerdings befinden wir uns seit mehreren Jahrzehnten in einer Krise des Wahlsystems. Einerseits ist das Wahlsystem nicht an die modernen Bedingungen angepasst worden, und sein komplexes System fördert mangelnde Transparenz und unausgewogene Abstimmungen. Abgesehen davon, dass auch das luxemburgische Wahlsystem in gewisser Weise Populismus fördert, ist gleichzeitig ein enorm großer Teil der Bevölkerung überhaupt nicht wahlberechtigt. Dies scheint auch ein Problem zu sein, wenn Luxemburg sich noch als demokratischer Staat versteht. Denn wenn das Volk (demos) nicht mehr vertreten ist, regiert (kratos) es auch nicht mehr.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 4.1 Ein anderes Wahlsystem

#### 4.1.1 Ein einziger Wahlbezirk

Das derzeitige Wahlsystem für die Parlamentswahlen in Luxemburg mit seinen vier Wahlbezirken benachteiligt kleinere Parteien und repräsentiert die Wählerschaft nicht angemessen. Die Aufteilung der 60 Parlamentssitze in vier Wahlkreise (Nord 9, Ost 7, Mitte 21, Süd 23 – gemessen an der Bevölkerungszahl) ist theoretisch sinnvoll, da man meinen könnte, dass jeder Luxemburger, egal wo er wohnt, angemessen im Parlament vertreten ist.

#### **Dies bringt jedoch einige Probleme mit sich:**

1. Die Kandidat\*innen, die sich zur Wahl stellen, müssen nicht in diesem Wahlbezirk wohnen, die Wähler\*innen schon. Das kann dazu führen, dass vielleicht doch nicht die entsprechenden Interessen im Parlament vertreten werden.
2. Dieses Wahlsystem macht es kleineren Parteien ungemein schwer, in Luxemburg Fuß zu fassen, da sie möglicherweise nicht das ganze Land erreichen können. Vier Listen müssen mit Personen gefüllt werden, um überhaupt anständig wählbar zu sein. Das wiederum führt dazu, dass viele kleine Parteien gar nicht erst in allen Wahlkreisen antreten und somit nicht von allen gewählt werden können.
3. Außerdem haben die regionalen Bezirke einen Einfluss auf das Endergebnis. Da im Osten nur sieben Abgeordnete gewählt werden, gibt es faktisch eine Sperrklausel. Demnach muss eine Partei im kleinsten Wahlkreis etwa zehn Prozent erreichen, um eine Chance auf ein Restmandat zu haben. Die Wahlbezirke und die Sitzverteilung nach dem D'Hondtschen Verfahren benachteiligen also kleinere Parteien und können zu verzerrten Wahlergebnissen führen.
4. Wenn Listen gefüllt werden, ergibt sich ein Problem, das bereits von Kommunalwahlen bekannt ist: Viele Personen auf diesen Listen wollen nicht wirklich gewählt werden, sondern sind reine „Listenfüller“.
5. In einigen Fällen kann es vorkommen, dass Menschen ihre\*n Lieblingskandidat\*in nicht wählen können, weil er\*sie nicht auf dem entsprechenden Stimmzettel steht. In einem Land mit nur etwa 600'000 Einwohner\*innen und nur 60 Sitzen im Parlament erscheint dies undemokratisch.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

6. Die Vorstellung, dass ein „Éislecker“ (jemand aus dem Norden) nicht die Interessen eines „Minettsdapp“ (jemand aus dem Süden) vertreten kann, scheint in der heutigen globalisierten Welt und im kosmopolitischen Luxemburg mehr als überholt. Ein\*e Parlamentarier\*in ist ohnehin verpflichtet, die Interessen aller Bürger\*innen gleichermaßen zu respektieren.

Wir glauben, dass ein repräsentativeres und demokratischeres Wahlsystem möglich ist. Daher befürworten wir eine Reform des Wahlsystems mit **nur einem Wahlbezirk** und ein repräsentativeres Wahlsystem, das einen demokratischeren Wettbewerb zwischen den politischen Parteien ermöglicht.

### Die Vorteile eines einzigen Wahlbezirks

1. Kleine Parteien könnten von allen gewählt werden, unabhängig vom Wohnort des\*der Wähler\*in. Dies sorgt für einen demokratischeren Prozess.
2. Listenfüller wären weniger zwingend notwendig, da man mit weniger Personen mehr Wähler\*innen erreichen kann. Dies führt zu einer transparenteren und ehrlicheren Wahl.
3. Das Paradoxon, dass Kandidat\*innen nicht mehr im Wahlkreis wohnen, wäre beseitigt.
4. Jeder könnte für jeden stimmen und damit letztlich alle Sitze im Parlament bestimmen, was ebenfalls viel demokratischer wäre.
5. Das Wahlsystem würde viel weniger komplex und damit transparenter werden.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 4.1.2 Erwägung eines alternativen Wahlsystems

Das derzeitige Wahlsystem in Luxemburg ist ein Verhältniswahlsystem mit Kandidat\*innenlisten, bei dem die Sitze so weit wie möglich nach dem Verhältnis der Wähler\*innenstimmen verteilt werden. Dieses Wahlsystem hat jedoch einige Schwächen. Abgesehen davon, dass es trotz der Verhältniswahl ungerecht sein kann, Koalitionen zu bilden (z.B., dass die Partei mit den meisten Stimmen nicht unbedingt an der Regierungsbildung beteiligt sein muss), führt die Möglichkeit des Panaschierens auch dazu, dass die Wähler\*innen zu viele Wahlergebnisse erhalten, in denen der tatsächliche Wählerwille nicht zum Ausdruck kommt. Schließlich kann das derzeitige Panaschiersystem mit Kandidat\*innenlisten zu weiteren Paradoxien führen (z.B. dass ein\*e gewählt\*er Kandidat\*in die Wahl nicht annimmt, die Partei aber die Stimmen behält, oder dass die Partei ganz andere Kandidat\*innen für den Einzug ins Parlament und/oder die Regierung aufstellt).

Und nicht zuletzt stört uns ein politisches System, in dem Gesichter statt Programme gewählt werden. Auch wenn Parteien letztlich regieren und Parteien ins Parlament einziehen (Parteilose können nur in einigen wenigen Majorzgemeinden bei den Gemeindewahlen gewählt werden), müssen die Menschen letztlich für Personen stimmen.

Daher würden wir ein Wahlsystem unterstützen, das nur Listenwahlen zulässt (bereits über 60% der Wähler neigen dazu, eher Listen als Einzelkandidaten zu wählen)<sup>21</sup> und gleichzeitig einem anderen Auswahlsystem entspricht. In Frage käme zum Beispiel das **Ranked Pairs System**<sup>22</sup>, auch wenn die Auswirkungen eines solchen Systems auf Luxemburg noch eingehend untersucht werden müssen.

Aus diesen Gründen unterstützt Volt **die Forderung nach einem neuen Wahlsystem**, das die neuesten Forschungsergebnisse berücksichtigt, um ein möglichst gerechtes und programmorientiertes System in Luxemburg (und möglicherweise in Europa) zu schaffen.

<sup>21</sup> Reporter.lu hob die Probleme des Panaschierens hervor und führte die Wahlstatistiken an: Schmit, L. (31. Oktober, 2018): Das Panaschieren muss ein Ende haben. Von Reporter.lu: <https://www.reporter.lu/kommentar-das-panaschieren-muss-ein-ende-haben/>

<sup>22</sup> Wenn es eine\*n Kandidat\*in gibt, den die Wähler\*innen in einem paarweisen Vergleich allen anderen vorziehen, sorgt Ranked Pairs dafür, dass dieser Kandidat\*in gewinnt. Ranked Pairs löst das Condorcet-Paradoxon, indem es bei zirkulären Argumenten das Paar mit der geringsten Anzahl von Gewinnerstimmen in der Rangliste unberücksichtigt lässt.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 4.2 Wahlrecht für Ausländer

Wir sind uns darüber im Klaren, dass die vier Freiheiten, die mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes gewährt wurden, bedeuteten, dass die europäischen Bürger\*innen in andere Länder als ihr Herkunftsland ziehen und sich dort niederlassen würden. Dreißig Jahre später haben etwa 15 Millionen EU-Bürger\*innen dies getan.<sup>23</sup> Ihre Zahl nimmt zu, was langsam die Grundlagen unserer Demokratien verändert, denn diese Menschen sind bei einigen Wahlen in ihrem Wohnsitzland, z.B. wie hier in Luxemburg, vom Wahlrecht ausgeschlossen.

Luxemburg ist eines der vielfältigsten Länder in der Europäischen Union und in der Welt. Aufgrund seiner Offenheit und seiner Attraktivität kommen viele Menschen hierher, um zu arbeiten und sich niederzulassen. Menschen aus 170 Nationen leben in Luxemburg und die vielfältige Gesellschaft, die Mehrsprachigkeit und die Willkommenskultur ziehen viele internationale Investor\*innen und multinationale Unternehmen an. Wir sind stolz auf Luxemburgs Offenheit und seine Vielfalt. Diese Vielfalt spiegelt sich auch in der Zusammensetzung der luxemburgischen Gesellschaft wider. Heute hat fast die Hälfte der Bevölkerung nicht die luxemburgische Staatsbürgerschaft: 47,1% der Bevölkerung sind Ausländer\*innen, hauptsächlich aus anderen europäischen Mitgliedstaaten (80,8% der Ausländer\*innen stammen aus der EU).<sup>24</sup>

Diese Vielfalt hat jedoch einen Nachteil: Ein großer Teil der Bevölkerung ist im derzeitigen politischen System nicht vertreten. Das Wahlrecht ist historisch bedingt an die luxemburgische Staatsbürgerschaft gebunden. Obwohl viele der Ausländer\*innen gut integriert sind und seit Jahrzehnten im Land leben, haben sie keine Möglichkeit, ihre Präferenzen und ihren Willen bei Wahlen zu äußern. Sie zahlen ihre Steuern, können aber nicht beeinflussen, wie ihre Steuern ausgegeben werden. Außerdem ist es zutiefst undemokratisch, dass nur die Hälfte der Bevölkerung die Möglichkeit hat, durch die Teilnahme an den Parlamentswahlen Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen. Deshalb wollen wir denjenigen,

<sup>23</sup> EAus der Eurostat Statistik (Archiv):

[https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Archive:EU\\_citizens\\_living\\_in\\_another\\_Member\\_State\\_-\\_statistical\\_overview&direction=next&oldid=541173](https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Archive:EU_citizens_living_in_another_Member_State_-_statistical_overview&direction=next&oldid=541173)

<sup>24</sup> STATEC (2022): Luxembourg in figures 2022. Luxembourg: Imprimerie Centrale. S. 11

<https://statistiques.public.lu/en/publications/series/luxembourg-en-chiffres/2022/luxembourg-en-chiffres-2022.html>



## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

die derzeit nicht wahlberechtigt sind, die Möglichkeit geben, ihre Ansichten und Interessen wirksam zum Ausdruck zu bringen, indem wir ihnen die Möglichkeit geben, ihre Stimme abzugeben.

### 4.2.1 Welche Vorteile ergeben sich daraus?

In erster Linie ist es ein demokratisches Erfordernis, großen Teilen der Bevölkerung die Teilnahme an freien und fairen Wahlen zu ermöglichen. Politische Entscheidungen in einer Demokratie sollen den Willen eines großen Teils der Bevölkerung repräsentieren. Wenn man die Hälfte der Bevölkerung systematisch ausschließt und ihr kein Wahlrecht einräumt, können politische Entscheidungen einer starken Verzerrung nicht entgehen, da sie nur einen kleinen Teil der Bevölkerung repräsentieren.

Zweitens würde das Wahlrecht die Integration der in Luxemburg lebenden Ausländer\*innen fördern. Die Möglichkeit zu wählen ist ein Anreiz, sich am politischen Leben zu beteiligen und das Interesse an der nationalen Politik zu wecken. Außerdem fühlen sich Menschen, die wählen dürfen, weniger entfremdet und können sich besser mit dem Großherzogtum Luxemburg identifizieren.

Schließlich ist und war Luxemburg immer einer der eifrigsten Befürworter der Europäischen Union. Es gibt nur wenige Länder, die mehr von der europäischen Integration profitiert haben als das Großherzogtum. Luxemburg wäre ein Vorreiter, wenn es darum ginge, anderen Europäer\*innen das Recht zu geben, an nationalen Wahlen teilzunehmen, und es würde zeigen, dass wir unsere europäischen Freunde und Partner schätzen, und den europäischen Geist demonstrieren, den wir alle in unserem täglichen Leben erleben. Darüber hinaus setzt sich Volt Europa auch auf europäischer Ebene dafür ein, dass EU-Bürger\*innen die Möglichkeit erhalten, in dem Land zu wählen, in dem sie leben.

Es sollte auch erwähnt werden, dass die Idee, Ausländern das allgemeine Wahlrecht zu gewähren, in Europa nicht neu ist. So enthielt beispielsweise die französische Verfassung vom 24. Juni 1793<sup>25</sup>, die leider nie in Kraft getreten ist, das Wahlrecht für Ausländer. Sie erklärte:

<sup>25</sup> Dies war die erste republikanische Verfassung Frankreichs. Sie gilt als äußerst demokratisch, ist aber nie in Kraft getreten. Stattdessen übte der Ausschuss für öffentliche Sicherheit (*Comité de salut public*) vom Herbst 1793 bis zum Sommer 1794 eine blutige Schreckensherrschaft (*la grande Terreur*) aus. Abrufbar auf der Website des offiziellen französischen Verfassungsrats: <https://www.conseil-constitutionnel.fr/les-constitutions-dans-l-histoire/constitution-du-24-juin-1793>

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

„Artikel 4. – Jeder in Frankreich geborene und wohnhafte Mann, der das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat; – Jeder Ausländer, der das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat und seit einem Jahr in Frankreich wohnhaft ist und dort von seiner Arbeit lebt – oder Eigentum erwirbt – oder eine Französin heiratet – oder ein Kind adoptiert – oder einen alten Menschen ernährt; – Jeder Ausländer schließlich, der nach dem Urteil der gesetzgebenden Körperschaft sich um die Menschheit verdient gemacht hat, wird zur Ausübung der französischen Bürgerrechte zugelassen.“

(Französisch: *“Tout homme né et domicilié en France, âgé de vingt et un ans accomplis ; – Tout étranger âgé de vingt et un ans accomplis, qui, domicilié en France depuis une année – Y vit de son travail – Ou acquiert une propriété – Ou épouse une Française – Ou adopte un enfant – Ou nourrit un vieillard ; – Tout étranger enfin, qui sera jugé par le Corps législatif avoir bien mérité de l'humanité – Est admis à l'exercice des Droits de citoyen français.”*)

Es sei darauf hingewiesen, dass in dieser Passage nicht nur von Kommunalwahlen die Rede war, sondern vom allgemeinen Wahlrecht. Fast 250 Jahre später sind wir immer noch nicht so weit.

### 4.2.2 Unser Entwurf

Aus diesen Gründen wollen wir Ausländer\*innen, die die nachstehend aufgeführten Kriterien erfüllen, das Wahlrecht gewähren.

Um bei den Parlamentswahlen wahlberechtigt zu sein, müssen ausländische Staatsangehörige:

- **Staatsbürger eines EU-Mitgliedstaates** sein
- **Seit mindestens einem Wahlzyklus** (5 Jahre) ununterbrochen **in Luxemburg gelebt** haben.
  - Nach Ablauf dieser Frist von 5 Jahren können sich Ausländer\*innen bei ihrer örtlichen Gemeinde zur Teilnahme an den nächsten Parlamentswahlen anmelden. Dies muss 4 Monate vor dem Wahltermin geschehen.

Sobald Sie berechtigt und registriert sind, gelten bestimmte Bedingungen:

- Für Ausländer\*innen gelten **die gleichen Pflichten wie für luxemburgische Staatsangehörige**. Da in Luxemburg Wahlpflicht besteht, können auch Ausländer\*innen, die sich zur Wahl anmelden, mit Geldstrafen belegt werden, wenn sie nicht an den Wahlen teilnehmen.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

- Sobald ein\*e Ausländer\*in das Großherzogtum verlässt und sich in einem anderen Land niederlässt, erlischt sein\*ihr Wahlrecht. Sollten sie nach ihrer Abreise wieder nach Luxemburg zurückkehren, müssen sie erneut für die Dauer von 5 Jahren hier wohnen, um das Problem der „Rosinenpickerei“ zu vermeiden.

### Aber was ist mit...

#### 1 ... der Sprache?

- „Alle Debatten und ein Großteil der Diskussionen der Parteien werden auf Luxemburgisch geführt. Ausländer\*innen, die die luxemburgische Sprache nicht beherrschen, können sich daher nicht effektiv informieren.“
  - Da Ausländer\*innen verpflichtet sind, sich zu registrieren, können wir davon ausgehen, dass diejenigen, die sich registrieren lassen, tatsächlich an der luxemburgischen Politik interessiert sind und sich daher informieren können.
  - Luxemburg verfügt über eine breite und mehrsprachige Medienlandschaft mit zahlreichen frankophonen, deutschsprachigen und anglophonen Medien, die alle über wichtigen Themen in Luxemburg berichten. Dies ermöglicht es jedem, sich unabhängig von seinen Luxemburgisch-Kenntnissen zu informieren.
  - Parteien, die von einer größeren ausländischen Wählerschaft profitieren wollen, werden wahrscheinlich beginnen, in mehreren Sprachen zu kommunizieren (wie es Volt Luxemburg bereits tut). Dies wird die Zugangsbarrieren für Nicht-Muttersprachler\*innen weiter senken.
  - Bei den Kommunalwahlen und den Wahlen zum Europäischen Parlament können Ausländer\*innen bereits wählen, ohne dass sie dafür die luxemburgische Sprache beherrschen müssen.
  - Die Veröffentlichung der Parlamentsdebatten in allen Amtssprachen (z. B. durch die Parlamentsverwaltung) kann obligatorisch gemacht werden.
  - Eine andere Lösung könnte darin bestehen, die Aufzeichnungen der Debatten (die auf der Webseite des Parlaments verfügbar sind) mit automatischen Untertiteln zu veröffentlichen.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

- „Dies wird die luxemburgische Sprache sowohl als Verkehrssprache in der Politik als auch als Volkssprache in Luxemburg untergraben.“
  - Luxemburgisch kann und wird die Arbeitssprache in den parlamentarischen Diskussionen und Debatten bleiben, da es die bereits erwähnte Möglichkeit der Übersetzung gibt. Außerdem werden viele der „*questions parlementaires*“ bereits auf Französisch und Deutsch und nicht nur auf Luxemburgisch vorgelegt.
  - Wir erkennen zwar an, dass es wichtig ist, die Verwendung des Luxemburgischen zu fördern, sind aber nicht der Meinung, dass dies im Zusammenhang mit dem Wahlrecht geschehen sollte. Stattdessen glauben wir, wie wir in unserem Abschnitt über Bildung erklären, dass die beste Art und Weise, Luxemburgisch zu fördern, darin besteht, es stärker in die Lehrpläne unserer Schulen zu integrieren.

### 2 ... der Staatsbürgerschaft?

- „Die Ausländer\*innen verlieren den Anreiz, die luxemburgische Staatsbürgerschaft anzunehmen, und werden sich daher nicht so gut integrieren, wie wenn sie die Staatsbürgerschaft annehmen würden.“
  - Das Wahlrecht ist nur einer von mehreren Vorteilen, die mit der luxemburgischen Staatsbürgerschaft verbunden sind, und die übrigen werden auch weiterhin genügend Anreize bieten, sie zu erwerben.
  - Der Verzicht auf die luxemburgische Staatsbürgerschaft ist kein Hinderungsgrund für eine Integration, ebenso wenig wie der Erwerb der luxemburgischen Staatsbürgerschaft eine Garantie für eine effektive Integration ist. Viele Menschen ohne luxemburgische Staatsbürgerschaft sind dennoch gut integriert.
  - Die Eintragung in das Wählerverzeichnis ist für Ausländer eine Option, keine Pflicht. Wie bereits erwähnt, kann daher davon ausgegangen werden, dass diejenigen, die sich registrieren lassen, sich mit dem Land identifizieren und beabsichtigen, hier zu bleiben.
  - Das Wahlrecht fördert die Integration, da die Ausländer\*innen die Möglichkeit haben, über die Zukunft des Landes zu entscheiden.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

- „Sie stimmen über Gesetze ab, die eigentlich nicht für sie gelten, da sie nicht die Staatsangehörigkeit haben. Sie können für Gesetze in ihrem Heimatland stimmen, die für sie gelten.“
  - Die Menschen, die hier leben, müssen die luxemburgischen Gesetze so akzeptieren, wie sie sind. Jede\*r Luxemburger\*in würde auch nach einem anderen Gesetz verurteilt werden, wenn er\*sie in einem anderen Land eine Straftat begeht.

### 3 ... *Fairness?*

- „Wir geben ihnen das Recht, in Luxemburg zu wählen, aber sie geben uns nicht das Recht, in ihrem Heimatland zu wählen. Das scheint ungerecht.“
  - Wir sollten uns für das Wahlrecht für EU-Bürger\*innen in allen europäischen Ländern einsetzen und es zu einer Politik für das Europäische Parlament machen. Volt glaubt an **gleiche Rechte für alle europäischen Bürger\*innen**, und wir sind für eine **vollwertige Unionsbürgerschaft**.
- „Für luxemburgische Staatsbürger\*innen wäre die Stimmabgabe weiterhin obligatorisch, während sie für Ausländer\*innen weiterhin nur eine Option wäre.“
  - Unser Vorschlag gibt Ausländer\*innen das Wahlrecht, wenn sie die Kriterien erfüllen, auch wenn sie zunächst nicht verpflichtet wären, zu wählen. Sobald sie sich jedoch registrieren lassen, haben sie die gleichen Pflichten wie luxemburgische Bürger\*innen. Sie könnten mit einer Geldstrafe belegt werden, wenn sie ihre Stimme bei den Wahlen nicht abgeben, solange sie hier in Luxemburg wohnen.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN



© Kristin Hardwick; CC0

### 5 HÖHERE LEBENSQUALITÄT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Die Lebensqualität in Luxemburg und Europa ist im Vergleich zum Rest der Welt recht hoch. Aber wir sehen noch einiges an Verbesserungspotenzial. Die Menschen sind überarbeitet, können sich nicht immer in die Politik einbringen und haben auch Angst vor der steigenden Kriminalität. Gleichzeitig sind viele Maßnahmen, die ergriffen werden, nicht von Solidarität geprägt. Volt setzt sich für eine bessere Lebensqualität aller Bürger\*innen ein und räumt gleichzeitig der sozialen Gerechtigkeit höchste Priorität ein.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 5.1 Verkürzung der Arbeitszeit

In Luxemburg liegt die Wochenarbeitszeit im Durchschnitt etwas über den gesetzlich vorgeschriebenen 40 Stunden. Frauen und Männer, die Vollzeit arbeiten, verbringen den größten Teil ihres Tages am Arbeitsplatz.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit hat zwei wichtige positive Auswirkungen: Erstens kann sie die Produktivität steigern, wie eine japanische Studie zeigt.<sup>26</sup> Zweitens: Studien legen nahe "that the reduction of working hours with retained salary could be an effective workplace intervention for the improvement of employees' well-being, especially regarding stress and sleep"<sup>27</sup>.

Deshalb fordern wir **Pilotprojekte zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit ohne Lohneinbußen!**

- Es gibt keine Reduzierung der unbezahlten Arbeit ohne eine Reduzierung der bezahlten Arbeitszeit. Frauen und Männer brauchen mehr Zeit, um die unbezahlte Arbeit im häuslichen Bereich gleichberechtigt zu organisieren.
- Eine Verringerung der bezahlten Arbeitszeit trägt auch dazu bei, die Arbeit gleichmäßiger zu verteilen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.
- Eine Verringerung der bezahlten Arbeitszeit ermöglicht es, mehr Zeit für persönliche Verpflichtungen, Aktivismus und das Aufwachsen der Kinder zu haben.
- Eine Verkürzung der Arbeitszeit bedeutet auch, dass die lange Liste der Dinge, die erledigt und bedacht werden müssen, reduziert wird.
- Aber wir wollen auch, dass die Menschen weiterhin die Freiheit haben, ihre Arbeit zu organisieren und zum Beispiel mehr zu arbeiten, wenn sie das wollen. Überstunden müssen weiterhin möglich sein.

Volt beobachtet die Umsetzung und die in Portugal durchgeführten Tests zur „4-Tage-Woche“ genau, um sie in Luxemburg einzuführen, wenn die Tests schlüssig sind und tatsächlich die Produktivität und die psychische Gesundheit verbessern.

<sup>26</sup> Shangguan, R., Devaro, J., & Owan, H. (May 2021). *Enhancing Team Productivity through Shorter Working Hours: Evidence from the Great Recession*. RIETI Discussion Paper Series 21-E-040. <https://www.rieti.go.jp/en/publications/summary/21050007.html>

<sup>27</sup> Savatteri, A., Gualano, M., Catozzi, D., Rousset, S., Boietti, E., Bert, F., & Siliquini, R. (1. April 2022). *How the reduction of working hours could influence health outcomes: a systematic review of published studies*. *BMJ Open*, 12(4). doi:10.1136/bmjopen-2021-051131

**ALLE BÜRGER\*INNEN  
GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN****5.2 Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit:  
Prävention statt Reaktion**

Volt ist sich bewusst, dass Kriminalität in einem freien Staat ein Problem ist und dass sich immer mehr Menschen unsicher fühlen. Dicht besiedelte Gebiete mit großen Verkehrsknotenpunkten wie einem Hauptbahnhof bergen sicherlich immer ein gewisses Risiko für kriminelle Aktivitäten. Wir müssen aber auch erkennen, dass es sehr schwierig ist, Ursache und Wirkung zu trennen und aussagekräftige Statistiken über Kriminalität im Allgemeinen zu erstellen. Viele Straftaten werden nicht angezeigt, also nicht erfasst, oder gelten in manchen Fällen nach geltendem Recht nicht einmal als Straftat – dazu gehören insbesondere bedrohliche Situationen, in die Frauen auf ihrem abendlichen Heimweg geraten können.

Schließlich muss man sich auch bewusst sein, dass unsere aufgeklärte Welt es auch mit sich bringt, dass mehr Straftaten aufgeklärt und über die Medien verbreitet werden. Dies kann zu einer Verfügbarkeitsheuristik führen, bei der man die tatsächliche Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, überschätzt.

Und dennoch: Selbst, wenn es zuträfe, dass die Kriminalität objektiv steigen und die Straftaten zunehmen würden, gibt es unseres Erachtens keine einfache Lösung für dieses Problem. Unserer Ansicht nach ist Kriminalität ein systemisches Problem, das mehrere Ursachen hat. Eine der Hauptursachen ist Armut, mangelnde Zufriedenheit und ein allgemein geringes Wohlstandsniveau in der Bevölkerung.

Bei dieser Diskussion muss man das Problem an der Wurzel packen und verstehen, warum es überhaupt zu Kriminalität kommt. Sie entsteht erst, wenn es den Menschen so schlecht geht, dass sie nach dem letzten Strohalm greifen und versuchen, ihren Wohlstand mit illegalen Mitteln zu erreichen. Raubüberfälle, Gewalttaten oder Erregung öffentlichen Ärgernisses sind nicht mehr an der Tagesordnung, wenn die Menschen ein Dach über dem Kopf haben und der Staat auch diejenigen unterstützt, die unter uns am meisten benachteiligt sind. Kinder und Jugendliche sind dabei die gefährdetste Gruppe, da sie in ihrer Entwicklung zur Mündigkeit das größte Risiko laufen, in eine Kriminalitätsspirale zu fallen, die ein Leben lang andauert und aus der es nur schwer ist, herauszukommen.



## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

Außerdem verurteilen wir zutiefst, dass Kriminalität auch rassistisches Denken fördert. Wenn Ausländer\*innen in einem Staat kriminell werden, liegt das auch daran, dass sich weder ihr Herkunftsstaat noch irgendjemand anders ausreichend kümmert. Wenn die Bedingungen in Luxemburg so gut sind, dass auch Ausländer\*innen voll zufrieden sein können, wird auch hier die Kriminalität zurückgehen.

- Deshalb sprechen wir uns klar **gegen Maßnahmen** aus, die **einfache Lösungen wie eine systematische Aufstockung der Polizeikräfte oder eine Kameraüberwachung vorschlagen**. Wir sind vielmehr der Meinung, dass **Sicherheit am wirksamsten durch soziale Maßnahmen erreicht werden kann**.

### 5.2.1 Wehrpflicht/Zivildienst als mögliche Prävention

Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass die Übergangsphase nach der Schule zum Studium oder zum Beruf für junge Menschen eine schwierige Phase sein kann, in der sie vom Kurs abkommen und straffällig werden können. Es ist genau jene Zeit der emotionalen Unsicherheit und Instabilität, welche das größte Risiko darstellt, sich von der Familie abzuwenden, nach Drogen zu greifen und auf die schiefe Bahn zu geraten. Um dem entgegenzuwirken, kann z.B. der Wehr- oder Zivildienst sowohl eine persönlichkeitsbildende als auch sozialisierende Tätigkeit sein, die eine sinnvolle Wirkung haben kann. Er kann unter Umständen verhindern, dass instabile Charaktere verhaltensauffällig und straffällig werden und gibt ihnen den nötigen Halt. Eine allgemeine Pflicht schärft auch das Bewusstsein für die Gesellschaft – in dieser Hinsicht ist der Zivildienst eine besonders wertvolle Tätigkeit, die auf die Dringlichkeit eines Sozialstaates aufmerksam macht.

- Deshalb **unterstützen** wir auch **Überlegungen zur Wiedereinführung der Wehrpflicht und/oder des Zivildienstes**. Die Ausarbeitung muss auf der Grundlage von **Pilotprojekten** erfolgen.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 5.2.2 Spezielle Schulungen für Eltern

Die beste Stelle, um Prävention zu betreiben, ist bei den Kindern und Jugendlichen. Dabei spielt aber auch der Haushalt und das Elternhaus eine große Rolle. Volt sieht die Entwicklung der Gesellschaft aktuell dabei sehr kritisch, bei denen kriminelle Jugendliche öfters aus problematischen Elternhäusern stammen. Damit es nicht so weit kommt, gäbe es die Möglichkeit, Eltern besser aufzuklären und auch sie in Bezug auf aktuelle Gefahren, Risiken und Prävention aufzuklären. Die rasante Entwicklung moderner Technologien und häufig sich ändernde Gesetzeslagen sorgen dafür, dass viele Eltern sich u.U. überfordert und somit nicht genügend aufgeklärt fühlen.

Eine Möglichkeit, dem entgegenzukommen, wären optionale, spezielle Schulungen für Eltern, die aber durch ein spezielles Kindergeld, das es sozusagen als Anreiz für das Beiwohnen gibt, gefördert werden. Wir denken dabei an ähnliche Initiativen, die es bereits jetzt vom Staat gibt, wie z.B. die Geburtshilfe in Höhe von fast 1800 €, die man nur bekommt, wenn man Voruntersuchungen und regelmäßige Arztbesuche mit dem Neugeborenen unternimmt.

Um die Fortbildung von Eltern und damit die Prävention von Kinder- und Jugendkriminalität zu fördern, fordern wir deshalb:

- Es soll **spezielle Schulungen für Eltern** bzgl. Jugendkriminalität, Drogenkonsum, mentaler Gesundheit, usw. geben, die **von staatlicher Seite angeboten werden** (z.B. von der Polizei, von Psychologen, Sozialarbeitern, usw.). Diese werden **direkt an die Ausgabe von bestimmten Fördergeldern geknüpft**, vorstellbar ist, dass ein Teil des Kindergeldes nur ausbezahlt wird, wenn ein Elternteil nachweislich eine solche Schulung besucht hat.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 5.3 Anpassung der Geldbußen

Im Interesse einer größeren sozialen Gerechtigkeit und insbesondere bei schweren Straftaten sollte auch eine einkommensabhängige Staffelung der Geldbußen eingeführt werden. (Wie es in Finnland, Norwegen, der Schweiz oder im Vereinigten Königreich in verschiedenen Formen bereits der Fall ist).

#### a) Warum?

Weil Bußgelder den Zweck haben, den Täter zu bestrafen und von zukünftigen Straftaten abzuschrecken. Leider sind feste Bußgelder das schlechteste Mittel, um dies zu erreichen, und sind sozial nicht nur ungerecht, sondern geradezu diskriminierend. Denn feste Bußgelder treffen Menschen mit geringem Einkommen viel härter und Menschen mit höherem Einkommen werden dadurch nicht abgeschreckt. Es ist sozusagen ein Freifahrtschein für Regelverstöße. Damit Geldbußen ihre ursprüngliche Wirkung entfalten, d. h. von Regelverstößen abschrecken, sollte die Höhe der Geldbuße an das Einkommen angepasst werden.

#### b) Wie ist die Höhe der Geldbuße zu berechnen?

Finnische Bußgelder für Geschwindigkeitsüberschreitungen: In Finnland sind die Bußgelder für Geschwindigkeitsüberschreitungen an das Einkommen gekoppelt. Es gibt ein „Tagessatz“-System, das auf der Grundlage des verfügbaren Tageseinkommens eines Verkehrsüblers berechnet wird. In der Regel wird das Tageseinkommen durch zwei geteilt. Eine ähnliche Regelung in Luxemburg oder in ganz Europa wird von Volt befürwortet.

Best Practice  
aus Finnland

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 5.4 Stärkung der Bürger\*innen durch Bereitstellung des kommunalen Haushalts für die Gemeinschaft

Volt will die Macht der Bürgerinnen und Bürger stärken und so einen Teil des Geldes der Kommunen den Bürger\*innen zur Verfügung stellen. Wie es zum Beispiel in Antwerpen und Paris der Fall ist.

In Luxemburg ist es die Stadt Düdelingen, die im Jahr 2022 den ersten Bürgerhaushalt einführen wird. Sie ist damit die erste Gemeinde in Luxemburg, die den Bürgerhaushalt einführt. Mit dem Bürgerhaushalt haben die Einwohner\*innen die Möglichkeit, konkrete Projekte bis zu einem vom Schöffenkollegium festgelegten Prozentsatz des Investitionsbudgets der Stadt vorzuschlagen und darüber abzustimmen – sowohl im Internet als auch auf Papier. Dies ist Teil der Bürgerbildung und -beteiligung, da die Bürger\*innen direkt in den Prozess einbezogen werden und dazu ermutigt werden, sich besser über die Funktionsweise des städtischen Haushalts zu informieren.

- **Volt befürwortet den Bürgerhaushalt** und wird die Ergebnisse dieses Pilotprojekts aufmerksam verfolgen.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN



© JimHawk at Luxembourgish Wikipedia, 2012; CC BY-SA 3.0 LU

## 6 GLEICHE RECHTE FÜR ALLE

In einem freien und demokratischen Staat muss jede\*r seine Rechte wahrnehmen können. Allerdings laufen Minderheiten dabei oft Gefahr, übergangen zu werden, und so kommt es immer wieder vor, dass nicht alle Menschen gleichermaßen berücksichtigt werden. Die Rechte von Menschen dürfen nicht aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion, Sexualität, ihres Geschlechts oder einer Behinderung eingeschränkt werden. Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte aller Menschen in Luxemburg und ganz Europa ein.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 6.1 Elternurlaub für alle

In Luxemburg ist die Regelung des Elternurlaubs nach wie vor auf das traditionelle Familienmodell und heterosexuelle Elternrollen ausgerichtet.

Dies hat zur Folge, dass schwule und lesbische, nicht-binäre und/oder transsexuelle Partner von bestimmten Rechten völlig ausgeschlossen sind. Der so genannte "Vaterschaftsurlaub", der den Mutterschaftsurlaub nach der Geburt eines Kindes ergänzt, beträgt nur 10 Tage und steht nur einem männlichen Partner zu. Der umfassendere Elternurlaub kann erst nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs, d. h. drei Monate nach der Geburt des Kindes, in Anspruch genommen werden.

Darüber hinaus sind Alleinerziehende ebenfalls benachteiligt. Wenn ein Partner beschließt, den anderen kurz nach der Geburt des Kindes zu verlassen, hat derjenige, der das Baby und das Sorgerecht hat, weiterhin nur Anspruch auf einen einmaligen Elternurlaub von 6 Monaten. Bei einem Paar hat jeder Anspruch auf diese Zeit und das noch sehr junge Kind kann in diesem Fall 12 Monate lang die volle Aufmerksamkeit eines Elternteils genießen, während bei Alleinerziehenden das Kind oft schon nach 6 Monaten in eine Kindertagesstätte gehen muss.

#### **Wir wollen allen Eltern die Möglichkeit geben:**

- gleichermaßen in die Erziehung und Pflege der Kinder zu investieren;
- der gebärenden Person die Möglichkeit geben, sich zu erholen und für sich selbst zu sorgen;
- gleichen Zugang zum Mutterschaftsurlaub für gleichgeschlechtliche Familien zu haben;
- sich so flexibel wie möglich um ihr Kind kümmern zu können und bei der Gestaltung ihres Elternurlaubs so frei wie möglich zu sein;
- in der Arbeitswelt nicht benachteiligt zu werden, um eine größere wirtschaftliche Gleichheit zwischen den Partnern zu erreichen;
- die Möglichkeit zu haben, als Alleinerziehende die vollen 12 Monate Elternurlaub in Anspruch zu nehmen, auf die ein neugeborenes Kind Anspruch hat.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

**Deshalb wollen wir:**

- **Den 10-tägigen „Vaterschaftsurlaub“ durch einen 3-monatigen, voll bezahlten Geburtsurlaub ersetzen, der allen offensteht.**
- **Alleinerziehenden das Recht auf 12 Monate Elternzeit geben.**
- **Den Elternurlaub noch flexibler gestalten und die strenge Regel von zwei mal sechs Monaten abschaffen.**

### 6.2 Verankerung des Rechts auf Abtreibung in der Verfassung

Leider sind in immer mehr Ländern der Welt konservative Tendenzen zu beobachten, die sich erheblich auf die Rechte der Frauen auswirken. Im Juni 2022 hat der Oberste Gerichtshof der USA das bahnbrechende Urteil „Roe v. Wade“ aus dem Jahr 1973 gekippt. Mit der Entscheidung der Verfassungsrichter können die Bundesstaaten nun Abtreibungen weitgehend oder sogar ganz verbieten. Konservativ regierte Bundesstaaten haben sofort gehandelt. Auch in Europa werden seit einiger Zeit wieder Stimmen laut, die sich gegen das Recht der Frauen auf Abtreibung aussprechen. Im Jahr 2003 änderte Kroatien sein Abtreibungsgesetz und seither haben Ärzte das Recht, den Eingriff aus Gewissensgründen zu verweigern. Aus diesem Grund reisen immer mehr kroatische Frauen nach Slowenien, um im Nachbarland abtreiben zu lassen. Im November 2020 verschärfte auch Polen seine bereits als sehr streng geltenden Abtreibungsgesetze: Schwangerschaftsabbrüche bei Fehlbildungen gelten nun als illegal.

Wir bei Volt beobachten diese Vorgänge mit Entsetzen. Frauen haben lange für diese Rechte gekämpft, die sie nun plötzlich aufgeben sollen. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass strenge Verbote zu illegalen Praktiken führen, die das Leben der abtreibenden Frauen in große Gefahr bringen (sowohl in medizinischer als auch in finanzieller Hinsicht).

Das Recht auf Abtreibung ist eines der Grundrechte jeder Frau und jeder Schwangeren.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

Wir wollen nicht riskieren, dass mit einem plötzlichen Regierungswechsel dieses Grundrecht plötzlich verschwindet. Deshalb fordern wir, **dass das Recht auf Abtreibung in die luxemburgische Verfassung aufgenommen wird** (unserer Meinung nach sollte es in jeder europäischen Verfassung stehen). Unser Vorschlag sieht vor, dem Artikel 12 über die individuelle Freiheit einen Satz hinzuzufügen:

- Niemandem darf das Recht auf einen freiwilligen Schwangerschaftsabbruch vorenthalten werden, und niemandem darf das Recht auf einen freiwilligen Schwangerschaftsabbruch mit einer maximalen Ausübungsdauer von weniger als 12 Wochen vorenthalten werden. („Nul ne saurait se voir dépourvu du droit à l'interruption volontaire de grossesse et nul ne peut être privé du droit à l'interruption volontaire de grossesse avec un délai maximal d'exercice inférieur à 12 semaines de grossesse.“)

### 6.3 LGBTQIA+ Rechte stärken

Volt setzt sich für die Rechte aller Menschen ein. Niemand darf wegen seiner Sexualität, seines Geschlechts oder seiner Religion diskriminiert werden. Wir fordern mehr Rechte für die LGBTQIA+ Community im Besonderen.

- Schwule Männer dürfen kein Blut spenden. Diese Regelung basiert auf homophoben Vorurteilen aus den 80er-Jahren und muss dringend geändert werden!
  - **Wir fordern, dass sexuelle Orientierung, Geschlecht und Gender bei Bluttransfusionen keine Rolle mehr spielen dürfen.**
- Obwohl die Konversionstherapie nicht praktiziert wird, ist sie in Luxemburg nicht formell verboten. Die EU hat 2018 beschlossen, diesbezügliche Verbote zu unterstützen, und Luxemburg muss diesem Beispiel folgen! Ein solches Gesetz wäre sehr einfach und unkompliziert.
  - **Wir fordern daher ein Verbot der Konversionstherapie** in Luxemburg und in der EU!



## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

- Leider werden viele intersexuelle Kinder immer noch unnötig an ihren Genitalien operiert, noch bevor sie zwei Jahre alt sind, obwohl es dafür keine medizinische Notwendigkeit gibt. Dieser extreme Eingriff in das Leben eines noch so jungen Menschen kann schwerwiegende Folgen für den Rest seines Lebens haben.
  - **Deshalb fordern wir ein Verbot, dass intersexuelle Neugeborene ohne medizinische Notwendigkeit an den Genitalien operiert werden.**
- Der Staat denkt noch binär und hält an der dichotomen Geschlechterordnung fest – das sehen wir an der Tatsache, dass die Geschlechtsangabe auf dem Personalausweis immer nur noch als entweder männlich oder weiblich ausgewählt werden kann und auch offizielle Formulare sowie Umfragen des STATEC immer mit der zwanghaften Festlegung auf ein männliches oder weibliches Geschlecht erfolgt. Dies ist ganz klar diskriminierend für nicht-binäre oder intergeschlechtliche Menschen, hat aber als weitere enorme Folge, dass das Bewusstsein für Intersexualität nicht geschärft wird. In der Folge müssen auch Eltern bei der Geburt eines intergeschlechtlichen Kindes sich vollkommen willkürlich für eines der beiden in den Behörden existierenden Geschlechtern entscheiden.
  - **Wir fordern, dass die Angabe „Sonstiges“ auf allen offiziellen Dokumenten möglich wird.**
- Wenn Gebärende als „Mütter“ bezeichnet werden oder wenn von „Vaterschaftsurlaub“ die Rede ist, obwohl der nicht gebärende Elternteil nicht zwangsläufig männlich sein muss, dann werden marginalisierte Bevölkerungsgruppen systematisch unsichtbar gemacht.
  - **Wir fordern daher eine neutrale Formulierung im Gesetz:** „Gebärende Person“ (Fr.: „personne accouchante“, Eng.: „birthing person“).
- Es muss eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, damit lesbische Mütter ihre eigenen Kinder nicht adoptieren müssen. Vor allem dann, wenn z.B. durch In-vitro-Fertilisation das Erbgut beider Mütter kombiniert wird.
  - **Wir fordern daher, dass die Elternschaft einen anderen Status erhält** und dass bereits vor der Geburt festgelegt werden kann, wer als Elternteil bezeichnet wird.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN



© Kampus Production, 2020; Pexels CC

### 7 BETREUUNG UND WOHLBEFINDEN

Neben sozialer Gerechtigkeit und einer hohen Lebensqualität muss auch das Wohlbefinden in einem Staat stimmen. Dazu gehört, dass es Anlaufstellen gibt, die immer bereit sind, einem zu helfen, wenn man sie braucht. Neben der kriminellen Sicherheit gehört auch das Wissen, wie man mit bestimmten Problemen umgeht, zum Wohlbefinden. Gerade im Bereich des digitalen Wohlbefindens hat Luxemburg, aber auch ganz Europa, noch großen Nachholbedarf, denn das Internet wird immer noch als zu rechtsfreier Raum angesehen. Hier wollen wir Abhilfe schaffen und den Menschen die nötige Sicherheit und den Komfort bieten, den sie verdienen.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 7.1 Welcome Desks für neue Einwohner\*innen

Ein Welcome Desk ist so konzipiert, dass er Neuankömmlingen persönliche Dienstleistungen und Beratung bietet. Relevante Informationen werden von den sprachlich und kulturell geschulten Mitarbeiter\*innen des Welcome Desks gesammelt, zusammengefasst und anschließend in eine verständliche und anschauliche Form gebracht (Checklisten, Prozessbeschreibungen, usw.).

Volt unterstützt auch ein vom Welcome Desk koordiniertes ehrenamtliches Buddy-System, das angeboten werden soll: Bürger\*innen, die bereits seit vielen Jahren in Luxemburg leben, sollen den Neuankömmlingen als Ansprechpartner für Fragen zur Verfügung stehen, die nicht primär in den Zuständigkeitsbereich des Welcome Desks fallen (Kultur, Sport, etc.). Wir möchten eine Datenbank mit ehrenamtlichen Stadtpat\*innen („Buddies“) in allen Nachbarschaften und Bezirken aufbauen. Diese Buddies können dann mit den neu angekommenen Bürger\*innen Kontakt aufnehmen, wenn sie weitere Informationen wünschen oder jemanden finden möchten, mit dem sie gemeinsam Freizeitaktivitäten unternehmen können usw.

Alle bestehenden behördlichen Abläufe und Verfahren bleiben unverändert, aber die betroffenen Stellen werden entlastet und ein interkultureller Austausch wird ermöglicht.

Der Expat Welcome Desk in Brüssel und der Expat Service Desk in Düsseldorf unterstützen alle ausländischen Arbeitnehmer\*innen durch Beratung zu Themen wie Wohnen, Steuern, Transport und Kinderbetreuung.<sup>28</sup>

**Best Practice**  
aus *Belgien & Deutschland*

<sup>28</sup> <https://www.commissioner.brussels/en/i-am-an-expat> ; <https://www.expatservicedesk.de/en.html>

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 7.2 Internetregulierung und Befähigung der Bürger in der digitalen Sphäre über das Gesetz über digitale Dienste (GdD) hinaus

Bislang sind Internetplattformen, die pornografische oder illegale Inhalte anbieten und verbreiten, kaum reguliert. Die Folge: Der Jugendschutz ist nicht gewährleistet, illegale Inhalte können gesammelt werden, und selbst private Videos werden schamlos und ohne große Nachverfolgung geteilt – zum Leidwesen der Geschädigten ohne große Hoffnung auf Besserung.

Das muss sich dringend ändern. Auf europäischer Ebene ist dies mit dem Gesetz über digitale Dienste (GdD; englisch *Digital Services Act*, DSA)<sup>29</sup> nun mehr oder weniger geschehen. Doch ist darin bei weitem nicht alles vorgesehen, weshalb wir Folgendes fordern.

#### 7.2.1 Regulierung von Porno-Plattformen

Pornoplattformen müssen endlich verpflichtet werden, ernsthaft gegen den Missbrauch von Nacktbildern auf ihren Kanälen vorzugehen und zusätzlich den Jugendschutz zu gewährleisten. Die Bestimmungen des GdD enthalten drei zentrale Punkte:

- Jede Person, die Inhalte hochlädt, muss Auskunft über ihre Identität geben.
- Geschulte Moderator\*innen sollen alle Inhalte im Auge behalten und in kritischen Fällen eingreifen.
- Gesonderte Meldekanäle für missbräuchliches Material sollen die Meldung und Entfernung einfacher und schneller machen.

Wir fordern aber auch **ein besseres System zur Überwachung des Jugendschutzes**. Die derzeitige Situation ist katastrophal (ein Klick auf einen Button, der angeblich bestätigt, dass die Person über 18 ist, reicht bei den meisten Plattformen aus). Hier müssten wir über Systeme nachdenken, bei denen Inhalte für Erwachsene hinter einer besseren Barriere bleiben. **Selbstlöschende Scans des Personalausweises** oder ähnlicher Dokumente sind denkbar. (Ähnlich, wie es heute schon bei Zigarettensautomaten funktioniert). Andere Systeme, welche die Internetanonymität bewahren, sind ebenfalls möglich: So kann man z.B. mit Software-Tools

<sup>29</sup> Nachzulesen auf der Seite der Europäischen Union: <https://europa.eu/!BRRHwF>

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

Eltern die Möglichkeit geben, Geräte per Jugendschutz-App zu steuern, sodass möglichst alle bedenklichen Inhalte zuerst von Erziehungsberechtigten freigeschaltet oder erlaubt werden müssen (solche Apps gibt es bereits für Videospielekonsolen, wären aber auch generell für alle internetfähigen Geräte wie Tablets, Laptops, Smartphones usw. denkbar).

Gerade Menschen, die von so genanntem **Racheporno** („revenge porn“), **Deepfakes** und anderen Formen **bildbasierter Gewalt** betroffen sind, müssen mehr Möglichkeiten erhalten, sich dagegen zu wehren. Frauen sind von dieser Art des bildbasierten sexuellen Missbrauchs besonders betroffen.

Allerdings haben die Betroffenen nach wie vor kein Recht, sich bei der Plattform zu beschweren, wenn gegen sie gerichtete Hassinhalte nicht entfernt werden. Weigert sich also eine Plattform, Hassreden, Rachepornos, eine Verleumdung oder gar eine Morddrohung zu löschen, haben die Betroffenen nicht das Recht, sich direkt bei der Plattform zu beschweren. Auch die Möglichkeit einer außergerichtlichen Streitbeilegung wird ihnen nicht eingeräumt. Dieses Recht wird nur Nutzer\*innen zugestanden, die sich über Inhalte beschweren wollen, die von Plattformen möglicherweise zu Unrecht gelöscht wurden.

Das ist nicht nur unverständlich, sondern auch ungerecht! Dieses Detail schafft ein Zwei-Klassen-System zwischen den Nutzern. Zudem werden Millionen von Menschen, die von Hasskommentaren und Fake News betroffen sind, im Stich gelassen. Wir fordern daher, **dass den Betroffenen ein bedingungsloser Schutz garantiert wird und sie die Möglichkeit erhalten, sich gegen diese Ungerechtigkeit zu wehren!**

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 7.2.2 Macht für die Nutzer: Betroffene müssen sich an Behörden wenden können, um Anordnungen zu erwirken

Der GdD nimmt Forderungen nach mehr Rechten für Nutzer in ihre Regelungen auf. Dies betrifft vor allem jene Menschen, die persönlich von illegalen Online-Inhalten betroffen sind. Betroffene sollen sich an die Behörden wenden können und aktiv Anordnungen gegen Online-Plattformen erwirken können, um illegale Inhalte aus der Welt zu schaffen. Ein Beispiel: Wird eine Nutzerin online mit Morddrohungen oder rassistischer Hetze angegriffen und eine Plattform ignoriert ihre Meldung und Aufforderung zur Löschung, soll sich diese Person an die Behörden wenden und über diesen Weg die Löschung verlangen können.

Der GdD sieht aber keine Anlaufstelle vor.

- Wir fordern daher eine **spezifische, europäische digitale Anlaufstelle**, bei der Betroffene sich melden und damit möglichst einfach und zentral sich beschweren können.

### 7.2.3 Öffnen der Blackbox: Es sollte mehr Transparenz über Risiken und Auswirkungen herrschen

Online-Plattformen halten derzeit alle Informationen über die Moderation von Inhalten und die Algorithmen, auf denen ihre Systeme beruhen, geheim. Die Plattform HateAid hat zusammen mit *PeopleVsBigTech*, einer internationalen Koalition zivilgesellschaftlicher Organisationen, argumentiert, dass es nicht gerechtfertigt ist, dies zu einem Geschäftsgeheimnis zu machen.<sup>30</sup> Denn da der Umgang mit Inhalten aller Art erhebliche Auswirkungen auf das Wohlbefinden der Nutzer\*innen weltweit haben kann, ist es wichtig, Einblick in die Mechanismen der Plattformen zu erhalten und sie gegebenenfalls zu regulieren. Dies ist umso brisanter im Lichte der Enthüllungen von Frances Haugen mit den Facebook-Akten. Als ehemalige Meta-Mitarbeiterin deckte sie auf, dass das Unternehmen bestimmte Algorithmen nutzt, um bevorzugt hasserfüllte Inhalte zu verbreiten, um Gewinne zu erzielen.

<sup>30</sup> HateAid gGmbH (20 January 2022): *Gemischte Bilanz zum Digital Services Act: Historische Schritte gegen bildbasierte sexualisierte Gewalt auf Pornoplattformen, aber Versagen bei Stärkung der Betroffenen von Hass im Netz*. <https://hateaid.org/wp-content/uploads/2022/01/220120-PM-EP-Beschluss.pdf>

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

Für das Europäische Parlament ist Transparenz daher das Schlüsselwort. Die Risiken für die öffentliche Sicherheit, die Gesundheit, die Grundrechte und eine Reihe anderer Bereiche müssen von sehr großen Online-Plattformen kritisch bewertet werden. Vieles hätte verhindert werden können, wenn solche Maßnahmen früher eingeführt worden wären. Zum Beispiel könnte es unzählige Jugendliche weniger geben, die aufgrund der negativen Auswirkungen von Instagram unter psychischen Problemen leiden.

- Wir fordern deshalb, dass **Informationen darüber, wie die Content-Moderation von einer Plattform funktioniert, gesetzlich geregelt einsehbar** wird.

### 7.2.4 Zugang zu Plattformdaten auch für NROs

Nicht nur *AlgorithmWatch*, welche ihr Instagram-Überwachungsprojekt einstellen mussten, um keine Klage von Facebook zu riskieren, litten in der Vergangenheit unter der Zurückhaltung der großen Tech-Unternehmen. Auch andere Organisationen scheuten den Zugriff auf ihre Daten aus Angst vor möglichen Anklagen durch große Plattformen.<sup>31</sup> Der GdD macht nun Hoffnung, dass sich dies bald ändern könnte. Die Regelungen des Europäischen Parlaments sehen vor, dass nicht nur Forscher, sondern auch bestimmte zivilgesellschaftliche Organisationen Zugang zu Plattformdaten haben sollen. Wir unterstützen dies.

<sup>31</sup> Kayser-Bril, Nicolas (13 August 2021): *AlgorithmWatch forced to shut down Instagram monitoring project after threats from Facebook*. From AlgorithmWatch: <https://algorithmwatch.org/en/instagram-research-shut-down-by-facebook/>

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 7.3 Altersgerechtes Wohnen: Mehrgenerationen-Siedlungen

Der Anteil der älteren Menschen in Europa wächst. Dank des medizinischen Fortschritts, eines größeren Gesundheitssektors und einer besseren Gesundheitsaufklärung leben auch die Menschen in Luxemburg länger, und der Anteil der Menschen im Rentenalter nimmt stetig zu. Im Jahr 2001 lag der Anteil der Luxemburger im Rentenalter beispielsweise bei 13,9%, im Jahr 2019 sind es bereits 19,8%. Von den über 60-Jährigen sind nur noch 10% berufstätig.<sup>32</sup>

Der Ruhestand ist für alle eine unausweichliche Zukunft. Während sich also die meisten prinzipiell auf ihr Rentenalter freuen, sieht es um unsere Altersvorsorge – insbesondere was die Wohnsituation betrifft – nicht gut aus.

Unabhängig davon, wie reich oder arm man ist, eines ist klar: Nur wenige von uns werden in der Lage sein, ihr eigenes Haus und ihren eigenen Lebensraum für immer selbst zu verwalten. Und abgesehen davon, dass sich nicht jeder ein gutes Altenheim leisten kann und dass man vieles daran kritisieren könnte, gibt es ein strukturelles mentales Problem mit der Art und Weise, wie unsere Altenheime eingerichtet sind.

Allein die Tatsache, dass Menschen im fortgeschrittenen Alter durch Altenheime buchstäblich aus dem Rest der Gesellschaft verbannt werden, sollte jedem zu denken geben. Für die Menschen ist es jedoch mitunter eine der schlimmsten Erfahrungen ihres Lebens, die unter anderem zu einer raschen Verschlechterung ihres geistigen und damit auch körperlichen Zustands führen kann. Das liegt natürlich auch an unserer individualisierten Gesellschaft, in der es nicht mehr üblich ist, dass mehrere Generationen unter einem Dach leben. Daher können sich die wenigsten Senior\*innen mit großer Regelmäßigkeit auf ihre Kinder oder Enkel verlassen und sind auf Altenheime angewiesen.

---

<sup>32</sup> STATEC: Les personnes âgées (2011):  
<https://statistiques.public.lu/fr/publications/series/RP-2011---Premiers-resultats/2013/rp11-29-13.html>  
STATEC Regards N° 19/2019 – Plus de 120 000 seniors au Luxembourg:  
<https://statistiques.public.lu/fr/publications/series/regards/2019/19-19.html>



## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

Hier nun aber einige Gründe, warum unsere Altenheime strukturell schlecht und schädlich für die psychische Gesundheit sind:

- Wenn ältere Menschen (fast) nur ältere Menschen als Gesellschaft haben, werden ihre Interaktionen weniger anspruchsvoll, da sich ihr Erfahrungshorizont verringert. Weniger anspruchsvoll bedeutet, dass die Interaktionen einseitiger, spärlicher und letztlich oberflächlicher werden.
- Der gleiche Grund ist auch für mögliche Depressionen verantwortlich: Wenn man nur ältere Menschen um sich hat und sich nur mit ihnen anfreundet, ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass sie sterben. Es ist eine Tatsache, dass es Menschen depressiv macht, wenn ihre Freund\*innen um sie herum sterben. Und es ist eine Tatsache, dass dies zum Alltag in einem Altersheim gehört.
- Menschen, die in ein Pflegeheim gehen, geben in der Regel viel Autonomie und Erinnerungen auf. Zum einen ist es in den wenigsten Altenheimen möglich, Möbel oder andere Erinnerungen mitzunehmen. Zum anderen sind viele Altenheime so gebaut, dass man nur ein „Zimmer“ hat (wenn es überhaupt ein Einzelzimmer ist) und somit viel weniger Freiraum, weniger Privatsphäre und weniger Möglichkeiten hat, sein Leben nach eigenen Wünschen zu gestalten. In Altenheimen gibt es oft große Routinen mit festen Essens- und Besuchszeiten. Mit anderen Worten: Alle Errungenschaften des autonomen Lebens, die man sich ein Leben lang erarbeitet hat, werden im Rentenalter plötzlich wieder aufgegeben. Das erscheint paradox und kann deprimierend sein.
- Schließlich führt auch die pathologische Unterbesetzung der Altenheime zu Problemen. Weniger Personal bedeutet weniger Menschen, die sich um Sie kümmern, alles instand halten und auf Probleme aufmerksam machen. Darüber hinaus führen schlechte Arbeitsbedingungen zu einer höheren Fluktuation und damit zu einem geringeren Engagement der Beschäftigten. All dies wirkt sich negativ auf die Erfahrung aus, als Rentner in einem Altenheim zu leben.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

Es ist daher dringend notwendig, diese Strukturen zu überarbeiten und die staatlichen Investitionen in sie zu erhöhen. Denn eine gute Altersversorgung darf nicht durch den privaten Markt geregelt werden, sondern gehört zu den Grundrechten eines\*einer jeden Bürger\*in und muss (zumindest zu einem großen Teil) staatlich geregelt werden.

Deshalb fordern wir als Volt den Aufbau staatlicher und die Förderung privater Mehrgenerationensiedlungen!

### 7.3.1 Was sind Mehrgenerationen-Wohnanlagen und warum sind sie ein besseres Modell für altersgerechtes Wohnen als Altersheime?

Mehrgenerationenhäuser oder -siedlungen sind spezielle Projekte für Senioren ab 55 Jahren, in denen ältere und jüngere Menschen in einem sehr freien Umfeld zusammenleben und so voneinander profitieren, ihre Selbständigkeit erhalten, Interaktionen und Freundschaften fördern und letztlich auch Kosten (z. B. für das Pflegepersonal) senken.

In den Niederlanden gibt es bereits einige Projekte, die solche Konzepte<sup>33</sup> umgesetzt haben, und der Staat fördert altersgerechtes Wohnen für Unternehmer.<sup>34</sup> Wir wollen dem Beispiel folgen und nicht nur staatliche Zuschüsse gewähren, sondern auch staatliche Bauprojekte durchführen!

Best Practice  
aus den Niederlanden

### 7.3.2 Wir stellen uns das folgende Idealszenario für das Mehrgenerationenwohnen vor:

Anstelle eines einzelnen Wohnblocks werden ganze Straßen und Wohnsiedlungen zum Zweck des altersgerechten Wohnens gebaut.

Es soll eine Kombination aus einfachen, autonomen Wohnungen für ältere Menschen, Altenheimen, Sozialwohnungen und Unterstützung für junge Familien sein. In diesen speziell für diesen Zweck errichteten Siedlungen

<sup>33</sup> Da gibt es zum Beispiel den Knarrenhof (<https://knarrenhof.nl/>), einen großen Hof mit Wohnmöglichkeiten für ältere und jüngere Menschen zwischen 19 und 109 Jahren. Das Projekt wächst und weitere kleine Siedlungen dieser Art sind geplant.

<sup>34</sup> Die Informationsseite der niederländischen Regierung über Subventionen und staatliche Unterstützung: <https://www.volkshuisvestingnederland.nl/onderwerpen/programma-wonen-en-zorg-voor-ouderen/ondernemen-in-kleinschalige-woonprojecten>

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

gibt es mehrere Wohnblöcke mit Wohnungen, die speziell auf die Bedürfnisse von Senior\*innen, aber auch von Familien zugeschnitten sind.

Senior\*innenwohnungen gibt es in zwei verschiedenen Ausführungen:

Zum einen die an sich autonome Wohnung, die nur wenige Extras wie ein Notruftelefon, speziell angepasste Bäder usw. enthält, bei der aber die Gestaltung der Räume und der Grundriss der Wohnung völlig frei sind.

Zum anderen die wesentlich kleineren und stärker angepassten Wohnungen für ältere Menschen mit schweren Erkrankungen wie Demenz oder schwereren körperlichen Beeinträchtigungen. Hier wäre auch Pflegepersonal dabei, das sich um diese Menschen kümmert, wie in einem Altenheim.

Neben der Tatsache, dass der größte Teil der Wohnungen an ältere Menschen geht, müssen auch Anreize für jüngere Menschen und vor allem Familien geschaffen werden, in diese Siedlungen zu ziehen. Idealerweise sollte es geräumige Wohnungen zu einem erschwinglichen Preis für einkommensschwache Familien geben, die auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Dahinter steht der Gedanke, dass Familien auch längerfristig dort leben können und dass sich in diesen Siedlungen Freundschaften und Gemeinschaften bilden, die voneinander profitieren können.

Dazu müssen aber noch mehr Dinge folgen als nur das Wohnen. Damit es sich um Gemeinschaftssiedlungen handelt, müssen gemeinschaftliche Orte und Räume als Treffpunkte geschaffen werden (z.B. Bibliotheken, Arbeitsräume, Spielräume, gemeinsame Speiseräume, usw.). Darüber hinaus können sich in diesen kleineren Siedlungen auch Geschäfte wie kleine Tante-Emma-Läden, aber auch Kindertagesstätten und Apotheken ansiedeln.

All dies würde zum Gemeinschaftsgefühl beitragen und die geistige Gesundheit der älteren Menschen stärken, während gleichzeitig die jungen Menschen von der Weisheit der Älteren und dem Gemeinschaftsgefühl profitieren würden. Schließlich ist es die Verpflichtung unserer Gesellschaft gegenüber dem dritten Lebensalter, die aktiven Generationen einzubeziehen und sie nicht in ein Altersheim am Stadtrand zu verbannen.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 7.4 Ältere Menschen stärken

Es gibt zwar viele Initiativen und Seniorenclubs, die eine wichtige Aufgabe bei der Begleitung älterer Menschen im Alltag übernehmen, aber sobald man aus dem Berufsleben ausscheidet, wird das Angebot zum lebenslangen Lernen immer weniger.

Statistisch geht zwar hervor, dass die Luxemburger Bürger gut vernetzt sind und häufig digitale Dienste nutzen, allerdings besteht immer noch die Notwendigkeit, das Angebot an beruflicher Weiterbildung zu erhöhen, insbesondere in Bezug auf die Digitalisierung und neue Technologien. Der Erwerb digitaler Kompetenzen kann älteren Menschen helfen, länger im Berufsleben zu bleiben, einen gesunden Lebensstil zu pflegen und das Risiko der sozialen Isolation zu verringern.

Die Alterung der Bevölkerung, die steigende Zahl allein lebender Menschen und die zunehmende Nutzung digitaler Technologien für die Kommunikation haben viele zu der Annahme veranlasst, dass die Einsamkeit zunimmt.

Die Bedeutung der Einsamkeit für das individuelle Wohlbefinden und den sozialen Zusammenhalt sollte nicht unterschätzt werden. Das Sterberisiko der Einsamkeit ist mit dem von Fettleibigkeit und Rauchen vergleichbar. Anhaltende Einsamkeit wird außerdem mit ungesunden Verhaltensweisen, psychischen Problemen und schlechten kognitiven Leistungen in Verbindung gebracht. Einsame Menschen geben auch pessimistischere Einschätzungen ab und fühlen sich von Lebenssituationen stärker bedroht als ihre "nicht einsamen" Gegenstücke.

Nach dem Eintritt in den Ruhestand kommt dem lebenslangen Lernen eine zentrale Rolle bei der Förderung von Wohlbefinden und Lebensqualität zu. Ein Beispiel dafür ist die Silversurfer-Initiative von Beesecure, der es an Mitteln mangelt, um ihre Zielgruppen zu erreichen.

Volt schlägt deshalb vor, **das Budget von BeeSecure zu erhöhen, um es der Silversurfer-Initiative zukommen zu lassen.** Dies wird eine landesweite Strategie ermöglichen, um alle Senioren in die Lage zu versetzen, die neuen Technologien sicher zu nutzen und ihnen einen Weg aus der Einsamkeit zu bieten.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN



© Yoo Chung, 2010; CC BY-SA 3.0

### 8 WOHNUNGSPROBLEMATIK

Die Immobilienpreise in Luxemburg steigen seit Jahrzehnten, und ein Ende ist bisher nicht in Sicht. Es ist eine Tatsache, dass sich immer weniger Luxemburger\*innen ein Eigenheim im eigenen Land leisten können. Wohnungen und Häuser sind mittlerweile landesweit so teuer, dass Wohnen fast schon zum Luxus geworden ist. Das ist natürlich eine absolute Katastrophe, denn angemessenes Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen eines jeden Menschen! Die Ursachen der Wohnungskrise sind vielfältig und komplex, so dass es keine einfachen und klaren Lösungen gibt. Wir sind jedoch der Meinung, dass viele soziale Maßnahmen das Problem regulieren können, und wir sind der Meinung, dass jeder, der in Luxemburg arbeitet, sich hier auch eine Wohnung leisten können sollte.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 8.1 Soziales Mietmanagement zur Bekämpfung des Problems der vielen leeren und ungenutzten Wohnungen

Das Problem bei einigen leerstehenden Wohnung ist, dass die Eigentümer sich nicht die Mühe machen wollen, ihre Wohnung zu vermieten (weil sie auf einen gewinnbringenden Verkauf oder ähnliches spekulieren).

Eine Lösung dafür kann das die soziale Mietverwaltung sein, bei welcher eine zugelassene Organisation (wie Life asbl oder 28 andere<sup>35</sup>) sich um die Immobilie eines Eigentümers kümmert und nach sozialen Kriterien nach Bewohnern sucht während sie gleichzeitig die Miete gewährleistet.

Denn oft ist es für Vermieter eine Kosten-Nutzen-Abwägung, ob sie ihre Wohnung vermieten wollen, da der bürokratische und organisatorische Aufwand hoch ist, während das Einkommen (für reiche Eigentümer) keine große Rolle spielt. Indem man sie durch bestimmte Gesetze zwingt, die Vermietung an eine gemeinnützige Organisation abzugeben, würden sie für ihre Wohnung bezahlt werden und müssten sich nicht um die Organisation kümmern. Bis der Eigentümer einen eigenen Mieter oder Käufer gefunden hat, kümmert sich die gemeinnützige Organisation darum (damit die Wohnung nicht leer steht). Dabei müssen selbstverständlich sozial angebrachte Kündigungsfristen beachtet werden.

### 8.2 Das Recht auf bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen

Der Zugang zu angemessenem und erschwinglichem Wohnraum ist ein Grundrecht, das allen ohne Diskriminierung gewährt werden muss. Wohnen ist ein Verstärker der Ungleichheiten in Luxemburg.

---

<sup>35</sup> Auf der Seite von Logement.lu:  
<https://logement.public.lu/fr/proprietaire/logement-location/gestion-locative-sociale.html>

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

Wir wollen:

- Das **Recht auf angemessenen und erschwinglichen Wohnraum als Grundrecht anerkennen** und in der Verfassung verankern.
- **Gleichen Zugang zu erschwinglichem Wohnraum für alle** ohne Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und aller in Artikel 21 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union genannten Gründe gewährleisten.
- **In den Bau und die Entwicklung von erschwinglichen Wohnungen investieren**, die auch für Menschen und Haushalte mit bescheidenem Einkommen zugänglich sind.
- Den dringend benötigten **Bau von Sozialwohnungen** mittelfristig vorantreiben.
- Mehr Wohnungen und Häuser mit dem Konzept der **Erbpacht** in den Gemeinden anbieten.

### 8.3 Wichtige Maßnahmen zur Bekämpfung des Wohnungsproblems in Luxemburg

#### 8.3.1 Mietern bei ihrer Rente unterstützen

Um den Mietern bei ihren Mieten zu helfen, wollen wir einen bestimmten Betrag der Miete steuerlich absetzbar machen. Dieser feste Betrag würde dem Höchstbetrag der Darlehenskosten entsprechen, die ein Hausbesitzer nach geltendem Steuerrecht von der Steuer absetzen kann.

Ziel dieser Maßnahme ist es, für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, indem Einwohner, die keinen Kredit aufnehmen können und somit nicht in den Genuss der derzeitigen Regelung kommen, nicht benachteiligt werden.<sup>36</sup>

<sup>36</sup> Das Formular 100F der Steuererklärung muss dann entsprechend geändert werden. Dies könnte beispielsweise mit einer dauerhaften Belastung gleichgesetzt werden.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 8.3.2 Erheblich mehr und dichteren Sozialwohnungsbau

Ob Studenten der Universität, Familien moderaten Einkommens oder auch Alleinstehende: Es ist für alle zunehmend schwieriger geworden, sich in Luxemburg eine Wohnung leisten zu können. Es scheint offensichtlich und doch muss man es in Luxemburg immer wieder betonen: Es steht aktuell nicht genügend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung und die einzige, wahrlich einfache Lösung ist der Bau von deutlich mehr Sozialwohnungen.

Sozialwohnungen gibt es in unterschiedlichen Varianten. Von Wohnungen, die Menschen von der Straße helfen sollen, Wohnungen für Menschen mit geringem Einkommen über soziale Verträge wie Erbpacht, das es ermöglicht, erschwinglichen Wohnraum auch zu kaufen und nicht nur zu mieten. So oder so muss dringendst und schnell gehandelt werden. Der Ort der Sozialwohnungen kann dabei flexibel sein und muss nicht um das Zentrum der Hauptstadt liegen. Auch im Süden, Osten, Norden und Westen des Landes werden solche Wohnungen gebraucht.

Nicht zuletzt darf aber auch die Wohnqualität nicht darunter leiden, weshalb ein System mit Wohnresidenzen gleichzeitig zu einer Art Vorstadt werden muss. Dies sorgt auch für einen ökonomischen Ausgleich, wenn rundum sozialen Wohnungsbau auch ökonomische Anreize geschaffen. Siehe dazu auch unser Konzept zu Mehrgenerationen-Siedlungen.

Deshalb fordern wir:

- **dass deutlich mehr soziale Wohnungen gebaut** wird und der Anteil mindesten verdreifacht wird.
- **dass deutlich dichter gebaut wird**, um möglichst viele Menschen und Familien adäquat unterzubekommen.
- **dass Vorstadt-ähnliche Wohnkomplexe gebaut werden**, in denen auch Platz für Apotheken, kleine Läden (wie Bäcker oder Supermärkte), Kitas, Schulen und Kulturzentren der Gemeinde geschaffen wird. Somit kann ein kleines Leben auch außerhalb der vielfrequentierten Städte stattfinden.



## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

### 8.3.3 Die Grundsteuerproblematik angehen<sup>37</sup>

Die Grundsteuer wird auf der Grundlage des Einheitswertes<sup>38</sup>, des Grundsteuersatzes (einheitlich auf nationaler Ebene) und des Gemeindesteuersatzes berechnet. Die Bemessungsgrundlage wird berechnet, indem der Einheitswert mit dem Steuersatz multipliziert wird. Das Ergebnis wird dann mit dem Gemeindesteuersatz multipliziert und man erhält die Grundsteuer. Die Grundsteuer kommt den Gemeinden zugute und ist somit eine Gemeindesteuer. Sie gilt für jede Immobilie, die sich auf ihrem Gebiet befindet. Unabhängig davon, ob die Immobilie bewohnt ist oder nicht und ob sie vom Eigentümer oder von einem Mieter bewohnt wird, ist der Steuerpflichtige immer der Eigentümer.

In Luxemburg macht die Grundsteuer derzeit nur 0,05% des BIP aus. Dies ist ein winziger Betrag, sowohl im Vergleich zu dem 1970 im Großherzogtum verzeichneten Niveau – d. h. 0,3% des BIP – als auch zu dem im Jahr 2020 in der Europäischen Union beobachteten Verhältnis von 1,2% des BIP. Dieser Misserfolg der großherzoglichen Vermögenssteuer erklärt sich vor allem dadurch, dass der Einheitswert, der Eckpfeiler der Festlegung dieser Steuer, seit 1941 nur punktuell und stückweise revidiert wurde.

- Um der Zurückhaltung von Flächen entgegenzuwirken, sollten die Kommunen zunächst ihre derzeitigen Maßnahmen konsequenter anwenden. So missachteten fast 25% der Gemeinden den Grundsteuerhebel "B6", der für Grundstücke gilt, die für den Wohnungsbau genutzt werden und seit mindestens drei Jahren als solche ausgewiesen sind. Hinzu kommt, dass die Gemeinden, die sich an dieses Instrument wagen, recht unterschiedliche Grundsteuersätze haben. Es wird vorgeschlagen, einen "Korridor" für die Grundsteuer B6 festzulegen, um dieses Problem zu lösen.

<sup>37</sup> In diesem Abschnitt unterstützt Volt die Ideen der Fondation IDEA: Bouchet, Muriel (22. Dezember 2021): Trois propositions concrètes en matière de fiscalité foncière. Published on Fondation-Idea.lu: <https://www.fondation-idea.lu/2021/12/22/trois-propositions-concretes-en-matiere-de-fiscalite-fonciere/>

<sup>38</sup> Der Einheitswert wird von der Steuerverwaltung festgelegt und entspricht dem Wert des Gebäudes am 1. Januar 1941, während der Steuersatz für bebaute Gebäude je nach Gebäude zwischen 0,7% und 1% liegt. Die einzige Ausnahme sind Grundstücke, für die der Basissatz immer 1% beträgt. Der Gemeindesteuersatz wird von jeder Gemeinde für das Kalenderjahr festgelegt. Da es seit 1941 keine Neubewertung der Bemessungsgrundlagen mehr gegeben hat, liegt der Einheitswert weit unter dem tatsächlichen Wert der Immobilie.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

Da ein solcher Korridor seit Januar 2017, dem Inkrafttreten der letzten Gemeindefinanzreform, den kommunalen Gewerbesteuerhebesatz bestimmt, wäre dies keineswegs ein unverantwortlicher Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Der Mangel an verfügbaren Flächen betrifft viele Kommunen, nicht nur einige wenige. Es handelt sich vielmehr um ein nationales Problem.

- Volt unterstützt die Neugestaltung der Grundsteuer, die ein besonderes Augenmerk auf " Grundstücke, die seit einer bestimmten Zeit nicht bebaut sind " legt. Je länger der Zeitraum, desto größer die steuerliche Belastung dieser unbebauten Flächen. Diese "progressive Steuer" zielt auf Grundstücke in Gebieten ab, die in erster Linie für Wohnzwecke bestimmt sind. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Grundstücke sofort bebaubar sind („Baulücken“) oder erst erschlossen werden müssen.
- Aber Volt will noch weiter gehen. Diese Reform würde nämlich nur unbebaute Grundstücke betreffen, nicht aber leere Wohnungen, Häuser oder Baugrundstücke, die ebenfalls davon betroffen sein sollten. Die Behörden sollten daher dringend die Einheitswerte, die als Grundlage für die Bemessung der Grundsteuer dienen, neu bewerten.

Ein konkretes Beispiel ist das „Massenbewertungsverfahren“ oder die automatisierte Preisberechnung, die u.a. in Kanada und den USA angewendet wird. Konkret geht es darum, die Steuerbemessungsgrundlage mathematisch und auf der Grundlage der in den notariellen Urkunden aufgeführten Preise (Registerpreise) nach verschiedenen Merkmalen wie der Fläche der Wohnung, der Anzahl der Schlafzimmer, dem Vorhandensein eines Parkplatzes, einer Einbauküche, dem Boden, der Lage der Wohnung, ihrem Baujahr usw. zu ermitteln. Das zugrundeliegende statistische Modell wäre transparent und objektiv und könnte in regelmäßigen Abständen und auf einfache Weise neu kalibriert werden, ohne dass das Rad jedes Mal "neu erfunden" werden müsste, z. B. alle fünf Jahre. Es ist im Übrigen wahrscheinlich, dass ein solches Modell (oder zumindest ein Embryo) bereits existiert, wie die Erstellung eines hedonischen Indexes für Immobilienpreise durch das Observatoire de l'Habitat zeigt.

## ALLE BÜRGER\*INNEN GLEICHERMASSEN BEFÄHIGEN

Ein solcher „automatisierter“ Mechanismus zur Berechnung der Einheitswerte würde es ermöglichen, weitere 80 Jahre des „Einfrierens“ der Einheitswerte zu vermeiden. Dies ist eine einfache Frage der wirtschaftlichen Effizienz und Kohärenz, der steuerlichen Transparenz und der grundlegenden sozialen Gerechtigkeit. Außerdem würden dadurch erhebliche zusätzliche Mittel für die Gemeinden generiert.

Dies würde eine erhebliche Erhöhung der Grundsteuer im ganzen Land bedeuten. Das Ziel von Volt ist es natürlich nicht, die heutigen Eigentümer zu benachteiligen. Diese neue Art der Berechnung der Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer würde zwar auf nationaler Ebene angewandt, würde aber zunächst nur Zweitwohnsitze, leere Wohnungen usw. betreffen. Hauseigentümer würden erst nach und nach von dieser Reform betroffen sein. (Sollte sich diese Reform als wirksam erweisen, müsste die Besteuerung von Hauptwohnsitzen nicht von dieser neuen Grundsteuer betroffen sein).

- Volt will auch einen speziellen Fonds für den sozialen Wohnungsbau schaffen, der durch Erbschaftssteuern finanziert wird. Wir wollen einen spezifischen Steuersatz von 10% für geerbte Immobilien (einschließlich Bauland) einführen.

Dieser spezifische Steuersatz würde unabhängig von der familiären Bindung des Erben an den Vermächtnisnehmer gleich sein (10%).

Dieser neue spezifische Steuersatz würde nur für Zweitwohnungen und nicht für Hauptwohnsitze gelten. Letztere sowie die anderen Vermögenswerte würden weiterhin unter den derzeitigen Satz fallen.

Die durch diesen spezifischen Erbschaftssteuersatz eingenommenen Steuerbeträge würden in einen Sonderfonds fließen, der zur Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus in Luxemburg bestimmt ist.

KAPITEL III

**Sich fürs**

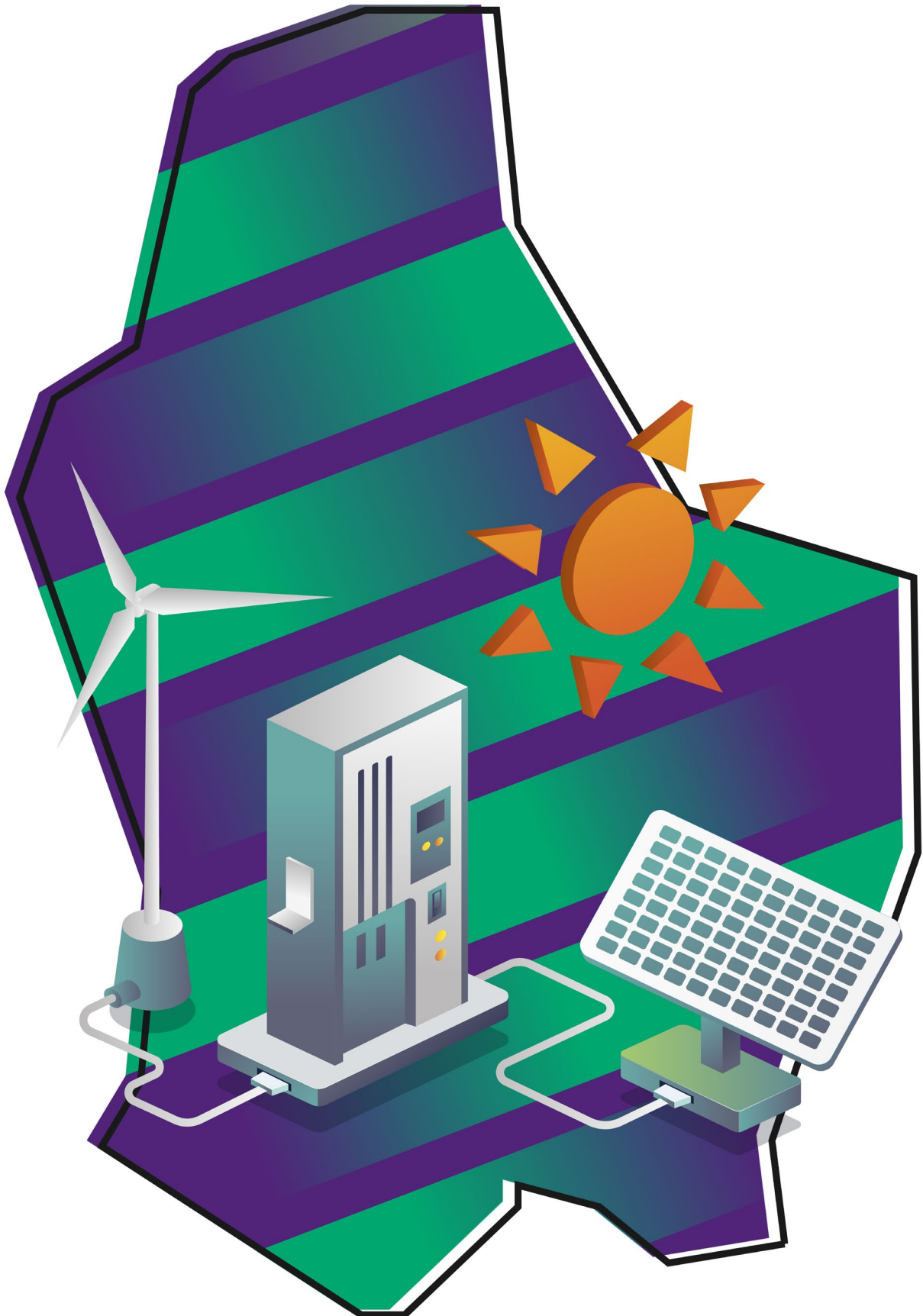
**Klima**

**und die**

**Wissenschaft**

**einsetzen**

SICH FÜRS KLIMA UND  
DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN



## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN



© GilPe, 2019; CC BY-SA 4.0

## 9 FÖRDERUNG INNOVATIVER WISSENSCHAFT

Ohne gut finanzierte und entwicklungsorientierte Forschung kann ein Staat nicht vorankommen und die aktuellen Probleme in seinem Land und in der Welt nicht lösen. Forschung bringt nicht nur Lösungen, sondern macht Luxemburg und Europa auch wettbewerbsfähig gegenüber dem Rest der Welt. Ein vielfältiges akademisches Angebot, ein angemessenes Budget und neue Forschungsbereiche erweitern den Horizont Luxemburgs. Volt will wissenschaftliche Erkenntnisse nutzen, um die Welt voranzubringen und die Probleme des 21. Jahrhunderts anzugehen.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 9.1 Aufstockung des Budgets für Forschung und Entwicklung

Die Wissenschaft ist und bleibt der wichtigste Motor für neue Technologien und ist die Voraussetzung für technologischen Fortschritt. Volt bekennt sich klar zur Wissenschaft, und wir wollen, dass Forschung und Entwicklung in Luxemburg weitergehen. Mit einem höheren Wissenschaftsbudget wird Luxemburg auch für ausländische Wissenschaftler noch interessanter, so dass wir Talente aus der ganzen Welt fördern und gleichzeitig in unser Land holen können.

Deshalb fordern wir eine Erhöhung der Mittel, die in Luxemburg für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden. **Wir wollen die Ausgaben um 0,1%-Punkte pro Jahr erhöhen, um bis 2035 3% zu erreichen.**

### 9.2 Künstliche Intelligenz (KI) fördern, regeln und den Ausbau vorbereiten

Künstliche Intelligenz ist Chance und Risiko zugleich. Künstliche Intelligenzen werden von Jahr zu Jahr exponentiell leistungsfähiger. Damit werden ganze Wissensgebiete innerhalb kürzester Zeit für diese Form des technologischen Wandels erschlossen.

Um den von Künstlicher Intelligenz (KI) ausgehenden Herausforderungen zu begegnen, müssen sowohl ethische Rahmen gezogen als auch wirtschaftlich-strukturelle Maßnahmen getroffen werden. Um KI zu entwickeln, die mit unseren ethischen Grundsätzen kompatibel bleiben, können wir nicht auf die Selbstregulierung des Marktes bauen. Das haben Beispiele wie der Missbrauch von Daten durch Cambridge Analytica oder der Umgang großer Technologiekonzerne mit kritischen KI-Expert\*innen gezeigt. Unternehmen haben nicht ausreichend Anreize, um KI zu entwickeln, die sich an die Menschenrechtscharta hält.

Da Künstliche Intelligenz nicht im klassischen Sinne programmiert, sondern auf Basis von Daten für bestimmte Aufgaben trainiert wird, kann die Voreingenommenheit dieser Datengrundlagen (Bias) ein ernstes Problem sein. So können unzureichende Datengrundlagen für maschinelles Lernen und KI marginalisierte Gruppen benachteiligen – gerade in medizinischen Anwendungsfällen kann eine unzureichend trainierte KI zu lebensgefährdenden

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

Schäden führen. In anderen Fällen kann eine nicht hinterfragte Datenbasis existierende Ungerechtigkeiten noch verstärken. Zudem ist fraglich, ob Menschen langfristig überhaupt in der Lage sind, alle Entscheidungen einer KI nachzuvollziehen und damit wirksam kontrollieren zu können. Dies macht KI-Entwicklung anfällig für Missbrauch und somit zu einer Bedrohung unserer Grundrechte, wenn nicht gar einer existenziellen Bedrohung für die Menschheit.

Der starke Leistungszuwachs von KI bringt den europäischen Markt zunehmend in Zugzwang. Wichtige Meilensteine werden zwar in Europa durch Forschung ermöglicht, ihre Umsetzung erfolgt dann aber in China oder in den USA. Dort sind bereits Strukturen entstanden, die infrastrukturell und finanziell besser auf die Bedürfnisse von KI-Entwicklung vorbereitet sind. Die Erfolge ihrer KI-Entwicklung werden nicht ausreichend gesellschaftlich geteilt und offengelegt, so dass die Nutzung nicht allen Menschen zugutekommt. Den Unternehmen und Organisationen in der EU fehlen häufig entsprechende Voraussetzungen, um sich gegenseitig zu vernetzen. Sie können Synergieeffekte nicht nutzen. Die stockende Digitalisierung, z. B. beim Netzausbau, kommt als Hindernis hinzu. Außerdem fehlt ein Zugang zu ausreichend rechenstarken Cloud-Computing-Angeboten, die sich für ambitionierte KI-Entwicklung eignen.

Künstliche Intelligenz ist aus gutem Grund eine der Schlüsseltechnologien des nächsten Jahrhunderts. Dafür soll sich Luxemburg gemeinsam mit Europa schnell und effektiv engagieren. Wir wollen ein Grundverständnis von KI in der Gesellschaft verankern und einem KI-Fachkräftemangel entgegen wirken. KI- und Datenkompetenz (AI/Data Literacy) soll Eingang in die Allgemeinbildung finden. So können Bürger\*innen eine Teilhabe an dieser Technologie erlangen und einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt für diese Technologien erreichen.

### 9.2.1 Regelung und Förderung von KI in Europa

- **Wir sehen öffentlich zugängliche Trainingsdaten als einen wichtigen Katalysator einer neuen europäischen KI-Strategie an.** Diese Strategie muss eine Ethik-Beratung beinhalten, die einem problematischen Umgang mit Daten oder anderen KI-Erzeugnissen vorbeugen soll.



## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

- **Wir wollen die Digitalisierung vorantreiben.** Große Datenmengen bilden die Grundlage von KI-Entwicklung. Damit die europäische Industrie künftig auf möglichst viele Daten aus möglichst vielen Kontexten zugreifen kann, müssen diese Kontexte zunächst digitalisiert werden. Eine digitale und automatische Erzeugung von Daten hat sich trotzdem immer an die geltenden Datenschutzbestimmungen zu halten.
- **Wir wollen KI-Wissen in der Bildung verankern.** KI wird den Alltag von uns allen verändern. Dafür muss in der Gesellschaft ein Mindestmaß an Wissen vorhanden sein, um Sachverhalte richtig einschätzen zu können. Hierzu soll KI-Wissen in Form von Data Literacy etc. bereits Teil der Allgemeinbildung werden. Um für die hochkomplexe Entwicklung von KI vorbereitet zu sein, wollen wir zudem gezielt in Studien- und Ausbildungsangebote investieren, die Interessent\*innen optimal für die Arbeit mit KI ausbilden.
- **Wir setzen uns für mehr Transparenz in der KI-Entwicklung ein.** Wer eine KI in Europa einsetzen möchte, muss nachweisen, dass sie den hiesigen Privatsphäre- und Ethikrichtlinien entspricht. Weiterhin sehen wir den Aufbau einer Auditierungsinstanz zur Überprüfung der Einhaltung dieser Richtlinien, z. B. auf Konformität mit den *UN Sustainable Development Goals*, als entscheidend an.
- **Wir setzen uns für mehr Transparenz beim Einsatz von KI ein.** Von einer KI erstellte Inhalte, wie Nachrichtenartikel oder Beiträge in den sozialen Medien, müssen als solche erkennbar sein.
- **Wir fördern die Gründung eines neuen, europäischen KI-Kompetenzzentrums "Centre for European Research on Artificial Intelligence" (CERAI).** Seine Aufgaben sollen sich von der Erforschung der KI bis hin zur Bereitstellung rechts- und ethikonformer KI-Produkte und Dienstleistungen erstrecken. Unser gefordertes europäisches Forschungs- und Kompetenzzentrum soll effektive Regulierung ermöglichen, ohne die Entwicklung zu verlangsamen. Um eine fruchtbare Arbeitsatmosphäre zu schaffen, die sowohl Forschung als auch agile Arbeitswelten vereint, sollte für die Mitarbeitenden des Zentrums kein Veröffentlichungszwang bestehen und längerfristige Arbeitsverträge die Norm darstellen.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

- **Wir wollen den „Braindrain“ aufhalten.** Das Kompetenzzentrum soll die nationalen Bemühungen bündeln und eine Arbeits- und Forschungs-umgebung bereitstellen, die die Abwanderung von Expert\*innen aus Europa unterbindet.
- **Wir sprechen uns für die gezielte Förderung von Kontroll-KIs aus.** Langfristig kann nur für die Sicherheit der in Europa benutzten KIs gesorgt werden, indem diese wiederum von KI-gestützten Systemen auditiert werden.
- **Wir fördern die KI-Forschung.** Dafür bauen wir Exzellenzcluster aus und verknüpfen sie. Die verschiedenen Forschungszentren Europas sollen durch gemeinsame Projekte und Förderungen stärker zusammenarbeiten.
- **Wir wollen frühzeitig Grenzen für den Einsatz von KI definieren.** Etwa im Hinblick auf die Generierung von Falschinformationen oder die Möglichkeit, ohne menschlichen Einfluss eigenständig Entscheidungen zum Nachteil von Personen zu treffen.
- **Die europäischen Cloud-Kapazitäten sollen für die Forschung geöffnet werden.** Das stellt die nötige Rechenleistung sicher und ermöglicht es, europäische KI-Dienstleistung anzubieten. Diese können gemeinsam mit Partnern wie Gaia-X in ein gesamteuropäisches Ökosystem eingebunden werden.

### 9.2.2 Vorbereitung der Gesellschaft auf strukturelle Veränderungen im Zusammenhang mit KI

**Allerdings löst künstliche Intelligenz bei vielen Menschen Ängste auch aus. Diese Ängste müssen ernst genommen und angegangen werden.** Andernfalls könnte die weit verbreitete Angst einen notwendigen Wandel verlangsamen und Populist\*innen könnten die Angst nutzen, um mit falschen Versprechungen und einfachen Lösungen Zwietracht zu säen. Diese Angst manifestiert sich auf dem Arbeitsmarkt in Form einer weit verbreiteten Furcht vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und der Qualität der Arbeitsplätze, obwohl die Vorhersagen über die tatsächlichen Auswirkungen der künstlichen Intelligenz sehr unterschiedlich sind.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### **Volt schlägt einen dreigleisigen Ansatz vor: sichern – vorbereiten – schaffen.**

- **Den Lebensunterhalt im Falle eines Arbeitsplatzverlustes sichern.**  
Es sollte ein EU-weiter Standard für garantierte Mindesteinkommen (GME) festgelegt werden, zunächst mit dem bescheidenen Ziel, sich einer Mindestarmutsgrenze von 40% des entsprechenden nationalen Medianeinkommens („extreme Armut“) anzunähern. Um einen fairen und breiten Zugang zum GME zu gewährleisten, sollte die soziale Absicherung auf diejenigen ausgeweitet werden, die außerhalb des traditionellen formellen Beschäftigungssektors arbeiten, wie z. B. Plattformarbeiter\*innen, Freiberufler\*in, Selbstständige und andere Formen flexibler Arbeitsverhältnisse.
- **Vorbereitungen auf ein sich veränderndes Arbeitsumfeld.** Anstatt zu warten, bis Arbeitsplätze verloren gehen, ist es notwendig, **von einer Arbeitslosen- zu einer Beschäftigungsversicherung** überzugehen, wobei der Schwerpunkt auf präventiven Programmen zum Erhalt der lebenslangen Beschäftigungsfähigkeit liegen sollte. Dazu gehört **die Einrichtung eines „Volt-Programms“** für lebenslanges Lernen. Das Volt-Programm würde zu einem Dach für europaweite Initiativen zur Vorbereitung der europäischen Arbeitnehmer\*innen auf die Zukunft der Arbeit werden. Es würde subventionierte Ausbildungsprogramme für neue Werkzeuge und Technologien sowie Berufsberatung umfassen. Es würde sich an Arbeitnehmer\*innen richten, die bereits vom technologischen Wandel an ihrem Arbeitsplatz betroffen sind oder bei denen die Gefahr besteht, dass sie in naher Zukunft vom technologischen Wandel an ihrem Arbeitsplatz betroffen sein werden. Vorrang hätten Menschen, die nicht über die wirtschaftlichen Mittel für Bildung und Ausbildung verfügen. Die Ausbildungsmaßnahmen sollten von anerkannten Ausbildungs- und Hochschuleinrichtungen akkreditiert werden, und die Teilnehmer\*innen würden europaweit anerkannte Zertifizierungen erhalten.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### > **Die Zukunft der Arbeit mitgestalten. Wir wollen einen öffentlichen Konsultationsprozess zum Thema „Arbeit 4.0“** auf europäischer Ebene initiieren, um den

Best Practice  
aus Deutschland  
& Dänemark

Wandel der grundlegenden Werte in Bezug auf Arbeit in ganz Europa zu untersuchen und die Politikgestaltung auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten zu unterstützen. Dieser Prozess kann auf praktische Erfahrungen aus dem deutschen Multi-Stakeholder-Prozess „Arbeit 4.0“<sup>39</sup> und aus dem dänischen „Flexicurity“-Modell<sup>40</sup> zurückgreifen, das großzügige öffentliche und soziale Leistungen mit flexiblen Arbeitsmärkten kombiniert. Volt ist der Ansicht, dass zwei Aspekte besondere Aufmerksamkeit verdienen:

- o **Entwicklung eines Wahlarbeitszeitgesetzes**<sup>41</sup> auf europäischer Ebene, das den Arbeitnehmer\*innen mehr Zeitsouveränität einräumt und Regeln für die Aushandlung von Arbeitsregelungen enthält, die den Flexibilitätsanforderungen von Arbeitnehmer\*innen und Unternehmen gerecht werden. Besonderes Augenmerk sollte auf die wachsende Zahl von Selbstständigen, Start-ups und Crowd-Workern gelegt werden, die bisher weder politisch gut vertreten noch kollektiv organisiert sind und daher in der Regel weniger Verhandlungsmacht haben.
- o **Durchführung groß angelegter Pilotprogramme für ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE).** Die Aussicht, dass KI-bezogene Technologien die Gesamtnachfrage nach menschlicher Arbeitskraft verringern und die strukturelle Arbeitslosigkeit erhöhen könnten, erfordert ein neues Konzept des Sozialschutzes, das von der traditionellen Beschäftigung abgekoppelt ist. Vor allem Routinearbeiten werden automatisiert werden, was bedeutet, dass immer weniger Menschen für diese Arbeit benötigt werden. Diese Entwicklung wird neue Arbeitsplätze schaffen, aber wie viele davon und wie viele Menschen können umgeschult werden?

<sup>39</sup> BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales (November 2016): Weißbuch Arbeiten 4.0. A883. Verfügbar auf: <https://www.bmas.de/DE/Service/Publikationen/Broschueren/a883-weissbuch.html>

<sup>40</sup> Auf der Seite der dänische Agentur für Arbeitsmarkt und Personalbeschaffung: <https://star.dk/en/about-the-danish-agency-for-labour-market-and-recruitment/flexicurity/>

<sup>41</sup> DJB – Deutscher Juristinnenbund, *Konzeption eines Wahlarbeitszeitgesetzes*, verfügbar auf: <https://www.djb.de/netzwerke-und-projekte/konzeption-eines-wahlarbeitszeitgesetzes>

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

- o Volt ist daher der Ansicht, dass wir die Arbeit anders betrachten müssen. **Unbezahlte Freiwilligenarbeit**, wie Pflege oder Arbeit für zivilgesellschaftliche Organisationen, ist für unsere Gesellschaft nicht weniger wertvoll als bezahlte Arbeit. Ein **Grundeinkommen** kann eine Möglichkeit sein, den Beitrag der Menschen zur Gesellschaft neu zu bewerten. Es ist ein finanzielles Minimum, das jedem garantiert werden kann. Es kann ein wirksameres Instrument zur Bekämpfung der Armut sein als das derzeitige System der Sozialleistungen.
- o Deshalb steht Volt einem **universellen und bedingungslosen Grundeinkommen** positiv gegenüber: ein monatlicher Betrag, der das Existenzminimum garantiert, ohne dass man eine bezahlte Arbeit finden muss.
- o Bevor wir diesen großen Schritt wagen können, müssen wir die finanzielle Machbarkeit und alle möglichen Konsequenzen prüfen und bewerten. Pilotprogramme sollten einen angemessenen Umfang haben (z. B. mehr als 10'000 Teilnehmer, mehr als fünf Jahre, in verschiedenen Umfeldern und Ländern) und mit einer strengen Überwachung der Ergebnisse einhergehen. Das Gesamtprogramm sollte auf EU-Ebene gesteuert und von den Mitgliedstaaten durchgeführt werden, wobei die EU die laufende und konsequente Bewertung der Ergebnisse finanziert. Zu den wichtigsten Fragen, die die Programme beleuchten müssen, gehören: Kann das BGE die traditionellen Sozialsysteme wirksam ersetzen? Was sind die Kosten? Wie wird das BGE finanziert? Welche Auswirkungen hat es auf die Arbeitseinstellung? Welche Auswirkungen hat es auf das Selbstwertgefühl der Menschen?

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 9.3 Kernenergie

Die Kernenergie ist seit jeher umstritten. Volt hält es daher für wichtig, seine Position zu diesem Thema zu verdeutlichen und einen klaren Standpunkt einzunehmen.

#### 9.3.1 Förderung von Kernenergie und deren Forschung (mit Einschränkungen)

Volt ist sich der ungelösten Risiken bewusst, die mit der Kernenergie verbunden sind, wie z.B. nukleare Abfälle, Verbreitung von Nuklearmaterial und seltene katastrophale Reaktorunfälle. Dies alles können triftige Gründe sein, die Kernenergie nicht zu unterstützen.

Doch selbst wenn die Kernenergie in ihrer derzeitigen Form mit der Vision einer wirklich nachhaltigen Welt unvereinbar ist, ist **Volt der Ansicht, dass eine rasche, groß angelegte CO<sub>2</sub>-Reduzierung in Anbetracht der derzeitigen globalen Klimakrise dringender ist.** Dies ist auch ein moralisches Gebot, denn der Klimawandel wird diejenigen unverhältnismäßig stark treffen, die sich am wenigsten darauf vorbereiten können.

Es besteht kein Zweifel, dass die Kernenergie eine sehr kohlenstoffarme Stromquelle ist und aus vielen Gründen nützlich sein kann:

- Erstens ist die Kernenergie, wie bereits erwähnt, eine wesentliche kohlenstoffarme Energiequelle im europäischen Energiemix. Sie emittiert 273 Mal weniger Treibhausgase als Kohle und 163 Mal weniger als Gas. Vor allem aber zeigen die IPCC-Berichte, dass die Kernenergie auf den meisten Wegen genutzt wird, die mit dem Ziel der Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5°C<sup>42</sup> vereinbar sind. Der IPCC bezieht sich unter anderem auf eine von 22 Wissenschaftlern durchgeführte Studie, die besagt, dass „a rapid development of nuclear energy production [...] limits the Global Mean Surface Temperature (GMST) increase to 1.5°C.“<sup>43</sup>

<sup>42</sup> Das IPCC Kapitel zu genau diesem Thema findet man hier: [https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2022/06/SR15\\_Chapter\\_2\\_LR.pdf](https://www.ipcc.ch/site/assets/uploads/sites/2/2022/06/SR15_Chapter_2_LR.pdf)

<sup>43</sup> Berger, A. et al., 2017: <https://dx.doi.org/10.1504/ijgei.2017.086622>

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

- Außerdem sind wir der festen Überzeugung, dass die Kernenergie durch Forschung und Innovation das Potenzial hat, sich zu einer absolut nachhaltigen Energiequelle zu entwickeln. Wir wollen sicherstellen, dass die entsprechenden Forschungsanstrengungen gut finanziert werden, insbesondere angesichts der globalen Verantwortung der EU, zu einer sicheren und effektiven globalen Dekarbonisierung beizutragen.
- Darüber hinaus fordert Volt, das Gesamtbild zu betrachten. Die Länder sollten nicht nur den Bedarf an Kernenergie in ihrem Land berücksichtigen, sondern auch jenseits ihrer eigenen Grenzen. In der Tat sind zahlreiche Länder in Europa immer noch stark von der Kohleindustrie abhängig, insbesondere im Osten.<sup>44</sup> Das gilt aber auch für westeuropäische Länder wie Deutschland.<sup>45</sup> Der einzige Unterschied besteht darin, dass Deutschland bei der Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien viel weiter fortgeschritten ist und daher stärker auf sie zurückgreifen kann.<sup>46</sup> Und genau da liegt das Problem. Deutschland kann es sich nämlich trotz seiner starken Abhängigkeit von der Kohle leisten, sich der Kernenergie zu widersetzen, weil es bereits über bedeutende erneuerbare Energieressourcen verfügt. Dies gilt jedoch nicht für Länder wie Polen oder die Tschechische Republik, die nicht direkt von der Kohleenergie auf erneuerbare Energien umsteigen können, zumindest nicht in den nächsten Jahren. Gerade in diesen Ländern sollte die Kernenergie nicht als Hindernis für die erneuerbaren Energien gesehen werden, sondern vielmehr als deren Unterstützung. Um dieses ideologische Problem zu lösen, muss Europa zusammenstehen, und auch Luxemburg muss sich dafür einsetzen, dass die Kernenergie wieder als grüne Energie betrachtet wird.
- Neben der derzeit genutzten Kernenergie, die auf der Kernspaltung basiert, unterstützt Volt weiterhin die Bemühungen der EU, die Kernfusion als bessere, effizientere und umweltfreundlichere Energiequelle durch Forschung zu fördern. Die jüngsten Entdeckungen und Experimente<sup>47</sup> sind ermutigend, und Volt unterstützt die Forschung in dieser Richtung voll und ganz.

<sup>44</sup> In Polen beispielsweise lag der Anteil der in Kohlekraftwerken erzeugten Elektrizität im Oktober 2021 bei 73,2%, in Bulgarien bei 60,76% und in der Tschechischen Republik bei 40,48%.

<sup>45</sup> Im Oktober 2021 wurden noch 30% des Stroms in Kohlekraftwerken erzeugt.

<sup>46</sup> Im Oktober 2021 stammten 35,57% des erzeugten Stroms auch aus Sonnen- und Windenergie.

<sup>47</sup> <https://edition.cnn.com/2022/02/09/uk/nuclear-fusion-climate-energy-scn-intl/index.html>

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

► Schließlich würde die Kernenergie auch eine Verringerung unserer Erdgasimporte<sup>48</sup> ermöglichen, was aus zwei Hauptgründen wichtig ist:

1. Erdgas ist wesentlich umweltschädlicher<sup>49</sup> und gleichzeitig wesentlich tödlicher<sup>50</sup>.
2. Es würde unsere enorme Abhängigkeit von außereuropäischen Gasimporten verringern. Tatsächlich sind die 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union derzeit für fast 41% ihrer Erdgaseinfuhren von Russland abhängig. Dies dürfte sich noch verstärken, wenn man das Ziel der EU, ihren Kohleverbrauch zu senken, die Erschöpfung der nationalen Gasquellen und schließlich die Zurückhaltung einiger Länder gegenüber der Kernenergie berücksichtigt. Die Abhängigkeit von Russland wird in den nächsten zwei Jahrzehnten 50-60% aller Gasimporte ausmachen, wenn keine andere Energiepolitik betrieben wird.

Die Gefahren dieser Abhängigkeit sind mannigfaltig:

- Die EU und Europa insgesamt werden sich gegenüber Russland in einer wirtschaftlichen Zwickmühle befinden. Der russische Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen für Europa haben uns gezeigt, dass dies sehr gefährlich sein kann.
- Die Vorherrschaft auf dem europäischen Markt ist ein klares und kalkuliertes Ziel, das eine unzuverlässige russische Regierung seit einigen Jahren anstrebt. Diese russische Vorherrschaft auf dem europäischen Erdgasmarkt würde dem Kreml eine unglaubliche Macht in den Beziehungen zu seinen europäischen Nachbarn verleihen.
- Die Abhängigkeit Europas von Russland beim Erdgas beeinträchtigt bereits jetzt die Handlungsfreiheit einiger europäischer Staaten und wird die europäische Souveränität zunehmend aushöhlen.

<sup>48</sup> Man muss dazu anmerken, dass in Kernkraftwerken Strom erzeugt wird, während in Häusern im Wesentlichen Erdgas zum Heizen verwendet wird (es wird verbrannt und erwärmt das Heizungswasser, das dann durch die Leitungen und Heizkörper fließt). Um die Kernenergie langfristig in großem Umfang als Gasalternative nutzen zu können, müssen mehr Wärmepumpen in den Häusern als Heizsysteme installiert werden.

<sup>49</sup> <https://climate.selectra.com/fr/empreinte-carbone/energie>

<sup>50</sup> <https://ourworldindata.org/safest-sources-of-energy>



## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

- o Ein Land wie Luxemburg, das derzeit wie andere EU-Staaten ein Drittel seiner Gasimporte aus Russland bezieht, kann es sich nicht leisten, sich unter die Fittiche einer Pseudo-Demokratie zu begeben, die die Menschenrechte unzählige Male mit Füßen getreten hat und deren Führer einen scheinbar endlosen Machthunger hat.

Wir sehen, dass die Kernenergie nicht nur eine klimatische, sondern auch eine geopolitische Frage ist, die auf die Erhaltung der Souveränität Europas abzielt! Volt ist der Ansicht, dass die europäische Energieunabhängigkeit ein wesentlicher Punkt für die Zukunft ist. Daher wird die Kernenergie<sup>51</sup> in den kommenden Jahrzehnten unweigerlich ein wichtiger Bestandteil des europäischen Energiemixes bleiben. Sobald die Kernenergie als Teil unseres zukünftigen europäischen Energiemixes akzeptiert wird, ist es zwingend notwendig, Investitionen in die Kernenergieinfrastruktur aus Gründen der Effizienz, Sicherheit und Innovation zu unterstützen.

### 9.3.2 Die Wichtigkeit eines Endlagers

Nicht zuletzt muss Luxemburg und die gesamte EU auch endlich über Endlager für Atommüll nachdenken, denn selbst wenn Atomenergie nicht weiter gefördert wird, so brauchen wir dennoch Endlager, die in ihrer Kapazität und Belastungsfähigkeit besser geeignet sind, als die temporären Lager, die Deutschland z.B. nutzt, da man sich nicht auf ein Endlager einigen kann.

Als Vorbild dient hier Finnland, die nun 2022 das erste europäische Endlager für Atommüll gebaut haben, indem der Müll über 100'000 Jahre gelagert werden kann.<sup>52</sup> Luxemburg hätte ein ökonomisches Interesse daran, den Atommüll anderer Länder in einem Endlager zu lagern.

Best Practice  
aus Finnland

<sup>51</sup> Wir sind uns bewusst, dass Gas ebenso wie Kernenergie für den Übergang zu grüner Energie nützlich sein kann. Wir sind jedoch der Meinung, dass die Kernenergie Vorrang haben sollte, weil sie sauberer ist und der Aufrechterhaltung unserer europäischen Souveränität eher förderlich ist.

<sup>52</sup> <https://www.science.org/content/article/finland-built-tomb-store-nuclear-waste-can-it-survive-100000-years>

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN



©Tristan Schmurr, 2021; CC BY 2.0

### 10 DAS KLIMA SCHÜTZEN

Wir wollen eine vollständige Umstellung auf Klimaneutralität! Die Klimakrise ist ein Gerechtigkeitsproblem innerhalb und zwischen den Gesellschaften sowie zwischen den Generationen. Einige wenige sind für den Großteil der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Gleichzeitig werden diejenigen, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, am meisten darunter leiden. Die Klimakrise ist das prominenteste Beispiel dafür, wie unsere Lebensweise die planetarischen Grenzen der Erde zu überschreiten droht. Die Herausforderungen könnten nicht größer sein. Das globale CO<sub>2</sub>-Budget zur Begrenzung der Erderwärmung auf maximal 1,5 °C wird in viereinhalb Jahren erschöpft sein. Das Erreichen der Ziele des Pariser Abkommens rückt in weite Ferne. Aber wir stellen uns dieser Aufgabe! Mit einem Anti-Abfall-Gesetz, das bestenfalls für ganz Europa gilt, fordern wir eine Kreislaufwirtschaft. Auch die sanfte Mobilität wird ein wichtiger Schritt sein, um den Klimawandel bereits auf lokaler Ebene anzugehen.

Wir sind überzeugt, dass nur ein neuer, ganzheitlicher Ansatz den Dreiklang aus Klimawandel, wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit möglich macht. Das ist es, was wir mit der Umstellung auf Klimaneutralität meinen.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 10.1 Klimadiplomatie: Europäische Maßnahmen gegen den Klimawandel

Der Erfolg unserer Anstrengungen gegen die Klimakrise und ihre Folgen hängt maßgeblich von internationaler Zusammenarbeit ab. Das zeigt sich eindrücklich in der Klima-Rahmenkonvention der Vereinten Nationen und dem Pariser Abkommen. Diesen Grundpfeilern der internationalen Klimapolitik steht der Energiecharta-Vertrag, engl. *Energy Charter Treaty* (ECT), von 1994 entgegen. Der ECT war ursprünglich dafür gedacht, internationale Zusammenarbeit im Energiesektor zu fördern, kann heute jedoch dafür missbraucht werden, die Energiewende durch Investitionsschiedsverfahren hinauszuzögern. Bisherige Versuche, den ECT zu reformieren, sind daran gescheitert, dass Änderungen von allen Mitgliedstaaten einstimmig getroffen werden müssen. Selbst wenn ein Staat aus dem ECT austritt, bleibt ihm gegenüber die Klagemöglichkeit wegen der sogenannten Sunset-Klausel für weitere 20 Jahre bestehen.

Auch Klima- und Sicherheitspolitik sind stark miteinander verwoben. Der Klimawandel wirkt aufgrund zunehmender Wasserknappheit, Dürren und Starkwetterereignissen als Katalysator regionaler Konflikte. Viele Millionen Menschen werden sich in den kommenden Jahren auf die Flucht vor diesen Konflikten und den direkten Folgen der Klimakrise begeben. Dadurch besteht die Gefahr, dass ganze Regionen weiter destabilisiert werden und auch die Zielländer vor große Herausforderungen gestellt werden.

**Klimadiplomatie wird eines der zentralen außenpolitischen Werkzeuge Luxemburgs und der EU.** Wir übernehmen Verantwortung für globalen Klimaschutz – indem wir weltweit für ambitionierte Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimaanpassung mobilisieren. So stärken wir zudem die Anpassungsfähigkeit der bereits heute besonders vom Klimawandel Betroffenen.

Luxemburg und die EU sollen dafür ihre Handelsmacht, ihr Ansehen und ihre technologischen sowie finanziellen Möglichkeiten nutzen, um die weltweite Transformation zur Klimaneutralität zu beschleunigen

- **Wir setzen uns dafür ein, eine europäische Klimadiplomatiegruppe zu schaffen.** Diese wird die klimadiplomatischen Anstrengungen der EU stärken und soll durch die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Generaldirektion Klima gestützt werden.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

- **Wir streben einen gemeinsamen Austritt aller europäischen Länder aus dem Energiecharta-Vertrag an.** Zeitgleich soll ein sog. Inter-Se-Abkommen zur Neutralisierung der Folgen geschlossen werden. Diesem Abkommen sollen sich auch Länder außerhalb der EU anschließen, wofür sich die europäische Klimadiplomatie-Gruppe stark macht.
- **Gemeinsam mit der EU setzen wir uns für den Aufbau eines internationalen Gremiums zu Geoengineering unter Aufsicht der Vereinten Nationen ein.** Dieses Gremium soll einen potenziell gefährlichen und unethischen Einsatz von Geoengineering verhindern. Dafür stellt es sicher, dass die Oxford-Prinzipien zu Geoengineering befolgt werden. Geoengineering wird nicht Teil der Strategie zum Einhalten der Klimaziele – es bleibt die letzte Reserve und wird stets auf internationaler Ebene abgestimmt.
- **Wir untermauern den Schutz und die Wiederaufforstung tropischer und nicht-tropischer Wälder mit einer effektiven Überwachung und Regulierung.** Wir wollen dafür sorgen, dass die Kapazitäten für die Kontrolle der Biodiversitätsergebnisse steigen, indem wir z. B. innovative Finanzierungsmodelle ermöglichen. Agroforstliche und agrarökologische Produktionsmethoden machen weitere Entwaldung überflüssig. Förderprogramme im Rahmen des Pariser Abkommens, wie das „REDD+“-Programm, möchten wir stärken.
- **Verbindung der europäischen Energienetze.** Der groß angelegte Einsatz erneuerbarer Energien macht es erforderlich, die nationalen Energienetze in Europa miteinander zu verbinden. Da Energie an vielen Orten in Europa erzeugt wird und in einigen Gebieten effizienter erzeugt werden kann als in anderen, wollen wir, dass alle diese Stromnetze intelligent miteinander kommunizieren. Auf diese Weise kann ein Energieüberschuss in einem Mitgliedstaat einem anderen Mitgliedstaat zur Verfügung gestellt werden. Auf diese Weise können wir die lokalen Rohstoffe und Energieerzeugungsmöglichkeiten effizient nutzen.
- **Vernetzung der europäischen Naturschutzgebiete.** Die Erhaltung der biologischen Vielfalt in der Natur ist ein immer dringlicheres Thema. Der Mensch zerstört dieses System immer mehr und macht es homogener, indem er zum Beispiel Wälder abholzt und die Meere fischfrei macht. Es ist an der Zeit, dass wir zur Stärkung der biologischen Vielfalt in der Natur

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

beitragen. Dies können wir erreichen, indem wir alle Natura-2000-Gebiete in Europa miteinander verbinden, einschließlich der Gebiete im Meer. Die Gesamtfläche der geschützten Natur wird bis 2030 auf 30% ansteigen. Dadurch wird die biologische Vielfalt gestärkt und mehr Raum für Erholung und naturverträgliche Landwirtschaft geschaffen.

### 10.2 Konsequente Klimapolitik mit Weitblick

#### 10.2.1 Besteuerung von CO<sub>2</sub>-Äquivalenten

Der Klimaschutz ist unsere vordringlichste Aufgabe. Volt fordert deshalb eine Verteuerung der Treibhausgasemissionen. Je mehr CO<sub>2</sub>-Äquivalente in die Atmosphäre abgegeben werden, desto mehr Kosten entstehen – vor allem für künftige Generationen. Später notwendige Klimaanpassungsmaßnahmen übersteigen die Kosten einer Transformation zu einer klimaneutralen Gesellschaft heute deutlich. Volt will deshalb so schnell wie möglich zu einem stetig steigenden EU-weiten Mindestpreis pro Tonne CO<sub>2</sub> für das EU-Emissionshandelssystem (EU ETS) kommen. Das EU ETS sollte möglichst viele Lebensbereiche abdecken, insbesondere Gebäude, Verkehr und Landwirtschaft.

- Aktuelle wissenschaftliche Studien zeigen, dass die **effektive Ausgestaltung des EU-ETS möglich**, aber sehr anspruchsvoll und entsprechend zeitaufwendig ist. Kurzfristig will Volt daher einen nationalen CO<sub>2</sub>-Preis in Form einer Steuer oder Abgabe auf die Produktion und den Konsum von CO<sub>2</sub>-intensiven Produkten und Dienstleistungen einführen. Sobald ein wirksames EU-ETS ausgearbeitet ist, wird die kurzfristige Preisgestaltung in das EU-ETS überführt.
- **Ein vorhersehbarer Preis schafft Planungssicherheit für Investoren.** Ein höherer Preis stärkt den Anreiz, in saubere Technologien zu investieren. Entsprechend den Kosten, die durch den Ausstoß einer Tonne CO<sub>2</sub> entstehen, plädiert Volt für einen stetig steigenden CO<sub>2</sub>-Preis im EU-ETS und der nationalen Preisgestaltung. Nach aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen sollte mittelfristig ein Preis von 205 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> angestrebt werden. Volt will einkommensschwache Haushalte dabei unterstützen, steigende Lebenshaltungskosten aufzufangen.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

- Für eine faire Transformation **sollten die Einnahmen aus dem CO<sub>2</sub>-Preis zu gleichen Teilen für direkte Rückzahlungen an die Bürger\*innen, für Subventionen in klimafreundliche Technologien und Produkte sowie für Investitionen in Forschung und Entwicklung und Infrastrukturmaßnahmen verwendet werden.** So beschleunigen wir die Transformation, unterstützen Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen und mildern soziale Verwerfungen.
- **Klimaschädliche Subventionen sollten in klimafreundliche Subventionen umgewandelt werden und klimafreundliche Anreize schaffen.** Wenn dies nicht möglich ist, sollten sie so schnell wie möglich abgeschafft werden. Ziel von Volt ist es, fossile Brennstoffe im Boden zu halten.
- **Im Finanzsektor müssen wirksame Anreize geschaffen werden,** um Investitionen in fossile Brennstoffe und andere umweltschädliche Aktivitäten unattraktiv zu machen und bestehende Investitionen zurückzuziehen (Desinvestition).

### 10.2.2 Energiewende: Erneuerbare Energien sind die einzig sinnvolle Option

**Volt strebt eine gesamteuropäische Energiestrategie an, die der CO<sub>2</sub>-Neutralität Vorrang einräumt.** Auf nationaler und lokaler Ebene wird diese Strategie an die jeweiligen Bedürfnisse und Gegebenheiten angepasst.

Wir stehen vor der Herausforderung eines ständig steigenden Energiebedarfs. Volt sieht die Notwendigkeit, das Energiesystem effizienter zu gestalten und ist bestrebt, die Nachfrage nach Rohstoffen und Energie zu dämpfen. Zudem muss verhindert werden, dass Effizienzgewinne und damit verbundene Kosteneinsparungen den Verbrauch erhöhen („Rebound-Effekte“). Volt ist sich der besonderen Bedeutung der Energiewende im Zusammenhang mit der Mobilitätswende und der Nutzung von Wärme in Industrie und Gebäuden bewusst. Nur regenerativ erzeugter Strom und Wärme bilden die Grundlage für nachhaltigen Verkehr, emissionsarmes Heizen und Wirtschaften.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

- Volt will **das System der Gebühren, Steuern und Umlagen im Strombereich harmonisieren und vereinfachen**. Bestehende Verzerrungen im Strommarkt sollen so weit wie möglich beseitigt werden, sofern dies nicht mit anderen wichtigen Zielen kollidiert. Dies ist u.a. auch wichtig, um Flexibilitätpotenziale (z.B. Nachfragemanagement) besser nutzen zu können. Die sogenannte Sektorkopplung (Integration der Energieströme in Strom, Wärme, Energie und Verkehr) muss auch durch die Preissignale auf den Märkten unterstützt und gestärkt werden.
- Die **Subventionierung fossiler Energieträger** ist ein wesentliches **Hindernis** für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. **Volt spricht sich daher klar dagegen aus**. Das freiwerdende Geld könnte für die Förderung erneuerbarer Energien oder zur Senkung der Stromkosten verwendet werden oder den Bürgern auf andere Weise zugutekommen. Auch Zugeständnisse bei den Energiepreisen für Unternehmen sollten so weit wie möglich vermieden werden. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit kann auch durch positive Anreize, wie eine CO<sub>2</sub>-Importsteuer, unterstützt werden. Ohne Zugeständnisse werden alle, Verbraucher und Industrie, gleichermaßen an den Kosten der Energiewende beteiligt, und es wird größere Anreize für Energieeffizienz im Bereich der stromintensiven Industrie geben.
- Die Ausbaukorridore für Wind- und Solarenergie sind derzeit nicht ambitioniert genug, um das Pariser Abkommen zu erfüllen. Volt fordert eine Anhebung der Ziele im Sinne des Pariser Abkommens. Darüber hinaus sollte die Nutzung der Geothermie als residuale und grundlastfähige erneuerbare Energieform insbesondere für die Wärmewende in Betracht gezogen werden.
- Die Bürger\*innen stehen dem **Ausbau der Photovoltaik** sehr positiv gegenüber. Deshalb ist die Solarenergie eine der Technologien, mit der die Energiewende mit dem geringsten Widerstand umgesetzt werden kann. Aus diesem Grund sollte es möglichst wenig gesetzliche Beschränkungen für den Ausbau von PV-Anlagen geben. Darüber hinaus möchte Volt durch den Abbau von Hemmnissen für private PV-Anlagenbetreiber Anreize für den Ausbau privater PV-Anlagen zur Eigennutzung sowie zur lokalen und regionalen Nutzung (z.B. im Verkehr) schaffen. Auch die Vereinfachung des Steuerrechts für private PV-Anlagen fördert den Ausbau.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

- Um den **Ausbau der Windenergie** zu beschleunigen, müssen bestehende Hindernisse (z.B. Abstandsregelungen und Ökobilanz) analysiert und nachhaltige Lösungen gesucht werden. Pauschale Abstandsregelungen verhindern den notwendigen verstärkten Ausbau der Windenergie; Volt schlägt daher als Kompromisslösung eine Abstandsregelung in Abhängigkeit von der Himmelsrichtung (durch Verschattung, bevorzugte Windrichtung) vor, die den örtlichen Gegebenheiten Rechnung trägt, aber den Ausbau der Windenergie nicht unterschiedslos behindert. Auch ein Ausschreibungssystem für die Vergütung von Windstrom sollte so gestaltet sein, dass es den Ausbau der Windenergie nicht hemmt, sondern fördert und vor allem das Wachstum von Bürgerwindanlagen begünstigt. Um die Akzeptanz von Windkraftanlagen und der Energiewende in der Bevölkerung zu erhöhen, schlägt Volt vor, die Bürger\*innen stärker an den Erneuerbare-Energien-Projekten in ihrer Nachbarschaft teilhaben zu lassen. Dies erfordert neue Rahmenbedingungen für Bürgerenergie und eine stärkere Beteiligung der Bürger\*innen an den Planungs- und Genehmigungsverfahren von Windkraftanlagen.
- Um eine echte Nachhaltigkeit von Photovoltaik- und Windkraftanlagen zu gewährleisten, verlangt Volt, dass sie **am Ende ihrer Nutzungsdauer umweltgerecht** entsorgt werden.
- Für die Stromerzeugung aus überwiegend variablen erneuerbaren Quellen muss das luxemburgische Stromnetz stärker dezentralisiert werden. Dabei sind drei Dinge zu beachten: Die Einspeisung aus vielen kleineren Quellen muss gewährleistet sein, die Verteilung in wechselnde Richtungen sowie die Übertragung der Windenergie von Norden nach Süden muss optimiert werden. Die Digitalisierung des Stromnetzes und der rasche Übergang zu intelligenten Stromnetzen („Smart Grids“) ist dafür ein wichtiger Baustein. Dabei will Volt insbesondere die Widerstandsfähigkeit des Netzes gegen Cyber-Angriffe sicherstellen. In Gemeinden, in denen das Netz ausgebaut wird, sollen Lösungen gemeinsam mit den Bürgern erarbeitet werden: die Energiewende als Bürgerprojekt.
- Ziel ist es, die Gemeinden in die Lage zu versetzen, ihren Energiebedarf vor Ort aus nachhaltigen Energiequellen mit kleineren, regionalen Projekten zu decken. Dementsprechend ist eine Abkehr von der Idee der



## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

„Grundlast“ („base load“) notwendig; vielmehr sollte es um eine Grundversorgung und die Residuallast (also die Last, die zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht durch Wind und Sonne gedeckt werden kann) gehen. Stromerzeugung, -speicherung und -verbrauch müssen in Zukunft flexibler gesteuert werden, wobei „Smart Grids“ eine große Rolle spielen, da sie ein flexibles Zu- und Abschalten von Speichern und Biogasanlagen in Zeiten schwankender Stromproduktion aus Wind und Sonne ermöglichen.

- Da Strom aus Sonne und Wind tages- und jahreszeitlichen Schwankungen unterworfen ist, spielt die Energiespeicherung eine wichtige Rolle. Volt will die Erforschung und den Einsatz von nachhaltigen Speichermedien und Umwandlungstechnologien vorantreiben. Dazu gehört zum Beispiel die Erforschung und Herstellung von flüssigen und gasförmigen Energieträgern aus CO<sub>2</sub>, Wasserstoff<sup>53</sup> und überschüssigem, regenerativ erzeugtem Strom sowie deren Speicherung. Solche synthetischen Kraftstoffe stellen eine klimaneutrale Alternative im Verkehr oder bei der Stromerzeugung dar, d.h. sie können in den verschiedensten Bereichen eingesetzt werden („Multi-Use-Ansätze“). Die Möglichkeit, Strom flexibel und dezentral zu speichern, kann helfen, Produktionsspitzen und -minima abzufedern. Volt unterstützt auch hier die Erforschung und Umsetzung der Sektorkopplung. Grundsätzlich ist es dann auch sinnvoll, Flexibilitätsoptionen, wie z.B. ein intelligentes Lastmanagement, zu fördern. Dies kann dazu beitragen, den Speicherbedarf und damit die Kosten zu reduzieren. Auch Elektroautos sollten nach Möglichkeit in das Lastmanagement des Stromnetzes einbezogen werden. Volt will hier einen einheitlichen Rechtsrahmen schaffen und gemeinsam mit Experten Schnittstellen und Spezifikationen für Elektroautos definieren.
- Volt spricht sich dafür aus, die Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen zu erleichtern. Insbesondere sollten die Antragsverfahren für Maßnahmen, die einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Energieeffizienz bzw. zur Energiewende leisten, deutlich vereinfacht werden. Fördermaßnahmen sollten laufend auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft und, falls kontraproduktiv, so rasch wie möglich abgeschafft werden.

<sup>53</sup> Wenn Luxemburg als erstes Land diese Technologie entwickelt, würden wir einen Vorsprung gewinnen und könnten das Wissen in Zukunft verkaufen. Dies könnte einen enormen positiven wirtschaftlichen Effekt für die luxemburgische Industrie haben.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 10.3 Klimaanpassung durch negative Emissionen und CO<sub>2</sub>-Bepreisung

Ambitionierte Klimaschutzziele wie das 1,5°C-Ziel machen es erforderlich, CO<sub>2</sub> aktiv aus der Atmosphäre zu entziehen. Das bezeichnet man als negative Emissionen. Der Weltklimarat (IPCC) hebt die Bedeutung der negativen Emissionen in seinem 1,5°C-Bericht hervor: Die CO<sub>2</sub>-Abscheidung ist in allen untersuchten Pfaden zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 °C notwendig. Auf der einen Seite neutralisiert das Emissionen aus Sektoren, für die Minderungsmaßnahmen nicht ausreichen. Zum anderen bringen die negativen Emissionen die globale Erwärmung nach einem zeitweiligen Überschreiten wieder auf 1,5 °C zurück. Dabei gilt: Je früher wir Netto-Null erreichen, desto weniger sind wir auf negative Emissionen angewiesen. Und desto geringer ist die Gefahr, dass klimatische Kipppunkte im Erdsystem erreicht werden.

Wälder und Moore sind große, natürliche CO<sub>2</sub>-Speicher. Die Eingriffe des Menschen und die ersten klimatischen Veränderungen setzen diesen Ökosystemen zu. Wenn die Ökosysteme ihre CO<sub>2</sub>-Speicherfähigkeit verlieren, müssen wir verstärkt auf technische Verfahren und Hybridlösungen zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung setzen. Diese sind unter dem Sammelbegriff des „Carbon Capture and Storage“ (CCS), zu Deutsch Kohlenstoffabscheidung und -speicherung, zusammengefasst. Eines der in Modellen meistdiskutierten technischen Verfahren ist die Direktentnahme von CO<sub>2</sub> aus der Luft (Direct Air Capture, DAC) mit anschließender Speicherung des Kohlenstoffs. Hybridlösungen können natürliche Prozesse und technische Verfahren auf intelligente Weise miteinander verknüpfen. Dazu zählen insbesondere Verfahren, die Bioenergie mit Kohlenstoffentnahme und -speicherung kombinieren (BECCS), sowie Pflanzenkohle als dezentrale Lösung.

Bei der Umsetzung dieser Maßnahmen zur Kohlenstoffentnahme aus der Atmosphäre (Carbon Dioxide Removal, CDR) kommt es maßgeblich auf einen geeigneten politischen Rahmen an.

Wir wollen die globale Erwärmung langfristig umkehren. Zu diesem Zweck sollte Luxemburg die Entwicklung einer langfristigen europäischen Klimaneutralitätsstrategie vorantreiben. Das Erreichen der Klimaneutralität bis spätestens 2040 ist also nur ein Zwischenziel. Damit schaffen wir

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

einen Puffer, um die Emissionen anderer Volkswirtschaften zu kompensieren, falls diese ihren Beitrag zur Emissionsminderung nicht leisten. Der Einsatz der CO<sub>2</sub>-Abscheidung ersetzt nicht unseren Emissionsminderungspfad.

Alle Maßnahmen müssen in eine Gesamtstrategie in Richtung Netto-Null oder Kohlenstoffnegativität integriert werden. Die Klimakrise ist auch ein Resultat davon, dass die Marktpreise die ökologischen Folgekosten von Produkten und Dienstleistungen nicht abbilden.

Die Konsumententscheidungen eines\*r Einzelnen haben jedoch Auswirkungen auf die Allgemeinheit. Durch einen steigenden Meeresspiegel, zunehmende Extremwetterereignisse und sinkende landwirtschaftliche Produktivität ist mit enormen (finanziellen) Klimaschäden zu rechnen. Diese ausgelagerten Kosten sollten in private und wirtschaftliche Konsum- und Investitionsentscheidungen einfließen. Ohne einen solchen „wahren“ Preis werden wir die globale Erwärmung nicht wirksam auf maximal 1,5°C begrenzen können.

In der EU besteht mit dem europäischen Emissionshandelssystem (EU ETS) schon das Grundgerüst für einen solchen Preis. Nachdem das EU ETS lange Zeit fast keine Wirkung zeigte, führen die nun steigenden Zertifikatspreise zu ersten Effekten. Das seit diesem Jahr in Deutschland geltende nationale Emissionshandelssystem (nEHS) widerspricht allen Bestrebungen zügiger Emissionsreduktion. Beide Systeme müssen dringend überarbeitet werden.

Volt steht für gemeinsame europäische Anstrengungen gegen die Klimakrise. In den Maßnahmen zur Ausgestaltung wirksamer CO<sub>2</sub>-Preise gilt es aber in mittelfristige europäische Lösungen und kurzfristige nationale Anstrengungen zu unterscheiden. Aufgrund des engen Zeitfensters, das uns bleibt, um der Klimakrise entgegenzuwirken, wollen wir national in Vorleistung gehen. Das Ziel ist eine zügige Emissionsreduktion in Luxemburg und Europa.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 10.3.1 Aktive Unterstützung globaler Objekte

Luxemburg sollte seine Kompetenzen als Innovationsnation zur Verfügung stellen und sich weltweit für Großprojekte zur aktiven Entfernung von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre und dessen Nutzung oder dauerhafte Speicherung engagieren. Die Vermeidung neuer Emissionen und die Bemühungen um negative Emissionen sind komplementär und simultan. Wir wollen natürliche, technische und hybride Lösungen zur CO<sub>2</sub>-Bindung kombinieren und die politischen Rahmenbedingungen dafür setzen. Alle zukünftigen Klimapläne sollten transparent zwischen den Zielen der direkten Emissionsminderung einerseits und den negativen Emissionen andererseits unterscheiden.

### 10.3.2 Förderung extensiver Aufforstungsmaßnahmen, insbesondere in Mischwäldern

Kontinuierlich prüfen, wo zusätzliche Biomasse geschaffen werden kann. Wir wollen Ausgleichsmaßnahmen nach Infrastrukturprojekten verpflichtend machen. Die nachhaltige Waldbewirtschaftung soll durch strengere Nachhaltigkeitskriterien sichergestellt werden. Um Agroforste als landwirtschaftliche Produktionssysteme zu definieren, passen wir das Agrarförderungsgesetz an. Die Natur soll verstärkt Einzug in die Städte halten. Dazu fördern wir Konzepte wie die urbane Forstwirtschaft.

### 10.3.3 Umrüstung oder Ausrüstung großer Bioenergieprojekte in Europa mit Technologien zur Kohlenstoffabscheidung

Zuvor wird von Fall zu Fall geprüft, ob dies sinnvoll ist. Die verwendete Biomasse darf nur auf nachhaltige Weise erzeugt werden. Auch sollte die Biomasse nur in Europa erzeugt werden, da sie heute oft per Schiff aus den USA, Kanada und anderen Ländern transportiert wird. Wir treiben die Forschung und Entwicklung von Verfahren für negative Emissionen durch BECCS voran.<sup>54</sup>

<sup>54</sup> Wir sind uns bewusst, dass viele wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass der Ersatz von Kohle durch Biomasse die CO<sub>2</sub>-Emissionen erhöhen kann. Auch der Sozial- und Wirtschaftsrat (SER) argumentiert in einem Bericht vom Juli 2020, dass wir nur unbrauchbare Biomassereste verbrennen sollten, was wir also anstreben.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 10.3.4 Direkte Entfernung von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre

Wir wollen bei geeigneten politischen Rahmenbedingungen dazu beitragen, dass Verfahren zur direkten Entfernung von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre möglichst schnell entwickelt und umgesetzt werden. Hierfür sollen Start-ups gefördert werden. Wir verpflichten Unternehmen der konventionellen Energiewirtschaft, zunächst 1-2% der durch ihre Produkte verursachten Emissionen mit DAC aus der Luft zu holen.

### 10.3.5 Förderung der Nutzung von Pflanzenkohle in der Land- und Forstwirtschaft.

Pflanzenkohle soll aus dem Abfallrecht entlassen werden und nicht mehr als Abfall gelten. Wir wollen ein verbindliches Qualitätszertifikat nach dem Vorbild des bisher freiwilligen Europäischen Biokohle-Zertifikats einführen. Forschungsprogramme zur Klärung offener Fragen sollen die Technologieentwicklung vorantreiben.

### 10.3.6 Ein einheitlicher CO<sub>2</sub>-Preis in Europa

Wir streben einen einheitlichen CO<sub>2</sub>-Preis in der gesamten EU an. Deshalb wollen wir das nETS so schnell wie möglich in das EU-ETS überführen.

### 10.3.7 Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus an den Außengrenzen der EU.

Mit diesem Instrument, das auch als *Border Carbon Adjustments* (BCA) bezeichnet wird, erheben wir Ausgleichsabgaben auf die Einfuhr von Produkten, die in ihren Herkunftsländern keinen oder niedrigeren CO<sub>2</sub>-Preisen unterliegen. Die Exporte werden entsprechend der Differenz der CO<sub>2</sub>-Preise entlastet. Die BCAs sind ausdrücklich nicht als langfristige globale Gemeinschaftsmaßnahme zur Emissionsminderung gedacht. Zum jetzigen Zeitpunkt stärken sie aber den Klimaschutz weltweit.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 10.3.8 Flankierung der Transformation durch Einnahmen

Wir verwenden die Erlöse aus dem CO<sub>2</sub>-Preis, um die Transformation zu begleiten. Die Erlöse sollen zu gleichen Teilen als direkte Rückzahlung an die Bürger\*innen („Klimadividende“), als Subventionen für umweltfreundliche Produkte und für staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung verwendet werden.

### 10.4 Kreislaufwirtschaft

Die Abschaffung von Einwegplastik, die bessere Information der Verbraucher, der Kampf gegen Abfälle und für eine solidarische Wiederverwendung, die Bekämpfung der programmierten Obsoleszenz und eine bessere Produktion: das sind die großen Herausforderungen eines Anti-Abfallgesetzes für eine Kreislaufwirtschaft.

Best Practice  
aus Frankreich

Frankreich hat im Februar 2020 ein entsprechendes Gesetz verabschiedet, das wir als Volt **nicht nur für Luxemburg, sondern für die gesamte EU vorschlagen wollen.**<sup>55</sup>

#### 10.4.1 Bis 2040 kein Einwegplastik mehr

2040 ist die Ziellinie, aber das Rennen hat bereits begonnen, mit einem Verbot von Bechern, Tellern und Wattestäbchen ab dem 1. Januar 2020, gefolgt im Jahr 2021 von einem Verbot von Strohhalmen, Besteck, Wattestäbchen usw.

Das Gesetz sieht vor, dass per Dekret für den Zeitraum 2021-2025 und dann für jeden weiteren Fünfjahreszeitraum Ziele für die Reduzierung, Wiederverwendung und das Recycling festgelegt werden.

Diese 5-Jahres-Dekrete werden in Zusammenarbeit mit NRO, Industrie, lokalen Behörden und Verbraucherverbänden ausgearbeitet, um gemeinsam realistische Ziele und glaubwürdige Lösungen zu definieren und von der derzeitigen Logik wegzukommen, der es an Strategie und Kohärenz fehlt: Jedes Gesetz hat sein eigenes Verbot.

<sup>55</sup> <https://www.ecologie.gouv.fr/loi-anti-gaspillage>

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 10.4.2 Einführung eines Mischpfandes für Wiederverwendung und Recycling

Die EU, der Staat und die Vertreter der lokalen Behörden müssen sich auf eine Methode einigen, um die ehrgeizigen Sammel- und Recyclingziele für Plastikflaschen zu erreichen.

Wie das französische Modell **schlagen wir Folgendes vor und unterstützen:**

- die Festlegung einer objektiven Messung der Sammel-, Sortier- und Recyclingleistung über einen Zeitraum von 10 Jahren;
- die Garantie, die Vereinfachung der Sortierregeln und damit die Modernisierung der Sortierzentren abzuschließen;
- die Einrichtung einer Kontaktgruppe zwischen dem Staat und den Vertretern der lokalen Behörden, die den öffentlichen Abfalldienst organisieren;
- die Einführung eines gemischten Pfandsystems für Recycling und Wiederverwendung im Anschluss an einen Fortschrittsbericht über die Vereinfachung der Sortierregeln;
- in der Zwischenzeit die Einleitung von Pfandversuchen in freiwilligen Gebieten (insbesondere in Übersee);
- die Notwendigkeit, Initiativen zur Wiederverwendung zu unterstützen.

### 10.4.3 Neue Waschmaschinen mit einem Kunststoff- Mikrofaserfilter ausstatten

Beim Waschen von synthetischen Stoffen in der Maschine werden Mikrofasern aus Kunststoff freigesetzt, die mit dem geklärten Abwasser in die Ozeane gelangen. Um diese Verschmutzung einzudämmen, schreibt das Gesetz vor, dass alle neuen Waschmaschinen, ob gewerblich oder nicht, mit einem Kunststoff-Mikrofaserfilter ausgestattet sein müssen. In Frankreich wird die Maßnahme am 1. Januar 2025 in Kraft treten, und wir schlagen dasselbe für Luxemburg und die gesamte EU vor.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 10.4.4 Effizientere Sortierung

In jedem europäischen Land gelten andere Regeln für die Abfalltrennung. Manchmal ändern sich die Regeln sogar von Gemeinde zu Gemeinde. Erfreulicherweise hat Valorlux in Luxemburg inzwischen dafür gesorgt, dass zumindest die zulässigen Inhalte des „blauen Sacks“ im ganzen Land gleich sind. Dennoch gibt es noch viel Raum für Verbesserungen. Frankreich hat den ersten Schritt getan und im ganzen Land die gleichen Behälter, Logos und Mülltrennungssysteme durchgesetzt. Das sollten wir nicht nur in Luxemburg, sondern in ganz Europa tun, damit jeder, der in der EU seinen Abfall entsorgt, sofort weiß, wie er ihn zu trennen hat.

### 10.4.5 Schluss mit der Entsorgung unverkaufter Waren

Jedes Jahr werden Produkte im Wert von 630 Millionen Euro vernichtet. Die Beseitigung, d. h. die Deponierung und Verbrennung, von unverkauften Non-Food-Produkten wird verboten. Die Unternehmen müssen nun ihre unverkauften Produkte spenden oder recyceln. Dazu gehören Produkte des täglichen Bedarfs, Kleidung, elektronische Produkte, Schuhe, Bücher, Haushaltsgeräte usw.

Mit dieser Maßnahme soll das Spendenaufkommen angekurbelt werden. Drei Millionen Franzosen sind ohne grundlegende Hygieneartikel. 1,7 Millionen Frauen haben keinen ausreichenden Hygieneschutz, wie eine von *Ifo* im Auftrag der Vereinigung „*Dons solidaires*“ durchgeführte Umfrage ergab. Die Verbände sind mit einem chronischen Mangel an grundlegenden Hygieneartikeln wie Seife, Zahnpasta, Windeln und Toilettenpapier konfrontiert. Das Gesetz würde es ermöglichen, dieses chronische Defizit zu verringern.

### 10.4.6 Verschärfung der Strafen für Verstöße gegen das Verbot von Lebensmittelabfällen

Das französische Gesetz gegen Lebensmittelverschwendung aus dem Jahr 2016 hat viele Fortschritte gemacht, indem es die absichtliche Vernichtung von Lebensmitteln oder den Nichtabschluss einer Spendenvereinbarung zwischen großen und mittleren Einzelhändlern und autorisierten Verbänden unter Strafe stellt. Es hat auch Einstellungen und Praktiken



## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

verändert. Gegenüber widerspenstigen Akteuren muss nun härter durchgegriffen werden. Die Geldbußen müssen höher sein und können je nach Größe des Unternehmens bis zu 0,1% des Umsatzes betragen, was für die größten Einzelhändler abschreckender ist.

### 10.4.7 Stoppen des Drucks von Kassen- und Kreditkartenbelegen

In Frankreich wird das Gesetz ab dem 1. Januar 2023 den systematischen Druck von Kassenbelegen, Bankkartenbelegen, Gutscheinen und Geldautomatenbelegen bei der Geldabhebung verbieten. Die Kunden werden jedoch weiterhin die Möglichkeit haben, den Ausdruck einer Quittung zu verlangen, wann immer sie dies wünschen.

### 10.4.8 Anwendung eines Reparaturfähigkeitsindex und Übergang zu einem Nachhaltigkeitsindex

Ab dem 1. Januar 2021 hat Frankreich einen „Reparierbarkeitsindex“ eingeführt, der bei fünf sogenannten Pilot-Produktkategorien zum Einsatz kommt: Waschmaschinen mit Fenstern, Smartphones, Laptops, Fernsehgeräte und elektrische Rasenmäher. Mit diesem Instrument können die Verbraucher feststellen, ob ihr Produkt reparabel, schwierig zu reparieren oder nicht reparabel ist. Dies gibt ihnen die Möglichkeit, mit Hilfe eines einfachen und visuellen Instruments zu handeln. Ziel ist es, innerhalb von fünf Jahren eine Reparaturquote von 60% für elektrische und elektronische Produkte zu erreichen.

Mittelfristig wird die Arbeit am Reparaturfähigkeitsindex es ermöglichen, ihn zu erweitern, um sich in Richtung eines Nachhaltigkeitsindex zu bewegen.

An den Arbeiten zum Reparaturfähigkeitsindex sind alle Akteure (Herstellung, Verkauf, Handel, NRO, Verbraucherverbände usw.) beteiligt. Er soll so angepasst werden, dass er auch auf andere Kategorien von Elektro- und Elektronikprodukten angewendet werden kann.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 10.4.9 Mehr Nahrung durch geschlossene Kreislaufwirtschaft

Auch Landwirtschaft, Gartenbau, Unterglasanbau und Viehzucht müssen ihre Emissionen reduzieren und die Artenvielfalt voranbringen. Um dies zu fördern, sollten die Landwirte nicht mehr Subventionen für die Fläche erhalten, die sie bewirtschaften, sondern für die Art und Weise, wie sie sie nutzen. Damit wird die Kreislaufwirtschaft in der Tierhaltung und im Ackerbau gefördert: So können wir verantwortungsvoll produzieren und konsumieren. Das Wohlergehen der Tiere steht dabei im Mittelpunkt. Die Landwirt\*innen werden ihre Tiere dann hauptsächlich mit Raufutter von ihren eigenen Flächen füttern. Für Kraftfutter können wir Restprodukte aus der Lebensmittelindustrie, dem Ackerbau und dem Gartenbau verwenden. Mit einem geschlossenen Kreislauf können wir bis zu 70% mehr Lebensmittel produzieren.

## 10.5 Klimaneutrale Gebäude und Förderung von grüner Energie

### 10.5.1 Förderung von Photovoltaikanlagen

Im Jahr 2016 wurden rund 100 GWh Strom durch Photovoltaikanlagen erzeugt, was knapp 1% des gesamten Stromverbrauchs entspricht. Insgesamt wurden im Jahr 2016 bereits 7,1% aus erneuerbaren Energien erzeugt. Luxemburg liegt im Übrigen bei der Pro-Kopf-Photovoltaikfläche nur auf Platz 5 in Europa. Volt will mit Luxemburg ein Zeichen setzen und Luxemburg auf den ersten Platz bringen!

#### a) Schaffung der Rahmenbedingungen und Investitionen in Unternehmen

In erster Linie muss der Staat in Unternehmen investieren, die Photovoltaikanlagen bauen und warten. Der Markt boomt und wächst beständig, fast exponentiell. Um Luxemburg und Europa grün zu halten und den Klimawandel so schnell wie möglich zu stoppen, müssen vor Ort Vorteile geschaffen werden, damit Unternehmen solche PV-Anlagen so schnell und einfach wie möglich bauen können. Dies hat letztlich auch wirtschaftliche Vorteile für Luxemburg und Europa, da Arbeitsplätze geschaffen und große Umsätze in einem wachsenden Markt generiert werden.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### **b) Neue Gebäude müssen mit Photovoltaikanlagen ausgestattet werden**

So wie neue Gebäude mit guter Isolierung, mindestens doppelt oder sogar dreifach verglasten Fenstern, modernen Heizungsanlagen und dergleichen gebaut werden, sollten auch Photovoltaikanlagen ein Muss sein. Solarzellen haben ein unglaubliches Potenzial, werden immer billiger und effizienter – es wäre ein Hohn, in der heutigen Zeit, in der wir mehr Strom denn je benötigen, die lokale Energieerzeugung nicht zu fördern. Der erzeugte Strom geht zunächst in den direkten Verbrauch des Gebäudes und der Überschuss wird an den Staat verkauft und in das öffentliche Netz eingespeist (wo er sogar gespeichert werden kann).

#### **Deshalb fordern wir:**

- Wenn Dächer von neu errichteten Gebäuden für Solarzellen geeignet sind (richtiger Winkel, richtige Ausrichtung usw.), dann muss der Bauherr gezwungen werden, eine Photovoltaikanlage zu bauen.
- Bei der Planung eines Neubaus sollten Dachkonstruktionen, die speziell für eine besonders effiziente Nutzung von Photovoltaikanlagen und eine hohe Anzahl von Solarzellen gebaut werden, ausdrücklich gefördert werden.

### **c) Bestehende Gebäude noch stärker zur Installation von Photovoltaikanlagen ermutigen**

Zum einen haben wir öffentliche Gebäude des Staates. Der Staat hat das Recht über seine Gebäude und muss mit gutem Beispiel vorangehen. Unzählige öffentliche Gebäude (Ämter, Ministerien, Schulen, Krankenhäuser usw.) sind bereits für große Photovoltaikanlagen geeignet, die sich durch ihre effiziente Stromerzeugung bereits amortisieren. Die meisten öffentlichen Gebäude verfügen jedoch nicht über Solarzellen, was ein Unding ist. (Ob ein Gebäude für eine Photovoltaikanlage geeignet ist, kann bereits im nationalen Solarkataster<sup>56</sup> überprüft werden).

<sup>56</sup> [https://map.geoportail.lu/theme/energie?version=3&zoom=9&X=669751&Y=6416190&lang=fr&rotation=0&layers=1813&opacities=1&bgLayer=basemap\\_2015\\_global](https://map.geoportail.lu/theme/energie?version=3&zoom=9&X=669751&Y=6416190&lang=fr&rotation=0&layers=1813&opacities=1&bgLayer=basemap_2015_global)

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

Zum anderen gibt es die Privathäuser, für die das gleiche gilt. Wir wollen niemanden dazu zwingen, sich Solarzellen aufs Dach zu setzen. Wir glauben aber, dass der Grund, warum bisher nur wenige Häuser über Photovoltaikanlagen verfügen, nicht der Preis der Anlage ist, denn die wirtschaftlichen Vorteile für die Hausbesitzer sind an sich schon hoch! (Der überschüssige Strom wird verkauft, und weniger wird durch Selbstverbrauch gekauft). Das Hauptproblem liegt im Wissen der Menschen, die sich nicht bewusst sind, dass es so einfach ist und so viel einbringt. Es muss also mehr Werbung für Photovoltaikanlagen gemacht werden.

### Deshalb fordern wir:

- **Öffentliche Gebäude**, die für Photovoltaikanlagen geeignet sind, müssen **gezwungen** werden, **diese zu installieren**.
- **Private Häuser**, die geeignet sind, aber noch keine Photovoltaikanlage haben, **müssen** in bestimmten Abständen automatisch **kontaktiert werden**. Es muss auf die Effizienz und die geringen Kosten einer solchen Anlage hingewiesen werden.
- Es muss insgesamt noch mehr Werbung für Solarzellen gemacht werden – der Staat muss den Bürger\*innen und Hausbesitzer\*innen klar machen, dass es sich auf jeden Fall lohnt, eine solche Anlage zu bauen.
- Wir könnten uns vorstellen, ein Ultimatum zu setzen, dass alle Häuser, die laut Solarkataster geeignet sind, bis zu einem Stichtag mit einer Solaranlage ausgestattet werden müssen (damit wäre auch das Problem angesprochen, dass bei einem komplett elektrifizierten Individualverkehr mehr Strom denn je benötigt wird).

### 10.5.2 Förderung von Wärmepumpen

Wärmepumpen erweisen sich als besonders effektive Heizsysteme in gut gedämmten Gebäuden, weshalb sie sich grundsätzlich für Neubauten der Wärmedämmklassen A und B eignen. Aber auch in bestehenden Häusern können sie eine Alternative sein, sofern das Heizsystem für ihren Einbau geeignet ist.

Eine Wärmepumpe nutzt Strom, um die im Erdreich oder in der Umgebungsluft gespeicherte Sonnenenergie zum Heizen und zur Warmwasserbereitung zu nutzen. **Sie kann den gesamten Wärmebedarf eines Gebäudes decken, unabhängig vom Tag-/Nachtzyklus und den Jahreszeiten.**

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

Die Wärmepumpen basieren auf ausgereifter Technik, zeichnen sich durch einen wartungsarmen Betrieb aus und stellen eine vollwertige und platzsparende Alternative dar.

Je kleiner der Unterschied zwischen dem niedrigen und dem hohen Temperaturniveau ist, desto höher ist die Leistungszahl der Pumpe und desto wirtschaftlicher ist ihr Betrieb. Eine Wärmepumpe arbeitet daher am besten bei relativ niedrigen Temperaturen des Wärmeverteilungskreises (idealerweise mit einer Vorlauftemperatur von weniger als 35°C), was im Prinzip nur möglich ist, wenn im gesamten Gebäude eine **Fußbodenheizung** installiert ist. Denn normale Heizkörper, die nicht großflächig, sondern von einer bestimmten Stelle im Raum (oft unter Fenstern) aus heizen, benötigen deutlich höhere Temperaturen. Wenn also nicht überall im Haus eine Fußbodenheizung installiert ist, kann höchstens ein Hybrid-system (z. B. Wärmepumpe plus Gasheizung) empfohlen werden.

Wärmepumpen sind die Zukunft, wenn es um energieneutrales Heizen und die Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern wie Erdgas geht. Gerade weil die Bezugsquellen für Erdgas sehr begrenzt sind und ein großer Teil des europäischen Gases aus Russland kommt, ist hier ein Umdenken dringend erforderlich!

### Deswegen fordern wir:

- **Wärmepumpen müssen systematisch in Neubauten vorgesehen werden.** Dafür muss es klare Subventionen geben und der Verkauf von Gasheizungen für Neubauten muss extrem hoch besteuert werden, damit sich ihr Einbau nicht mehr lohnt.
- **Der Staat sollte** wieder mit gutem Beispiel vorangehen und **nur noch Wärmepumpen in neuen öffentlichen Gebäuden einsetzen und Wärmepumpen in bestehenden öffentlichen Gebäuden nachrüsten.** Ein Ausstieg aus dem Gas ist hier leicht möglich, indem man Raum für Raum saniert und eine Fußbodenheizung einsetzt (so hätte man anfangs noch Hybridsysteme, könnte aber später die Gasheizung komplett abschalten).
- **Private Umrüstungen von Gasheizungen auf Hybridsysteme oder Komplettsanierungen mit Wärmepumpen müssen noch stärker als bisher gefördert werden.** Hauseigentümer\*innen müssen ermutigt werden, nachhaltige Heizsysteme zu installieren.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 10.5.3 Förderung des Baus und der Erforschung von Kleinstwindkraftanlagen

Neben der Solarenergie ist auch die Windenergie eine vielversprechende nachhaltige Option. Sie ist zwar weniger effizient als Solarenergie, kann aber unterstützend wirken. Neben großen Windparks gibt es auch Kleinstwindkraftanlagen („Mikrowindturbinen“), die auf Häusern installiert werden können. Das bedeutet, dass kleine Windturbinen auch dann zur Stromerzeugung genutzt werden können, wenn es weniger sonnig, aber windig ist.

Generell muss hier noch mehr geforscht werden, denn Kleinstwindanlagen sind nicht immer sehr stabil und neigen in Gebieten mit stärkerem Wind zum Bruch. Außerdem gibt es noch erhebliches Verbesserungspotenzial in Bezug auf ihre Effizienz und damit die Stromerzeugung. Dennoch bieten sie schon heute eine weitere nachhaltige Möglichkeit, auf den Dächern von Gebäuden in Städten klimaneutralen Strom zu erzeugen.

#### **Deshalb fordern wir:**

- Der Staat muss Geld in die Erforschung von Kleinstwindkraftanlagen stecken.
- Der Staat sollte Kleinstwindkraftanlagen, die bereits verfügbar und rentabel sind, auf geeigneten Dächern öffentlicher Gebäude installieren.
- Es muss staatliche Zuschüsse für Hausbesitzer\*innen geben, um Privatpersonen bei der Anschaffung solcher Kleinstwindkraftanlagen zu unterstützen.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN



© U.S. Department of State, 2016; CC0 1.0

### 11 ZUKUNFTSFÄHIGE MOBILITÄT

Mobilität bezeichnet die Fähigkeit und das Potenzial von Menschen und Gütern, zu reisen oder transportiert zu werden. Sie ist die Grundlage des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs zwischen Menschen, Unternehmen und Gesellschaften.

Um nachhaltig zu sein, muss Mobilität effizient, sicher, dauerhaft, fair, in die Gemeinschaft integriert und mit der menschlichen Gesundheit und den Ökosystemen vereinbar sein. Nachhaltige Mobilität begrenzt den Verbrauch von Raum und Ressourcen, ermöglicht und erleichtert den Zugang, fördert die wirtschaftliche Dynamik, ist sozial verantwortlich und respektiert die Integrität der Umwelt.

Um nicht nur die Umwelt zu schützen, sondern auch das Mobilitätsproblem in Luxemburg und in Europa ein Stück weit in den Griff zu bekommen, wollen wir die sanfte Mobilität weiter stärken. Dazu gibt es eine Reihe von möglichen Maßnahmen.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 11.1 Mobility-as-a-service

Wir wollen die Entwicklung einer europaweit einheitlichen Plattform für Mobility-as-a-Service (MaaS) vorantreiben (MaaS ist ein Ansatz, Mobilität und Transport mit eigenen Fahrzeugen durch ein auf den Bedarf abgestimmtes Angebot verschiedener Mobilitätsdienste zu ersetzen). Diese Plattform soll der Grundstein für integrierte Mobilitätskonzepte werden. Dazu sollen öffentliche Ausschreibungen die anbietenden Unternehmen verpflichten, Verkehrsdaten im EU-Datex-II-Format kostenlos zur Verfügung zu stellen. Eine anonymisierte Auswertung soll den Stadtverwaltungen eine bessere Raumplanung ermöglichen. Mit dem „Internet der Dinge“ können private und öffentliche Flächen als Mobilitätsknotenpunkte für die Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden. Wir unterstützen Kommunen durch die Standardisierung von Schnittstellen und Förderprogrammen mit dem Ziel, einen Sharing-Economy-Ansatz zu fördern.

### 11.2 Gute und günstige öffentliche Verkehrsmittel in ganz Europa

Um den öffentlichen Verkehr in ganz Europa einfacher und billiger zu machen, hat Volt Europa eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) gestartet: Den **EuroTrain**.

Unsere EuroTrain-EBI schlägt die Einführung eines einheitlichen europäischen Eisenbahnnetzes vor. Im Mittelpunkt stehen dabei mehr Hochgeschwindigkeitsstrecken, mehr Nachtzüge und ein einheitliches technisches System sowie ein einheitliches Fahrkartensystem, das durch den Einsatz von Kohäsionsfonds unterstützt wird. Auf diese Weise werden wir darauf hinarbeiten, dass der Schienenverkehr in Europa einfacher, schneller und intelligenter und damit wettbewerbsfähiger gegenüber dem Luft- und Straßenverkehr wird.

Angesichts der ehrgeizigen Ziele für die Verringerung der Emissionen im Rahmen des europäischen *Green Deal* besteht ein dringender Bedarf an einem umweltfreundlicheren Verkehr, der derzeit der Sektor mit den zweithöchsten CO<sub>2</sub>-Emissionen in der EU ist (er ist für fast ein Viertel der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich).



## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

Die Eisenbahn ist der umweltfreundlichste Massenverkehrsträger mit geringen Auswirkungen auf die Luftqualität und den niedrigsten sozialen Kosten. Die Verlagerung von mehr Verkehr auf die Schiene ist ein klarer Teil der Lösung für unsere Klimakrise, aber dazu müssen wir das Reisen mit der Bahn für alle einfacher, schneller und intelligenter machen.

Um dies zu erreichen und so Fortschritte bei der Erreichung der im *Green Deal* festgelegten Klimaziele zu erzielen, sind mehrere Maßnahmen erforderlich, um die derzeitigen Herausforderungen zu bewältigen: ein unzureichendes und unzusammenhängendes Hochgeschwindigkeitsnetz, unterschiedliche Fahrkartenverkaufs- und technische Systeme, die zu Komplexität und Verspätungen führen (insbesondere im Vergleich zur Luftfahrtindustrie), sowie unzureichende Investitionen.

Schließlich setzen wir uns für einen gut ausgebauten öffentlichen Verkehr in ganz Europa ein, der für alle erschwinglich ist. Luxemburg hat es vorgemacht und das gesamte öffentliche Verkehrssystem **kostenlos** gemacht – jetzt muss die EU nachziehen, um eine reibungslose Mobilität in und durch alle europäischen Länder zu gewährleisten.

### 11.3 Umweltfreundliche Mobilität

Jede\*r Luxemburger\*in ist durchschnittlich 1 Stunde und 16 Minuten pro Tag unterwegs.<sup>57</sup> Wir fahren oder gehen zu Fuß zur Arbeit, zum Sport, zum Einkaufen oder ins Kino. Auch die Zeit, die wir im Verkehr verbringen, ist kostbar. Deshalb sollen die Fahrzeiten kürzer und angenehmer, der Verkehr insgesamt klimaneutraler und gerechter werden.

Wir setzen uns für eine Verkehrspolitik ein, welche die umweltfreundlichen Verkehrsträger in den Mittelpunkt der Verkehrsplanung stellt: Radfahren, zu Fuß gehen und die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs sollen attraktiver, sicherer und schneller werden, um eine bequeme, effiziente und nachhaltige Mobilität in der Stadt zu ermöglichen. Zentrale Aspekte sind der Ausbau der Infrastruktur und innovative Lösungen für den öffentlichen Verkehr, das Zufußgehen und das Radfahren.

<sup>57</sup> AGAPE (Agence d'urbanisme Lorraine Nord): *Exploitation harmonisée des enquêtes de déplacements sur le périmètre MMUST* (mai 2021)  
[https://www.mmust.eu/download/202105\\_MMUST\\_harmonisation\\_pour\\_web.pdf](https://www.mmust.eu/download/202105_MMUST_harmonisation_pour_web.pdf)

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

Für den ÖPNV, den Fuß- und Radverkehr und die intelligente Verknüpfung der verschiedenen Verkehrsträger. Die Verkehrsmittel des Umweltverbundes müssen optimal ineinandergreifen und aufeinander aufbauen.

Mit Hilfe einer schrittweise eingeführten sozialen City-Maut, einer umfassenden Parkraumbewirtschaftung und innovativen Lösungen für den Lieferverkehr wollen wir den motorisierten Verkehr in den Innenstädten gleichzeitig deutlich reduzieren. Unerlässliche motorisierte Fahrten sollen vorzugsweise durch klimaneutrale, emissionsarme Mitfahr- und Car-sharing-Angebote ersetzt werden. Zusammen mit der Förderung von Nachbarschaftsblöcken und autofreien Zonen werden wir so eine deutlich höhere Lebens- und Aufenthaltsqualität erreichen. Wir wollen uns in allen Gebieten auch stärker auf die oft übersehenen Gruppen konzentrieren, die im Verkehr oft benachteiligt sind.

Volt will ein Luxemburg, in dem sich die Menschen frei bewegen und frei atmen können.

### 11.3.1 Verkehrsberuhigung für lebenswerte Städte

Lange Zeit lag der Schwerpunkt der luxemburgischen Verkehrspolitik auf dem Auto als dem Verkehrsmittel der Wahl. Dennoch hat die jahrzehntelange autozentrierte Politik dazu geführt, dass weit über die Hälfte des Straßenraums für den fahrenden und parkenden motorisierten Individualverkehr reserviert ist.

Das hohe Verkehrsaufkommen in Luxemburg verleitet die Autofahrer dazu, Umwege zu suchen. Dadurch steigt das Verkehrsaufkommen in den Wohngebieten und nimmt Raum in Anspruch, der eigentlich als Wohnraum dienen sollte. Zudem belasten die schlechte Luftqualität und der hohe Lärmpegel die psychische und physische Gesundheit der Bewohner.

Wir sind der Meinung, dass der knappe und wertvolle öffentliche Raum besser genutzt werden sollte. Wir wollen Raum für mehr Lebensqualität schaffen: Grünflächen, Spielplätze, Freizeitaktivitäten und Außenbereiche von Cafés und Restaurants.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

Luxemburg hat den höchsten Motorisierungsgrad unter den EU-Mitgliedsstaaten, was natürlich einen großen Einfluss auf die Nachhaltigkeit des Landes hat.

Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Autobesitz und Autonutzung. Nach der Wohnung selbst sind Autos in der Regel die größten Ausgaben der Haushalte. Stationäre und fahrende Autos beanspruchen bis zu 50% des öffentlichen Raums in Städten. Autos sind 96% der Zeit geparkt.<sup>58</sup>

Autofahrer sind geneigt, eine autofreundliche Politik zu unterstützen. Eine höhere Zahl von Autofahrern führt daher indirekt zu einer autofreundlicheren Politik. Autolose Wähler sind in den Wahllokalen unterrepräsentiert, da sowohl der Autobesitz als auch die Wahlbeteiligung mit dem Einkommen und dem Bildungsniveau korrelieren.

- Autos sollten nur in städtischen Gebieten zu Gast sein und die Stadtzentren sollten autofrei gemacht werden. Hier können wir von den autofreien Stadtzentren in **Utrecht** und **Groningen**, aber auch von den breiteren Radwegen in **Kopenhagen** und **Madrid** lernen.
- Wir sollten die Leasingprogramme, die Unternehmen ihren Mitarbeitern anbieten, überdenken, um größere Anreize für Elektrofahrzeuge zu schaffen.
- Wir sollten nur ein Autoleasing pro Haushalt zulassen, wenn der Arbeitsweg weniger als 30 km beträgt, und keine Begrenzung für Fahrräder.
- Es gibt zwar Fahrrad-Leasingprogramme, aber sie werden von Auto-kreditunternehmen verwaltet, die keinen Anreiz haben, Fahrräder gegenüber Autos zu fördern. Deshalb **sollte der Staat diese Fahrrad-leasing-Systeme fördern**.

<sup>58</sup> Luxemburg führt die Liste der Autos pro Einwohner in der EU an: <https://europa.eu/!XHUtKn>

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 11.3.2 Nutzung des öffentlichen Raums, Vorrang für sanfte Mobilität

Um das menschliche Maß der Städte zu erhalten, schlagen wir einen nachhaltigen Mobilitätsplan vor, der den effizientesten Verkehrsträgern im öffentlichen Raum den Vorrang gibt. Das bedeutet, dass wir Fußgänger\*innen, Radfahrer\*innen und öffentlichen Verkehrsmitteln Vorrang einräumen. Dieser Übergang führt zu einer gut ausgebauten Radverkehrsinfrastruktur mit eigenen Radwegen und ermutigt dazu, den nächsten Schritt in der fahrradfreundlichen Stadtentwicklung zu gehen, wie z.B.:

- Umsetzung eines nutzerzentrierten Designs
- Ausweitung des Konzepts von Shared-Space-Lösungen an stark frequentierten Straßen und Plätzen (Beispiel Dudelange)
- Reduzierung der Stellplätze auf weniger als 0,3 Autos pro Haus bei Neubauten in städtischen Gebieten, um den Übergang vom Autobesitz zur Mobilität als Dienstleistung zu fördern.
- Wiederherstellung der Attraktivität des öffentlichen Raums in den Gebieten um die Eisenbahnknotenpunkte des Landes
- Aufnahme von Informationen über die Sicherheit von Radfahrern und Fußgängern in die Fahrschulkurse, das Fahrschulhandbuch und die schriftlichen Prüfungen für den Führerschein

Außerdem ist das Parken auf öffentlichen Plätzen in Luxemburg im Vergleich zum Mindestlohn immer noch eines der billigsten in Europa.<sup>59</sup> Deshalb setzen wir uns ein für:

- Kostengerechte Bepreisung von Parkscheinen und eine deutliche Erhöhung der Parkgebühren. Bestimmte Gewerbetreibende (z.B. Handwerker oder Pflegedienste) könnten angepasste Parkausweise beantragen, die für alle Parkraumbewirtschaftungszonen gültig sind.
- Reduzierung von Parkplätzen zugunsten von Fahrradabstellplätzen, Busspuren, Lieferzonen, Radwegen, Außengastronomie und Verbreiterung von Gehwegen

<sup>59</sup> The cost of parking across Europe – a Euronews investigation:  
<https://www.euronews.com/2016/05/10/the-cost-of-parking-across-europe-a-euronews-investigation>

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 11.3.3 Fahrradfahren als Lösung

Abgesehen von den Vorteilen für die Umwelt bietet das Radfahren Vorteile für Einzelpersonen, Unternehmen und die Gesellschaft als Ganzes. Speziell angelegte Radwege sind der erste Schritt zu einem nachhaltigen Verkehr. Staatliche Unterstützung für die Einrichtung von Radwegen kann die Zahl der Radfahrer erhöhen und so die Lärm- und Luftverschmutzung verringern sowie Sicherheit, Disziplin und einen reibungslosen Verkehrsfluss gewährleisten.

Sowohl Modu 2.0 als auch PNM 2035 bieten gute Einblicke und Orientierungshilfen, aber es fehlt das Ziel eines Radverkehrsanteils von 10% am Modal Split.

Volt möchte, dass die angebotenen Lösungen so schnell wie möglich umgesetzt werden, damit das Radfahren in Luxemburg eine Priorität wird. Wir schlagen vor, die von der ECF (European Cycling Federation) vorgeschlagenen Ziele zu übernehmen und einen Modal Split von mindestens 12% anzustreben.

Die Finanzierung kann durch Investitionen in den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und andere Programme erleichtert werden.

#### a) Förderung des Radfahrens im Allgemeinen

Luxemburg ist in der EU der größte Pro-Kopf-Emittent von Treibhausgasen.<sup>60</sup> Mit den bestehenden Maßnahmen würde das Land sein Ziel für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2030 verfehlen. Dies macht deutlich, dass erhebliche Anstrengungen erforderlich sind, um die luxemburgischen Klima- und Energieziele zu erreichen, insbesondere in den Bereichen Verkehr und Wohnen.

Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir...

- ... mindestens **10% des Verkehrshaushaltes in den Radverkehr zu investieren**
- ..., dass Luxemburg einen Vertreter ernennt und **dem Europäischen Radfahrerverband ECF<sup>61</sup> beitrifft**

<sup>60</sup> [https://delano.lu/article/delano\\_luxembourgs-rich-biggest-polluters-europe](https://delano.lu/article/delano_luxembourgs-rich-biggest-polluters-europe)

<sup>61</sup> <https://www.ecf.com/>

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

- ... **autofreie Stadtzentren** und **mehr Platz für Fahrräder**. Zu einem nachhaltigen Verkehr gehört in erster Linie das Fahrrad.
- ... **Radschnellwege** zwischen Gemeinden gebaut werden, die größere Städte miteinander verbinden.
- ... für **öffentliche Gebäude**, insbesondere Schulen, **ein Mobilitätsplan** erstellt wird, der sie an Radwege und öffentliche Verkehrsmittel anbindet und Fahrradabstellplätze vorsieht
- ... eine **zeitliche Begrenzung und/oder vorübergehende Beschränkung des Autoverkehrs in der Nähe von Schulen** zu Stoßzeiten. Die erhöhte Sicherheit könnte dazu beitragen, mehr Schüler\*innen zu motivieren, mit dem Fahrrad zur Schule zu fahren. Wenn man Kindern von klein auf beibringt, dem Radfahren Vorrang einzuräumen, fördert man eine Fahrradkultur.
- ... die **Kapazität von Fahrradwegen und Fahrradabstellanlagen auszubauen**, um den Anteil der Menschen zu erhöhen, die mit dem Fahrrad und dem Zug zur Arbeit kommen.
- ... **Servicestationen** (Werkzeug, Luftpumpe) in der Nähe von Bike-Sharing- und ÖPNV-Terminals zu integrieren.
- ... zum **Ausbau der Fahrradinfrastruktur in den Nachbarländern beizutragen** und eine optimale Anbindung an die luxemburgischen Radwege innerhalb der Großregion zu gewährleisten.

### b) Förderung von Lastenfahrrädern

Wir wollen, dass die Stadt Luxemburg dem europäischen Projekt CityChanger CargoBike (CCCB)<sup>62</sup> beiträgt, um die Nutzung von Lastenfahrrädern weiter zu fördern. Dies umfasst

- Verstärkte Subventionierung von Lastenfahrrädern als Alternative zum Auto
- Die Schaffung von Anreizen für Transportunternehmen, damit Paketzustellungen mit dem Lastenfahrrad erfolgen können.

<sup>62</sup> CityChanger CargoBike ist das dritte Kapitel von [cyclelocistics.eu](https://cyclelocistics.eu)

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### c) Reinigung der Radwege

Unabhängig von der Witterung oder der Jahreszeit ist ein hohes Service-niveau bei der Reinigung der Radwege entscheidend. Systematisches Kehren sollte je nach Bedeutung des Radwegs bis zu viermal im Jahr erfolgen. Zusätzliches Kehren ist bei Laubfall erforderlich, da nasses Laub eine Gefahr für Radfahrer\*innen darstellt und sie ins Schleudern bringt.

Wir fordern daher die Einrichtung eines Bereitschaftsdienstes zur Besei-tigung von verkehrgefährdenden Gegenständen und Glasscherben, ins-besondere am Samstag- und Sonntagmorgen auf **Radwegen**, wo das rege Nachtleben Glasscherben auf den Straßen und Wegen hinterlässt.

### d) Einbeziehung des Fahrrads in das transeuropäische Verkehrsnetz

Das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V)<sup>63</sup> ist das wichtigste Netz der EU, das aus Straßen, Eisenbahnstrecken, Binnenwasserstraßen, Häfen, Seeschiffahrtswegen, Flughäfen und Eisenbahnterminals besteht. Wie der ECF feststellt, ist der Radverkehr leider noch nicht in das Netz einbe-zogen.<sup>64</sup>

Die Einbeziehung des Radverkehrs in das Netz würde die Konnektivität, Effizienz und Nachhaltigkeit des TEN-V auf dem gesamten Kontinent ver-bessern. Sie würde auch den Zugang zu neuen Finanzmitteln für Radver-kehrsprojekte eröffnen. Derzeit wird der Radverkehr nicht nur überse-hen, sondern aktiv behindert, da Radwege oft durch TEN-V-Projekte behindert werden. Dies schadet unseren gemeinsamen Bemühungen, die Verlagerung des kohlenstoffintensiven Verkehrs auf nachhaltige Alterna-tiven wie das Fahrrad zu fördern. Deshalb muss der Radverkehr unbe-dingt so schnell wie möglich in das TEN-V integriert werden.

<sup>63</sup> <https://europa.eu/!Mqfvxh>

<sup>64</sup> Buczynski, Aleksander (December 12, 2022): *Cycling and TEN-T update: Council of the EU adopts general approach, Parliament works on amendments*. From: <https://ecf.com/news-and-events/news/cycling-and-ten-t-update-council-eu-adopts-general-approach-parliament-works>

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 11.3.4 Obligatorische Schaffung von Fahrradabstellplätzen in neuen, größeren Gebäuden

Jeder, der mit dem Fahrrad unterwegs ist, weiß, dass nicht nur das Fahren, sondern auch das Parken oft ein Problem ist. Wenn überhaupt Abstellplätze an Arbeitsplätzen oder Gebäuden vorhanden sind, haben wir es meist mit einfachen Konstruktionen zu tun, die lediglich die Befestigung des Fahrrads mit einem Reifen vorsehen. Anständige, teilweise überdachte und ausgestattete Abstellplätze in größeren Gebäuden sind jedoch nicht nur ein Attraktivitätsgewinn, sondern auch ein Anreiz, überhaupt mit dem Fahrrad zu fahren.

Die Stadt Kopenhagen zum Beispiel hat im Masterplan 2015 die Anforderungen an Fahrradabstellplätze in Neubauten verschärft und qualitative und quantitative Anforderungen an Fahrradabstellanlagen festgelegt.<sup>65</sup>

Best Practice  
aus Dänemark

Die qualitativen Anforderungen, die wir auch für Luxemburg übernehmen wollen, lauten wie folgt:

- **Jedes neue, größere Gebäude**, das in irgendeiner Form über Parkplätze für Autos verfügt, **muss** gleichzeitig **auch Fahrradabstellmöglichkeiten bieten**.
- Jedes neue, größere Gebäude, das ein Arbeitsplatz ist, öffentlich zugänglich ist, Kunden empfängt oder täglich viele Menschen empfängt, muss Fahrradabstellanlagen vorsehen.
- Die Fahrradabstellanlagen sind so anzuordnen, dass sie für die Benutzer leicht **zugänglich** sind.
- Fahrradabstellanlagen sind in der Regel **in unmittelbarer Nähe der Eingänge** anzuordnen.
- Die Normen für Fahrradabstellanlagen sollten auch für die Erweiterung und den Umbau bestehender Gebäude gelten, einschließlich der Nutzungsänderung und besonderer Normen für spezielle Fahrräder, z. B. **Lastenfahrräder** und **Kinderfahrräder**.

<sup>65</sup> Suermann, G. K., Thoms, K., Bonnet-Hévin, A., Van Geuns, M.F. (2020): *Tax Incentives for Bicycle Commuting in the Capital Region of Copenhagen*. Public report commissioned by Supercykelstier. Copenhagen Business School. [https://supercykelstier.dk/wp-content/uploads/2021/01/Public-report\\_-Tax-Incentives-for-Bicycle-Commuting.pdf](https://supercykelstier.dk/wp-content/uploads/2021/01/Public-report_-Tax-Incentives-for-Bicycle-Commuting.pdf)



## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 11.3.5 Dezentralisierung der staatlichen Institutionen

Eines der Hauptprobleme in Luxemburg ist das hohe Verkehrsaufkommen rund um Luxemburg-Stadt und die daraus resultierenden täglichen Staus auf den Autobahnen. Für eine Strecke von knapp 15 km kann man zu den Stoßzeiten leicht eine Stunde brauchen, und je länger die Strecke ist, desto mehr Zeit wird benötigt.

Wie lässt sich das Problem am besten lösen? Indem man den Verkehr von der Hauptstadt wegleitet. Es genügt, große Institutionen und Einrichtungen zu dezentralisieren. Wir denken dabei vor allem an öffentliche Gebäude, denn der Staat kann selbst entscheiden, wo er sie baut, ohne zu sehr in die freie Marktwirtschaft einzugreifen.

#### **a) Sekundarschulen**

Am einfachsten ist dies bei den Schulen zu erreichen. Wir sprechen hier von weiterführenden Schulen, denn es ist klar, dass Kinder im Grundschulalter ihre Schule idealerweise zu Fuß oder notfalls auch nur mit einer kurzen Busfahrt erreichen können sollten. Aber weiterführende Schulen brauchen diese Nähe zum Wohnort nicht – die meisten Schüler\*innen wählen ihre Schule nicht nach der Nähe, sondern nach anderen Kriterien. Deshalb gibt es schon heute viele Schüler\*innen, die täglich lange Bus-, Bahn- oder Autofahrten auf sich nehmen, um die weiterführende Schule ihrer Wahl zu erreichen. Würden die Sekundarschulen nach und nach fast vollständig aus Luxemburg-Stadt verschwinden und auch in weniger besiedelte Gebiete wie den Osten oder den Norden des Landes verlegt, würde nicht nur ein großer Teil des Busverkehrs aus dem Zentrum herausgehalten, sondern gleichzeitig die Wirtschaft in den weniger besiedelten Gebieten angekurbelt werden.

Denn wo es Schüler\*innen gibt, da gibt es auch Taschengeld, und es wird nicht lange dauern, bis die ersten Fast-Food-Restaurants oder Imbissbuden auftauchen, um die Schüler zu bedienen. Auch andere Unternehmen, die sich auf junge Menschen spezialisiert haben, seien es Bekleidungsgeschäfte, Buchhandlungen oder sogar Kinos oder Sportvereine, können in der Nähe einer Schule mit einem florierenden Geschäft rechnen.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

- **Eine systematische Dezentralisierung** der Schulen (und wir reden hier nicht von einem Umzug von Merl nach Kirchberg oder vom Bel-Air zur Cloche d'Or) würde also den Verkehr der Schüler selbst (vor allem Busse und Bahnen), des Schulpersonals (Autos) und der Geschäfte, die sich an die Jugendlichen richten (Autos und Lastwagen), aus der Hauptstadt heraus verlagern und sie so entlasten. **Eine Umverteilung des Verkehrs, auch wenn es sich nicht um eine Reduzierung handelt, ist dennoch eine entscheidende Entlastung der Knotenpunkte.**

### b) Staatliche Behörden und Dienste

Die Hauptstadt (die nächstgrößeren Städte Luxemburgs, d.h. Esch/Alzette, Differdange, Dudelange, Pétange usw., werden nicht berücksichtigt) verfügt über eine unverhältnismäßig hohe Anzahl staatlicher Einrichtungen. Natürlich rechtfertigt der Hauptstadtstatus dies, aber wenn durch die übermäßige Dichte Verkehrs-, Umwelt- und Wohnungsprobleme entstehen, muss der Status quo durchbrochen werden.

Es liegt auf der Hand, dass das Parlament und vor allem prestigeträchtige Institutionen in der Hauptstadt bleiben. Dennoch gibt es viele Institutionen, die unnötig viel Verkehr aus dem ganzen Land in die Hauptstadt bringen, weshalb wir die folgenden Institutionen dezentralisieren wollen:

- Das Kulturministerium, obwohl es ein gewisses Prestige hat, kann leicht in eine andere Stadt verlegt werden (z.B. Echternach...). Dies würde die Stadt aufwerten und sie zu einer Kulturmetropole machen.
- Auch das Gesundheitsministerium muss nicht unbedingt in der Hauptstadt sein. Wir würden es begrüßen, wenn es in den Osten oder Norden des Landes verlegt werden könnte.
- Schließlich gibt es in den anderen Landesteilen nicht genügend wichtige Gesundheitseinrichtungen. Große Krankenhäuser wie das auf dem Kirchberg oder das CHL binden die Menschen an die Hauptstadt. Kinderkliniken, Entbindungsstationen, Notaufnahmen an Wochenenden und in der Nacht – all das ist außerhalb der Hauptstadt Mangelware. Wir fordern daher, dass mindestens ein großes, zentrales Krankenhaus im Norden/Osten des Landes gebaut wird, damit nicht alle Einwohner ständig in die Hauptstadt fahren müssen.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 11.3.6 Paradigmenwechsel durch Implementierung des SUMP

Der Plan für nachhaltige urbane Mobilität (*Sustainable Urban Mobility Plan, kurz: SUMP*)<sup>66</sup> trägt zu den europäischen Klima- und Energiezielen bei, die von der Europäischen Union festgelegt wurden. Der SUMP ist ein integriertes Planungskonzept, das verkehrsbezogene Probleme auf eine nachhaltigere Weise angeht. Im Vergleich zu traditionellen Verkehrsplanungsansätzen konzentriert sich der SUMP auf den/die Nutzer und Bürger\*in, und nicht auf Fahrzeuge und Verkehr.

Verkehrsstaus wirken sich auf die Wirtschaft aus, u. a. durch Zeitverluste und Auswirkungen auf die Luftqualität, und können letztlich der Attraktivität und Produktivität Luxemburgs schaden und auch soziale Auswirkungen haben. Luxemburg gehört zu den Mitgliedstaaten mit den meisten Zeitverlusten durch Verkehrsstaus (36,9 Stunden pro Kopf im Jahr 2017, gegenüber 31,1 im Jahr 2014). Trotz Verbesserungen in den letzten Jahrzehnten gibt die Luftqualität in Luxemburg weiterhin Anlass zur Sorge und hat Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit und die Umwelt insgesamt. Kurzfristige Maßnahmen zur Verringerung der Emissionen aus dem Fahrzeugbestand wurden bisher als vorrangig eingestuft. Dabei können Verkehrsstaus auf lange Sicht die Attraktivität und Produktivität des Landes beeinträchtigen und haben soziale Auswirkungen, da sie zur Verschärfung von Ungleichheiten beitragen, da ärmere Haushalte mehr Zeit für den Weg zu ihrem Arbeitsplatz aufwenden müssen. In der Luxmobil-Studie wurden die gesamten negativen externen Effekte des Verkehrs (einschließlich Unfälle, Staus, Luftverschmutzung, Klima, Lärm, Energieerzeugung und Schädigung von Lebensräumen) in Luxemburg auf 7,5% des BIP im Jahr 2016 geschätzt, was dem höchsten Wert in der EU entspricht (der EU-Durchschnitt liegt bei 5,7%).<sup>67</sup>

<sup>66</sup> Weitere Informationen über den SUMP zu finden auf der Webseite der Europäischen Kommission: <https://europa.eu/!6vGhkJ>

<sup>67</sup> Bausch, François (December 7, 2017): *Enquête Luxmobil 2017*. <https://transports.public.lu/dam-assets/publications/contexte/situation-actuelle/20171207-enquete-mobilite-luxmobil-2017-premiers-resultats-presse-v2.pdf>

## 11.4 Elektromobilität und autonomes Fahren

Wir sind uns bewusst, dass Elektrofahrzeuge nicht die einzige Strategie sein können, um die Ziele des Klima- und Umweltschutzes im Straßenverkehr zu erreichen, denn der Rohstoffbedarf für Elektroautos ist höher als bei konventionellen Fahrzeugen, ebenso wie der Gesamtausstoß an Feinstaub. Eine nachhaltige Verkehrswende wird nur gelingen, wenn auch die Vermeidung und Verlagerung von Verkehr im Vordergrund steht. Dies entspricht auch dem Bild einer lebenswerten Stadt mit attraktivem ÖPNV, mehr Rad- und Fußverkehr und kurzen Wegen zwischen Arbeit, Wohnung und Versorgung. Dennoch wird voraussichtlich auch in Zukunft ein erheblicher Teil der Verkehrsleistungen durch motorisierte Fahrzeuge erbracht werden.

Deshalb muss der Autoverkehr umweltfreundlicher werden. Das Elektroauto kann dazu einen zunehmend wichtigen Beitrag leisten. Dies gilt insbesondere für den Klimaschutz, bei dem das Elektroauto schon heute deutliche Vorteile hat. Eine Studie von Forschern der Universität der Bundeswehr München und der Chalmers University of Technology hat gezeigt, dass „conventional gasoline and diesel vehicles emit the highest amount of total life-cycle GHGs [greenhouse gases] in comparison to vehicles powered by other available energy resources. When using green electricity, plug-in hybrid electric and fully electric vehicles can reduce the total life-cycle emission in comparison to combustion engine vehicles by 73% and 89%, respectively“<sup>68</sup>. Zu diesem Ergebnis kommt auch eine Studie des deutschen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: „Ein Elektrofahrzeug, das 2025 neu zugelassen wird, wird über seinen Lebensweg 32 Prozent weniger CO<sub>2</sub>-Emissionen als ein moderner Diesel verursachen. Verglichen mit einem Benzinauto sind es sogar 40 Prozent.“<sup>69</sup> Dieser Vorteil wird weiter wachsen, denn der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung nimmt stetig zu. Heute neu zugelassene Fahrzeuge werden höchstwahrscheinlich auch im Jahr 2030 noch auf den Straßen unterwegs sein, wenn bereits mindestens 65 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen stammen sollen.

<sup>68</sup> Buberger, J., Kersten, A., Kuder, M., Eckerle, R., Weyh, T., & Thiringer, T. (May 2022): Total CO<sub>2</sub>-equivalent life-cycle emissions from commercially available passenger cars. *Renewable and Sustainable Energy Reviews*, Vol. 159 (112158). doi: <https://doi.org/10.1016/j.rser.2022.112158>

<sup>69</sup> Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) (January 2021): *Wie umweltfreundlich sind Elektroautos? Eine ganzheitliche Bilanz*. Frankfurt am Main: Zarbock GmbH & Co. KG. S. 7

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 11.4.1 Förderung der Entwicklung des autonomen Fahrens

Wir setzen uns für die technisch, rechtlich und ethisch sichere Einführung des autonomen Fahrens ein. Zu diesem Zweck wollen wir es weiterhin kontinuierlich erproben. Experimente in Reallaboren sollen die Entwicklung der notwendigen Technologien wie Sensoren, Algorithmen und Cybersicherheit unterstützen. Wir fördern Open-Source-Ansätze für wichtige Softwarekomponenten, um die Bildung von natürlichen Monopolen zu verhindern. Wir wollen auf europäischer Ebene den politischen Rahmen für das autonome Fahren schaffen. Dazu sollen Sicherheitsvorschriften, Haftungsregeln und technische Mindestanforderungen harmonisiert werden.

Außerdem wollen wir die Elektromobilität einfach und kundenfreundlich gestalten und fördern dazu die Normung. Ladestrom aus erneuerbaren Energien soll von der Mehrwertsteuer befreit werden. Wir wollen Informationen über Preise und Verfügbarkeit von öffentlich zugänglichen Ladepunkten zentral, öffentlich und kostenlos über das EU-Format DATEX II zur Verfügung stellen. Europäische Standards sollen das Laden an jeder Säule garantieren. Wir wollen netzdienliche Ladeenergie fördern und Forschung und Entwicklung vorantreiben. Europäische Standards sollen das Recycling von Batterien sicherstellen.

Schließlich fördern wir deshalb die Entwicklung von alternativen Technologien für die innerstädtische Logistik. Um die nötige Infrastruktur zu schaffen, wollen wir Kommunen bei der Bereitstellung von Flächen für Mikroverteilzentren unterstützen und Bahnanschlüsse fördern. Ziel ist es, digitale Plattformen für die kooperative Nutzung von Logistik- und Mikroverteilzentren sowie für die Bündelung von Autofahrten zu schaffen. Um die Markteinführung der Technologien zu fördern, sollen Unternehmen, die solche Konzepte umsetzen, steuerliche Vorteile erhalten. Wir fördern auch Transitbeschränkungen für konventionelle Lieferfahrzeuge oder City-Mautsysteme auf lokaler Ebene.

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

### 11.4.2 Staatliche Regulierung von öffentlichen Ladestationen

Wenn bis 2035 fast der gesamte private Nahverkehr elektrifiziert werden soll, muss es auch in Luxemburg (und in ganz Europa) genügend öffentliche Ladestationen geben und die Preise für den hier verbrauchten Strom müssen wie an normalen Tankstellen weithin sichtbar sein und idealerweise staatlich kontrolliert und reguliert werden. Autos müssen überall laden können und die Preise dürfen nicht willkürlich von privaten Betreibern festgelegt werden, wie es heute noch der Fall ist. Dies könnte zu Monopolen und einer vollständigen Ausbeutung der Kaufkraft der Menschen führen, die auf diese Ladestationen angewiesen sind. Vor allem Menschen, die kein eigenes Haus mit einer so genannten Wallbox besitzen, also Mieter\*innen oder kleine Immobilienbesitzer\*innen, müssen sicher sein, dass sie an öffentlichen Ladestationen nicht über den Tisch gezogen werden.

Deswegen fordern wir:

- **Mehr öffentliche „Ultra“-Schnellladestationen** (322 kW) und Ladestationen für Elektrofahrzeuge an strategischen Orten. Erst seit 2022 gibt es in Luxemburg vier Orte mit Schnellladestationen: In Junglinster, Kirchberg und an den Tankstellen Capellen und Berchem. Solche Stationen sind jedoch für Transitfahrer und das schnelle „Auftanken“ und Weiterfahren unerlässlich. Mit mehr solchen Stationen könnte auch Luxemburg eine Vorreiterrolle einnehmen und gleichzeitig an den Transitfahrern mitverdienen. Wir wissen, dass angekündigt wurde, alle 60 km Schnellladestationen einzurichten und wir wissen auch, dass ein Elektroauto nicht permanent an solchen Stationen geladen werden sollte, um die Lebensdauer der Batterie nicht unnötig zu verkürzen (vor allem durch die entstehende Hitze). Dennoch ist es für den Durchgangsverkehr absolut notwendig. Deshalb fordern wir, dass jede bestehende Tankstelle an den verkehrsreichsten Straßen mit mindestens zwei solcher Stationen und ebenso vielen 160kW-Stationen ausgestattet wird. Solche Stationen werden im Süden, Westen und Norden benötigt, vor allem an Autobahnen und stark befahrenen Straßen (z.B. Nordstrooss).

## SICH FÜRS KLIMA UND DIE WISSENSCHAFT EINSETZEN

- **Stärkere Regulierung von aufladbaren Fahrzeugen:** Um sicherzustellen, dass Menschen ihre Fahrzeuge nicht einfach stundenlang stehen lassen – insbesondere an Schnellladestationen – und damit andere Fahrzeuge am Laden hindern, müssen die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit ein ständiger Wechsel verschiedener Fahrzeuge an den Stationen möglich ist. Denkbar sind Mechanismen, die das Kabel seitens der Station nach Abschluss des Vorgangs automatisch entriegeln oder hohe Strafen für Dauerparker.
- **Staatliche Regulierung des Strompreises an Ladestationen.** Hier sollte das bewährte System der Benzinpreise übernommen werden und der größte Teil des Preises durch Steuern festgelegt werden. Auf diese Weise hat der Staat die Kontrolle über den Preis und kann ihn den Gegebenheiten entsprechend anpassen. Ebenso sollte jede Tankstelle landesweit den gleichen Preis verlangen (wie es bei normalen Tankstellen bereits der Fall ist). All dies verhindert eine Monopolstellung und die unnötige Bereicherung von Unternehmen auf Kosten der Bürger\*innen, für die der Individualverkehr ein Grundbedürfnis ist.

# Wir wachsen als eine

# paneuropäische Gemeinschaft



Volt Europa



Volt Albania



Volt Austria



Volt Belgium



Volt Bulgaria



Volt Croatia



Volt Cyprus



Volt Czech Republic



Volt Denmark



Volt Estonia



Volt Finland



Volt France



Volt Germany



Volt Greece



Volt Hungary



Volt Ireland



Volt Italy



Volt Latvia



Volt Lithuania



Volt Luxembourg



Volt Malta



Volt Netherlands



Volt Poland



Volt Portugal



Volt Romania



Volt Slovakia



Volt Slovenia



Volt Spain



Volt Sweden



Volt Switzerland



Volt Ukraine



Volt UK



## **Das Wahlprogramm für die Kammerwahlen 2023 in Luxemburg**

**Volt Lëtzebuerg – Luxembourg, a.s.b.l.**

20, cite op Hudelen | L-3863 Schifflange

R.C.S. Luxembourg F12090

**LU** [www.voltletzebuerg.org](http://www.voltletzebuerg.org)

**EN** [www.voltluxembourg.org](http://www.voltluxembourg.org)

**FR** [www.voltluxembourg.org/fr](http://www.voltluxembourg.org/fr)

**DE** [www.voltluxembourg.de](http://www.voltluxembourg.de)

